Donnerstag, 21. Juli 1983 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 167 - 29. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Koalitionskrise: Die Forderung des KP-Chefs Marchais nach Einbeziehung französischer Mittelstreckenwaffen in die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen hat zur schwersten Spannung im Kabinett seit Beginn des Regierungsbündnisses von Kommunisten und Sozialisten im Juni 1981 geführt.

Israel: Das Kabinett in Jerusalem hat einstimmig einen Teilrückzug der israelischen Truppen in Libanon beschlossen. – Nach der überraschenden Absage der USA-Reise von Regierungschef Begin verdichten sich Gerüchte über einen Rücktritt aus Gesundheitsgründen.

20. Juli: Minister Windelen hat den Widerstand gegen Hitler mit dem Geist der Erhebung gegen die kommunistische Diktatur in der „DDR" am 17. Juni 1953 verglichen. Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel mahnte, die rechtsstaatliche Ordnung zu erhalten, weil sich sonst ein Nährboden für Gewalt bieten könnte.

Ausländerpolitik: Innenminister Zimmermann berichtet von Verständnis der türkischen Regierung für Anwerbestopp und Zuzugsbeschränkung bei Gastarbeiter-Familien.

Kabinett: Der von Innenminister Zimmermann vorgelegte Plan zur Einführung bleifreien Benzins ab 1986 wurde gebilligt. – Die nächste „Kohle-Runde" wird am 29. September stattfinden. – Kohl berichtete vom Treffen mit Mitterrand.

Lambsdorff: Der Wirtschaftsminister hat eine Zeitungsmeldung dementiert, daß er als Abgeordneter und auch noch als Minister Berater des Flick-Konzerns gegen Honorar gewesen sei.

Polen: Das Warschauer Parlament hat einer Verfassungsänderung zugestimmt, mit der als Vorstufe für das Kriegsrecht der „Ausnahmezustand" eingeführt wird.

Raketen: Unterbezirk der SPD München beschließt „Nein" zur NATO-Nachrüstung. – SPD-Präsidium drängt USA und Sowjetunion zu „dramatischen Anstrengungen" bei Abrüstungsverhandlungen.

Tschad: Die USA gewähren dem von libysch-unterstützten Rebellen angegriffenen Tschad zehn Millionen Dollar Militärhilfe. Ägypten verurteilt Libyens Einmischung.

Heute: Verteidigungsminister Wörner in Washington. – Libanons Staatschef Gemayel bei US-Außenminister Shultz. – Polens Parlament, der Sejm, setzt Debatte über Notverordnungen fort; Rede Jaruzelskis erwartet.

ZITAT DES TAGES

❞ Das Wetter war schön, wir atmeten die frische Luft, betrachteten die Bäume, die Blumen, den Himmel und den Weg und redeten viel. ❞

Präsident Mitterrand über sein Treffen mit Bundeskanzler Kohl

FOTO: QUENTIN/STUDIO X

WIRTSCHAFT

IWF-Optimismus: Aussichten für Besserung der Weltkonjunktur „so gut wie lange nicht mehr", erklärt Weltwährungsfonds in seinem „Ausblick".

Krupp: Auftragsrückgänge um 16 Prozent 1982, um sieben Prozent im ersten Halbjahr 1983. Kurzarbeit und „Personalanpassung" vorgesehen; Hälfte der Beteiligung an Krupp Stahl AG abgeschrieben.

Toepfer: Umsatz des Getreidehandelsunternehmens um zehn Prozent auf 9,7 Milliarden DM gesunken; Mengenvolumen mit mehr als 20 Millionen Tonnen jedoch etwas höher als im Vorjahr.

Adig: Investment-Gesellschaft kürzt Ausschüttung für 1982/83 von 423,2 auf 416,6 Millionen DM. Erhöhungen nur bei Adirenta und Adiverba.

USA: 600 Fabriken mit 250 000 Arbeitsplätzen 1982 stillgelegt, vor allem im Südosten.

DIW: Export in der Bundesrepublik nach Meinung des Berliner Instituts auf dem niedrigen Niveau vom Sommer 1982. Belebung nicht in Sicht.

Börse: Die Aktienkurse konnten sich zur Wochenmitte deutlich erholen. Bei den Standardwerten gab es Kursgewinne von zwei bis drei Mark. WELT-Aktienindex 142,5 (141,6). Auch am Rentenmarkt zogen die Kurse an. Dollar-Mittelkurs 2,5808 (2,5944) Mark. Goldpreis je Feinunze 428,75 (423,75) Dollar.

KULTUR

Erik Ode: Der Schauspieler und Regisseur, durch die „Kommissar"-Filme bekanntgeworden, starb mit 72 Jahren.

Kirche: Die Nachrüstungsgegner in der Evangelischen Kirche, die eine „Bekenntnisfrage" aus ihrem Standpunkt machten, zeigten die „traditionelle protestantische Demokratieunfähigkeit". Dies erklärte der Münchner Theologe Trutz Rendtorff, Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung.

Neue Festspiele: Im Kloster Wiblingen bei Ulm fand erstmals ein zweiwöchiges Festival statt, das sich barocker und zeitgenössischer Musik widmet.

SPORT

Handball: Der Millionen-Wechsel von Erhard Wunderlich zum CF Barcelona ist gefährdet. Der VfL Gummersbach verweigert die Freigabe nach Spanien und verlangt eine Ablösesumme.

Leichtathletik: Der englische Olympiasieger und Weltrekordler Sebastian Coe wird bei den Weltmeisterschaften im August in Helsinki nicht am Rennen über 1500 m teilnehmen.

AUS ALLER WELT

Orly-Attentat: Ein Anführer der armenischen Terror-Gruppe Asala, der Syrer Varadjian Garbidjan, hat nach Auskunft der Pariser Polizei seine Mittäterschaft gestanden.

Unfall in Reaktorfabrik: In der sowjetischen Atomreaktorfabrik „Atommasch" hat es laut „Prawda" einen schweren Unfall gegeben; ob Atomanlagen betroffen sind, wurde nicht bekannt.

Wetter: Jetzt wieder deutscher Sommer mit Temperaturen zwischen 19 Grad im Norden und bis zu 26 Grad im Süden; heiter bis wolkig, meist niederschlagsfrei.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Marchais treibt Konflikt mit Mitterrand auf die Spitze

Er verlangt die Anrechnung der französischen Atomwaffen in Genf

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der Generalsekretär der französischen KP, Georges Marchais, hat vor Funktionären im Hauptquartier seiner Partei deutlicher als zuvor die Einbeziehung der französischen Atomwaffen in die Genfer Raketenverhandlungen zwischen Sowjets und Amerikanern verlangt. Er bezeichnete jede andere Haltung als widersprüchlich und stellte sich damit in klaren Gegensatz zu Präsident Mitterrands wiederholter Weigerung, die französischen Systeme in die Verhandlungen der beiden Supermächte einbeziehen zu lassen.

In Paris wird nun offen die Frage gestellt, wie lange das Regierungsbündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten in Paris überhaupt noch halten kann, auch wenn ein offener Eklat im französischen Ministerrat gestern vormittag noch vermieden werden konnte. Denn entgegen allen Erwartungen nahm der Vorsitzende, François Mitterrand, zu den Marchais-Äußerungen vom Vorabend nicht Stellung.

Marchais hatte nach der Rückkehr Mitterrands von seinem Treffen mit Bundeskanzler Kohl, bei dem sich die beiden Politiker sowohl über die Notwendigkeit einer Nachrüstung mit Pershing-Raketen wie über die Nichtanrechnung französischer und britischer Systeme in Genf geeinigt hatten, eiligst eine Funktionärskonferenz einberufen, um seine kürzlich in Moskau zum Problem der französischen Kernwaffen gemachten Äußerungen zu präzisieren. Der Parteichef bestritt, daß es dort zu Differenzen zwischen ihm und der sowjetischen Parteiführung gekommen sei: „Einig sind wir uns mit unseren sowjetischen Genossen auch in der Frage, ob diese Streitmacht in die Genfer Atomwaffenrechnung einbezogen werden muß oder nicht. Die Antwort ist sonnenklar: Frankreich ist Mitglied der Atlantischen Allianz. Wie aber kann man auf der einen Seite den Amerikanern sagen, daß man in der Stunde der Gefahr auf ihrer Seite steht und gleichzeitig den Sowjets verbieten, die französischen Streitkräfte der einen oder anderen Seite zuzurechnen?"

Marchais beeilte sich auch zu versichern, daß die KPF nicht aus der Regierung auszutreten gedenke. Der kommunistische Transportminister Fiterman ergänzte nach der Sitzung des Ministerrates, daß die Partei es nicht über der Euroraketenfrage zu einem Bruch des Regierungsbündnisses kommen lassen werde.

Doch ist es sehr fraglich, ob die Sozialistische Partei und vor allem ob Staatspräsident Mitterrand diesen Kollisionskurs der KPF in einer essentiellen Frage der nationalen Sicherheit noch lange duldet. Bezeichnend ist, daß seit Marchais' Moskau-Reise immer häufiger Spekulationen über eine „Re-Zentrierung" der Regierungsmehrheit in Richtung auf den rechten Flügel der Sozialisten und der Radikalsozialisten erfolgen soll. Das kann nur heißen, daß man die Kommunisten jetzt so schnell wie möglich loswerden will.

Vom „Waldspaziergang" keine Rede

Kohl und Mitterrand stimmen in der Raketen-Frage überein

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand waren sich bei ihrem Treffen in Dabo (Vogesen) darin einig, daß die französischen und britischen Atomwaffen nicht in die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) einbezogen werden können. Über das Modell des von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wieder ins Gespräch gebrachten Genfer „Waldspazierganges" der Unterhändler Kwizinski und Nitze ist in Dabo am Dienstag nicht gesprochen worden. Darauf wiesen gestern Kanzlermitarbeiter in Bonn hin.

Die französische Zeitung „Le Matin" hatte behauptet, Kohl habe vergeblich auf die Zustimmung Mitterrands gehofft, „mehr oder weniger vage die ‚Einberechnung' der französischen Atommacht andeuten zu können". Dies ist nach Bonner Angaben schon deshalb unrichtig, weil der Kanzler ebenso wie Genscher bei den Gesprächen in Moskau mit großem Nachdruck die Sowjets aufgefordert habe, auf ihre Forderung nach Anrechnung der britischen und französischen Systeme zu verzichten und dadurch die Genfer Verhandlungen zu deblockieren.

Übereinstimmend äußerten Kanzler und Staatspräsident den Wunsch, daß sich Amerikaner und Sowjets energisch um eine Einigung in Genf bemühen sollten. Auf die Frage: „Glauben Sie denn, daß in Genf noch eine Lösung möglich ist, die von beiden akzeptiert werden kann, auch von Frankreich?" antwortete Mitterrand: „Ja, es gibt eine Chance."

In Bonn bemühte sich Regierungssprecher Peter Boenisch gestern, immer noch schwelende Irritationen über Genschers Plädoyer für den „Waldspaziergang" auszuräumen, indem er sich das Bekenntnis von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner zur militärischen Notwendigkeit der Pershing-2-Raketen als Gegengewicht gegen die sowjetischen SS-20-Raketen zu eigen machte. Er bekräftigte: „Unsere Politik hat sich nicht geändert und wird sich nicht ändern. Wir stehen zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses. Wir hoffen aus ganzem Herzen auf eine Verhandlungslösung. Aber wenn sie nicht kommt, dann werden wir stationieren."

Seine Bemerkung vom Montag, ein Vezicht auf den sogenannten Waffenmix (konkret auf die Pershing 2) stehe „zur Zeit" nicht zur Diskussion, interpretierte Boenisch mit dem Wörner-Zitat: „Solange die Sowjetunion SS 20 gegen uns gerichtet hat, ist die Pershing 2 eine wirkungsvolle Abschreckungswaffe."

Zur gleichen Zeit erklärte das SPD-Präsidium: „Äußerungen aus der Bundesregierung, insbesondere des Bundesaußeministers, erwecken den Eindruck, als sei Bonn bereit, sich der notwendigen westlichen Flexibilität anzupassen. Im Interesse eines Ergebnisses wäre das zu begrüßen." Nach Ansicht der SPD sollten sich „die Verantwortlichen in Washington und in Moskau schon jetzt darauf einstellen, daß die Genfer Verhandlungen im Interesse eines Erfolges gegebenenfalls auf die Ebene der Regierungen gehoben werden müssen".

Zimmermann bleibt in Ankara fest

Notwendigkeit des neuen Ausländergesetzes betont / „Wir werden Notbremse ziehen"

EBERHARD NITSCHKE, Ankara

„Wir haben die Notbremse angekündigt – und wir werden sie ziehen." Mit diesen Worten faßte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann das Ergebnis seiner zweitägigen Gespräche in Ankara um die Zukunft der türkischen Gastarbeiter in Deutschland zusammen. Zimmermann hatte am Dienstag mit dem türkischen Innenminister Selahattin Cetiner, Arbeitsminister Turhan Esener, Außenminister Ilter Türkmen und dem für religiöse Fragen zuständigen Staatsminister Mehmut Özgünes gesprochen. Zum Abschluß seines Ankara-Besuches wurde Zimmermann gestern von Ministerpräsident Bülent Ulusu und Staatspräsident Kenan Evren empfangen. Beide Seiten betonten die Freundschaft und das gegenseitige Verständnis gegenüber den Ansichten der anderen Seite.

Zug um Zug werde man mit einer „Abflachung" der türkischen Gastarbeiterzahl, die heute in der Bundesrepublik bei 1,7 Millionen liegt, zu rechnen haben, meinte Minister Zimmermann. Von einer „dramatischen Abwanderung" aufgrund angebotener deutscher Rückkehrerhilfen könne wohl keine Rede sein, „aber den Erwartungshorizont, den wir haben, den wollen wir halten".

Der Gesetzentwurf für ein neues deutsches Ausländergesetz, das vor allem auch den Nachzug von Familienangehörigen von Gastarbeitern regeln soll, wird Anfang 1984 in Bonn vorliegen. In Ankara sei es darum gegangen, für diese Gesetzesmaßnahme, die ein Auftrag der Regierung an den Innenminister sei, um „Rat und Hilfe" zu bitten. Nachdrücklich sprach sich Zimmermann bei allen Gesprächen für eine Beibehaltung der Visumpflicht für Türken aus, die in die Bundesrepublik einreisen wollen. Angesichts der Tatsache, daß es 1981 noch 57 000 türkische Asylanten gegeben habe, 1982 aber aufgrund der Visumpflicht nur noch 1400, meinte Zimmermann: „Ich fürchte, wenn man die Medizin absetzt, wird die alte Krankheit wieder ausbrechen."

Während der türkische Arbeitsminister Esener in den Gesprächen meinte, eine vorgesehene deutsche Begrenzung des Nachzugsalters für Kinder von jetzt 16 auf 6 Jahre sei „problematisch und tangiere auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland", verteidigte Zimmermann die deutsche Position mit Hinweis darauf, daß die in einem Jahr von türkischen Familien nachgeholten fast 20 000 Kinder im Alter von 13 bis 16 Jahren schon wegen der Sprachbarriere keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz und später auf einen Arbeitsplatz hätten. Esener meinte wörtlich vor Beginn der Gespräche gegenüber Journalisten: „Arbeitskräfte sind nach internationalen Regeln keine Verkaufsware. Die soziale Sicherheit des Arbeiters muß geschützt werden. Dies alles kann nicht Gegenstand gegenseitige Aushandlung sein."

Größere Einigkeit erreichte Zimmermann in Verhandlungen mit dem türkischen Innenminster Cetiner. Hier standen im Vordergrund unter anderem gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus und des Rauschgifthandels. Nach türkischer Auffassung befinden sich ca. 60 000 bis 70 000 türkische Links- und Rechtsextremisten auf deutschem Boden. 135 türkische Auslieferungsanträge schweben bereits, 180 weitere wurden Zimmermann jetzt übergeben.

Die von türkischer Seite gewünschte „Stiftung für religiöse Angelegenheiten", die ihren Sitz voraussichtlich in Köln haben soll und für den islamischen Schulunterricht der Kinder zuständig wäre, wird von deutscher Seite begrüßt und unterstützt. Bundesinnenminister Zimmermann machte hier aber gegenüber Staatsminister Özgünes deutlich, daß dafür die christlichen Kirchen in der Türkei die gleichen Rechte und die gleichen Bewegungsmöglichkeiten erhalten müßten.

Teilrückzug israelischer Truppen

Verteidigungslinie in Libanon näher an der Grenze / Spekulationen um Rücktritt Begins

E. LAHAV/DW. Jerusalem

Das Kabinett in Jerusalem hat gestern eine Rückverlegung der in Libanon im Raum Beirut und im Schuf-Gebirge stationierten israelischen Invasionstruppen beschlossen. Es folgte damit dem „Umstationierungsplan" des Generalstabs, der sich vor zehn Tagen dafür ausgesprochen hatte, die Verbände bis zum Fluß Awali rund 28 Kilometer südlich von Beirut und 40 Kilometer nördlich der israelischen Grenze zurückzuziehen.

Regierungssprecher Meridor sagte nach einer Sondersitzung des Kabinetts, Einzelheiten würden von Ministerpräsident Begin, Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Arens ausgearbeitet werden. Nicht betroffen von der Entscheidung sind die israelischen Soldaten im Bekaa-Tal, wo ihnen syrische und ein Teil der aus Beirut vertriebenen Palästinenser-Verbände gegenüberstehen. Auch der Abbau der Frühwarnanlagen auf dem Berg Barukh steht nicht zur Debatte.

Israel unterhält 13 Monate nach der Invasion noch schätzungsweise 25 000 Soldaten im Raum Beirut, in den Schuf-Bergen und im Bekaa-Tal. Mit zunehmenden Verlusten der Besatzungstruppen war der Druck auf Ministerpräsident Begin gewachsen, nicht bis zur Zustimmung Syriens und der PLO zu einem konzertierten Abzug zu warten, sondern die Masse der israelischen Verbände vorher in sichere Stellungen zu verlegen. In Libanon sind bislang 506 Israelis gefallen, davon 150 seit Ende der Kämpfe im September.

Die Umgruppierung, die vermutlich noch große Schwierigkeiten mit den mit Israel verbündeten Drusen in den Bergen des Schuf verursachen wird, war, so wird in Jerusalem angenommen, einer der „persönlichen Gründe", die Begin bewogen haben, seinen für nächsten Sonntag geplanten Besuch in Washington kurzfristig abzusagen. Die Zeitung „Ma'ariv" schrieb gestern unter Berufung auf einen Minister: „Der Premierminister ist traurig und bedrückt. Die schwierige Lage in Libanon, der Zwiespalt im Volk bedrücken ihn und erschweren manchmal seine Funktionstüchtigkeit."

Tatsache ist, daß Begin seine Selbstsicherheit und seine rednerische Überlegenheit in der Knesset eingebüßt hat. Nur selten ergreift er noch das Wort und auch dann nur für kurze Zeit. Vermutungen über Rücktrittsabsichten Begins nehmen kein Ende. Am Samstag wird Begin 70 Jahre alt. Als er sein Amt vor sechs Jahren antrat, erklärte er öffentlich: „Nicht einen Tag nach meinem 70. Geburtstag bleibe ich im Amt." Diese Verpflichtung zog er später zurück.

Seite 6: USA enttäuscht

DER KOMMENTAR

Die Bruchstelle

AUGUST GRAF KAGENECK

Einer der Widersprüche, an denen die französische Diplomatie reich ist, besteht in dem Doppelcharakter Frankreichs als Mitglied der atlantischen Allianz und als souveräner, dem integrierten Militärapparat des Bündnisses nicht angehörender Nationalstaat. General de Gaulle schuf diesen Januskopf, als er sein Land 1966 aus der NATO herausnahm. Seine Begründung war, daß Frankreich eine Atommacht sei und als solche nicht Bestandteil eines integrierten Militärbündnisses unter fremdem (amerikanischem) Oberbefehl sein könne.

Seit nahezu zwei Jahrzehnten hat nun Paris recht und schlecht in dieser Doppelrolle unter seinen Alliierten gelebt, bis zur Stunde offenlassend, ob es an einem Krieg in Europa teilnehmen würde oder nicht. Und da kommt jemand daher und zieht der Diplomatie seines Landes die Maske vom Gesicht. Georges Marchais, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, hält seinem Koalitionspartner Mitterrand, Präsident der Republik, vor, man könne nicht gleichzeitig Verbündeter Amerikas und der Sowjetunion sein. Soll heißen: Man könne nicht Washington signalisieren, daß man in der Stunde der Gefahr auf seiner Seite stehe, und gleichzeitig Moskau bedeuten, man sei souverän, habe eine unabhängige Atomwaffe, die man folglich auch nicht bei den Raketen-Verhandlungen in Genf anrechnen lasse.

An der brutalen Logik des KPF-Chefs läßt sich schwerlich rütteln. Aber Marchais handelt natürlich im Interesse Moskaus. Sein Propos ist eine große Gefahr für Europa. Denn würden die französischen und britischen Waffensysteme in Genf angerechnet, so käme am Ende der Verzicht auf die Stationierung der amerikanischen Pershing-Raketen heraus, und das wäre die Abkoppelung Europas von Amerika.

Mitterrand weiß es, und auch Kohl weiß es. Daher waren beide sich auf dem lothringischen Felsen einig, daß die französischen und britischen Raketen bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen außen vor bleiben müssen. Für Mitterrand aber ergeben sich aus der Konfrontation mit seinem innenpolitischen Bündnispartner zwei Folgerungen: eine Antwort auf die Frage, wie lange diese Koalition noch dauern kann, und ein noch unmißverständlicheres Bekenntnis zur Solidarität mit dem atlantischen Bündnis.

US-Flotte zeigt Flagge vor Mittelamerika

AP/dpa, Washington

Ein aus acht Kriegsschiffen bestehender US-Flottenverband unter Führung des Flugzeugträgers „Ranger" ist in Richtung auf die mittelamerikanische Pazifikküste in Marsch gesetzt worden. Wie das Pentagon mitteilte, soll dadurch „die amerikanische Unterstützung für befreundete Länder in diesem Gebiet unterstrichen" werden.

Nach Meinung politischer Beobachter will die US-Regierung durch die Entsendung des Flottenverbandes und durch Manöver in Honduras, an denen voraussichtlich im August rund 5000 US-Soldaten teilnehmen sollen, offenbar ihre Sorge über die bedrohliche Aufrüstung Kubas und Nicaraguas zum Ausdruck bringen. Die Regierung unter Präsident Reagan hat die Möglichkeit einer Seeblockade zur Unterbrechung des Stroms der Waffenlieferungen aus dem Ostblock nicht ausgeschlossen. Eine solche Blockade dürfte sich auf die Karibik konzentrieren, weil der größte Teil der Waffenlieferungen aus Kuba, der Sowjetunion, Bulgarien und anderen kommunistischen Ländern nach Nicaragua durch dieses Gebiet kommt.

In Washington berät seit Dienstag das US-Repräsentantenhaus über einen Gesetzentwurf zur Einstellung der Unterstützung der regierungsfeindlichen Rebellen in Nicaragua durch den US-Geheimdienst CIA. Die US-Regierung hält diese CIA-Aktivitäten in Nicaragua für notwendig, um die Lieferung von Waffen aus Nicaragua an die Rebellen in El Salvador zu stoppen. Der Senat hatte die Mittel für diese CIA-Aktivitäten vor einiger Zeit noch einmal bewilligt und will im Herbst erneut darüber entscheiden.

1986 muß Normalbenzin bleifrei sein

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung wird zum 1. Januar 1986 voraussichtlich nur die Einführung bleifreien Normalbenzins vorschreiben. Eine Entscheidung, ab wann auch Superbenzin, auf das rund die Hälfte des Kraftstoffverbrauchs in der Bundesrepublik entfällt, bleifrei sein muß, ist offenbar noch nicht gefallen.

Regierungssprecher Boenisch sagte nach der gestrigen Kabinettssitzung zu dieser Frage, technisch unproblematisch sei nur die Umstellung auf bleifreies Normalbenzin. Das Kabinett habe nicht die Frage erörtert, ob eine Unterscheidung zwischen Normal- und Superbenzin gemacht werden sollte. Das Kabinett beschäftigte sich dabei lediglich mit dem Grundsatzbeschluß, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung des bleifreien Benzins ab 1986 zu schaffen und gleichzeitig den Einbau von Katalysatoren vorzuschreiben. Bundeskanzler Kohl sprach, so Boenisch, von einer „Pilotfunktion" der Bundesrepublik in Europa. Zwar bemühe man sich mit Rücksicht auf die Europäische Gemeinschaft und die Auswirkungen auf den Verkehr um eine gemeinsame Lösung, doch sei der Bundesregierung klar, daß es „nicht ganz ohne deutschen Druck" gehe.

Über die Nachrüstung der zugelassenen Fahrzeuge mit Katalysatoren gibt es offenbar noch keine Terminvorstellungen. Mit Blick auf die USA meinte Boenisch, es handele sich um einen „langwierigen Prozeß". Über Steuererleichterungen für bleifreies Benzin sei im Kabinett „nicht gesprochen worden", erklärte Boenisch. Die Ablehnung des Finanzministers gilt jedoch als sicher.

Tokio verspricht Erhöhung der Hilfe für Pakistan

Präsident Zia pessimistisch über Afghanistan-Lösung

FRED de la TROBE, Tokio

Pessimistisch über die Aussichten auf eine baldige Lösung des Afghanistan-Konflikts hat sich der pakistanische Staatspräsident Ziaul Haq in Tokio geäußert. Der Schlüssel liege in Moskau, er rechne aber nicht damit, daß es zu einer raschen Einigung auf einen sowjetischen Truppenabzug und zur Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge in ihre Heimat kommen werde, sagte Zia, der sich zum ersten Staatsbesuch eines pakistanischen Präsidenten seit 23 Jahren in Japan aufhält.

Der Präsident bekräftigte, daß seine Regierung an vier Forderungen zur Beilegung des Afghanistan-Konflikts festhalte: Rückzug der sowjetischen Truppen, Selbstbestimmungsrecht für die Afghanen, Rückkehr der Regierung in Kabul in das Lager der blockfreien Staaten und die friedliche Heimführung der Flüchtlinge. Japans Ministerpräsident Yauhiro Nakasone, mit dem Zia zweimal zusammentraf, sagte die unveränderte Unterstützung Japans für diese Haltung zu. Pakistan solle bei den in Genf stattfindenden Verhandlungen mit Vertretern des afghanischen Regimes nicht davon abrükken.

Tokio ist sich der strategischen Bedeutung Pakistans in Zentralasien und an der Ölversorgungsroute nach Fernost bewußt. Seit dem Einfall der Sowjetunion in Afghanistan hat Pakistan von Japan mehr Entwicklungshilfe erhalten als von den USA oder Saudi-Arabien. Die früher sehr lockeren Beziehungen zwischen den beiden asiatischen Staaten sind enger geworden.

Ministerpräsident Nakasone bot Pakistan jetzt eine Aufstockung der Entwicklungshilfe – langfristige und zinsgünstige Kredite in japanischer Währung – um sieben Prozent gegenüber 1982 auf ein Volumen von umgerechnet 323 Millionen Mark in diesem Jahr an.

Für die afghanischen Flüchtlinge will Tokio außerdem in diesem Jahr 22 Millionen Mark bereitstellen. Nach Angaben Präsident Zias mußten im vergangenen Jahr für den Lebensunterhalt der mehr als drei Millionen Flüchtlinge in Pakistan rund 1,1 Milliarden Mark aufgebracht werden. Die Hälfte dieser Summe steuerte Pakistan bei.

(SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kandidaten in Ungarn

Von Carl Gustaf Ströhm

Während der ungarische Parteichef Janos Kadar in Moskau mit Jurij Andropow verhandelte, erklärte in der Budapester KP-Zeitung „Nepszabadsag" Politbüro-Mitglied Mihaly Korom, daß bei Wahlen in der ungarischen Volksrepublik in Zukunft mindestens zwei Kandidaten für ein Abgeordnetenmandat aufgestellt werden müssen.

Korom erklärte ferner, daß Parteimitglieder und Parteilose als Kandidaten Chancengleichheit genießen sollten. Außerdem soll eine Art Landesliste für Personen eingerichtet werden, deren Tätigkeit nicht nur lokale, sondern nationale Bedeutung hat.

Sicher ist damit in Ungarn keineswegs die parlamentarische Demokratie eingeführt worden – denn, so betont Korom, kein Kandidat dürfe im Gegensatz zum „Sozialismus" stehen, und alle müßten auf der Grundlage des Programms der kommunistischen „Volksfront" kandidieren. Aber nach der Wirtschaftsreform, die neue Energien freisetzte, wird nun den Ungarn in Zukunft die Möglichkeit geboten, zwischen verschiedenen KP-Mitgliedern und Volksfront-Kandidaten wirklich eine „Wahl" zu treffen. Auch der Begriff „Pluralismus" taucht plötzlich im offiziellen Budapester Vokabular auf.

Dazu Korom: „Die Welt wird nicht zusammenbrechen, wenn zwei, drei oder sogar vier Kandidaten auf den Wahllisten auftauchen ... Sie wird auch nicht zusammenbrechen, wenn die Person, die nicht der offizielle Kandidat der Volksfront ist, als erster aus der Wahl hervorgeht. Das sozialistische System wird nicht einmal zusammenbrechen, wenn die zustimmenden Wählerstimmen nicht 98 oder 99 Prozent erreichen." Aber ändern wird es sich – es sei denn, das Wahlsystem wird geändert.

Reagan, unzensiert

Von Enno v. Loewenstern

Präsident Reagan hat zur „Woche der unterdrückten Nationen" erklärt, er werde seine Kritik am Kommunismus fortsetzen. Wohl werde er auf jede Geste der Zusammenarbeit eingehen. Aber dem Frieden werde nicht geholfen, „wenn man angesichts Millionen Gefolterter in Vietnam oder Kambodscha die Lippen verschließt". Auch hätten nicht Worte den Frieden in Afghanistan zerstört, sondern die sowjetische Intervention.

Das ist eine gar erschröckliche Absage an alle jene Staatsmänner der Publizistik, die ihn immer wieder anflehen, um des „Dialogs" willen doch nicht immer wieder zu sagen, daß der neuen Zaren neue Kleider nach wie vor blutbefleckt seien. Die uns versichern, es seien Reagans Worte und nicht etwa Moskaus Taten, was den Frieden bedrohe.

Nun gibt es freilich auch sehr kräftige Moskauer Äußerungen über die bösen westlichen Imperialisten, deren arge Pläne man im Wege des weltweiten Klassenkampfes zu durchkreuzen gedenke. Aber wie jüngst erst Günter Gaus wieder beteuerte: das sagen sie doch „nur für den inneren Gebrauch", um „dem Affen Zucker zu geben".

Und schließlich orientiert sich jedes fortschrittliche Schulbuch an der Joist-Grolle-Doktrin der SPD-Kultusminister, wonach Kritik an sowjetischen Konzentrationslagern und Massenmorden die „Versöhnung zwischen den Völkern" störe – anscheinend meint Grolle, die Völker seien pikiert, wenn man ihre Foltermeister einfach so meuchlings anprangert.

Doch gemach. Auch wenn Reagan die Dinge beim Namen nennt, das läßt keinen Dialog abreißen. Diktaturen sind nicht so sensibel. Am treffendsten drückte das der britische Karikaturist David Low in einer Zeichnung vom 20. September 1939 aus, als er Hitler und Stalin einander über Polonias Leichnam artig begrüßen ließ: „Der Abschaum der Menschheit, wenn ich nicht irre?" – „Der blutige Mörder der Arbeiterklasse, wie ich annehme?" Eine Zeichnung, die in keinem heutigen Schulbuch fehlen sollte – und in keinem Lehrbuch für Politiker.

Allerlei Kosmetik

Von Peter Dittmar

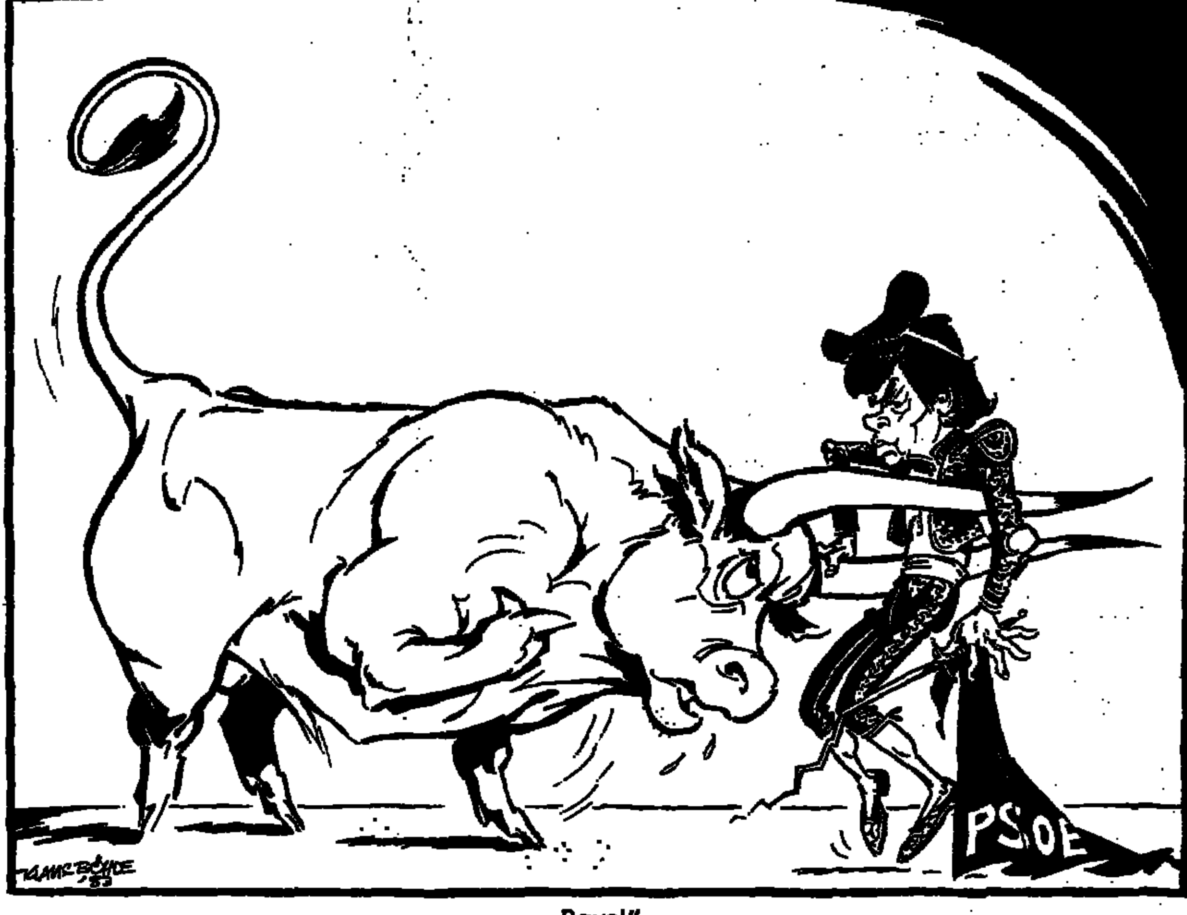
Sie schätzen Petra Kelly mehr als alle anderen Politiker. Auch Erhard Eppler und Günter Verheugen stehen bei ihnen in hohem Ansehen. Die höchste Präferenz haben dementsprechend die Grünen, gefolgt von der SPD, während das Wohlwollen für CDU und CSU weit unter dem Durchschnitt liegt.

Sie vermuten bei anderen einen Mangel an politischem Bewußtsein und auch an Werten und Idealen. Um welche Werte es sich da handelt, verraten sie auch: Sie sind für den sofortigen Baustopp von Kernkraftwerken, wollen umwelt- und naturbewußt leben, auch möglichst wenig arbeiten. Vor allem wollen sie vom heutigen Konsumangebot unabhängig sein. Deshalb sind sie auch gegen die Werbung für Vermögensbildung, die Bundeswehr, kosmetische Produkte, Unterhaltungselektronik, Banken und Versicherungen.

Es ist das Porträt einer sehr spezifischen Gruppe zwischen achtzehn und dreißig Jahren. Sie ist für Ideologien empfänglich, besonders solche, wie sie die Grünen und die linken Flügel der SPD und FDP vertreten. Sie sind konsumfeindlich und für die Umverteilung der Vermögen. Und sie wollen die Gesellschaft der Bundesrepublik in vielen Teilen ändern.

Die Umfrage, die dieses Porträt erbrachte, zielte jedoch nicht auf eine Bestandsaufnahme des politischen und gesellschaftspolitischen Klimas. Sie wollte vielmehr die Leserschaft einer gewissen Illustrierten durchleuchten, die sich Gewinn nicht nur von Tagebüchern eines Adolf Hitler verspricht, sondern auch von genereller Kritik an dem Nachfolgestaat des Hitler-Staats. Außerdem aber auch durch teure Inserate für Kosmetika, für Versicherungen, für Geräte der Unterhaltungselektronik und für die nur bedingt umweltfreundlichen Automobile.

„Werbung", hat einmal ein Fachmann gesagt, „ist zu fünfzig Prozent für die Katz. Nur leider wissen wir nicht, welche fünfzig Prozent das sind." Wirklich nicht?



„Raus!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Israel und die USA

Von Ernst Cramer

Wenn Ministerpräsident Menachem Begin doch noch nach Washington fährt, wird er dort mit größerer Freundlichkeit empfangen werden als bei früheren Besuchen. Die israelische Regierung hat der bisher so gut wie erfolglosen Nahost-Politik der amerikanischen Administration den einzigen Pluspunkt ermöglicht: das zwischen Libanon und dem jüdischen Staat vereinbarte Truppenrückzugs-Abkommen kam unter amerikanischer Beihilfe zustande.

Genau wie beim Friedensvertrag mit Ägypten zeigten die Israelis, daß sie zu Kompromissen bereit sein können, wenn sie es auf arabischer Seite mit einem wirklichen Verhandlungspartner zu tun haben. Eingeweihten war sowieso von Anfang an klar, daß die Jerusalemer Regierung nie daran dachte, länger als unbedingt nötig in Libanon als Besatzungsmacht zu bleiben.

Während der Verhandlungen, die schließlich zum Abkommen führten, hatten die amerikanischen Gesprächspartner einschließlich des Außenministers George Shultz immer wieder durchblicken lassen, sie könnten auch die Syrer dazu bewegen, ihre eigenen und die mit ihnen liierten PLO-Truppen aus Libanon zurückzuziehen. Wie Kenner der Situation schon vorher wußten, war diese Hoffnung auf Sand gebaut.

Obwohl Shultz das Gewicht seiner Persönlichkeit und seines Ranges noch einmal in die Waagschale warf und selbst nach Damaskus flog, blieb der Staatschef Syriens, Hafiz Assad, unbeirrbar bei seiner Ablehnung. Die von den Sowjets moralisch und mit Waffen gestärkten Syrer denken nicht daran, ihre Positionen zu räumen. Das bedeutet, daß auch die von Syrern wieder bewaffneten PLO-Einheiten, um deren Vernichtung oder Vertreibung willen die Israelis im Vorjahr den Vormarsch nach Libanon trotz weltweiter Opposition unternommen hatten, im Lande bleiben.

Diese Situation zwingt die Israelis zu Plänen einer Teilevakuierung, die nicht ganz in das amerikanische Nahostkonzept passen. Washington möchte, daß die israelischen Einheiten alle ihre Positionen in Libanon zunächst beibehalten. Dafür gibt es aus amerikanischer Sicht zwei Gründe:

Zum einen ist trotz der barschen Absage aus Damaskus die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben worden, man könne die Syrer doch zur Zurücknahme ihrer Besatzungstruppen veranlassen. Würden die Israelis aber einige ihrer Stellungen freiwillig räumen, wäre der Druck auf die Syrer, sich zurückzuziehen, wesentlich geringer.

Fast noch gravierender ist der zweite Grund. Es besteht die Gefahr, daß der Bürgerkrieg in Libanon, der jetzt schon unter der Decke brodelt und in dem es täglich Opfer gibt (auch unter den Israelis, die immer wieder versuchen, die sich bekämpfenden Gruppen voneinander zu trennen), wieder voll ausbricht, wenn durch den israelischen Abzug ein Machtvakuum entsteht.

Die libanesischen Regierungstruppen wären nicht in der Lage, das zu verhindern, ja sie würden selber in einen solchen Bürgerkrieg hineingerissen. Die Hauptgegner der regierungstreuen, zum großen Teil aus Christen bestehenden Einheiten sind linksorientierte Drusen und schiitische Marodeure, die sehr oft im Verbund mit syrischen und PLO-Einheiten operieren. Bei einer derartigen Entwicklung bestünde sogar die Gefahr, daß die aus Amerikanern, Briten, Franzosen und Italienern bestehende, in Beirut stationierte Internationale Friedenstruppe in Bürgerkriegsscharmützel verwikkelt würde, was die beteiligten vier Mächte unter allen Umständen vermeiden möchten.



Verschaffte Washington den einzigen Nahost-Erfolg: Begin

FOTO: B. NEUMANN/STUDIO X

Die Israelis aber wollen, wenn irgend möglich, ihre Truppen zurückziehen, und zwar genau so weit, daß sie einen möglichen Überraschungsangriff der Syrer aus der libanesischen Bekaa-Ebene noch im Vorfeld abfangen und ein Wiedereinsickern der PLO in das Grenzgebiet nördlich von Galiläa verhindern können.

Um einen Kompromiß in dieser Frage wird in Washington gerungen werden. Aber was auch immer dabei herauskommt, die Israelis werden Besatzer bleiben müssen, und die Besetzten sind Araber, so wie nun schon seit sechzehn Jahren im Westjordanland und im Gaza-Streifen.

Nur wenige Israelis fühlen sich in dieser Rolle wohl. Sie wird ihnen aufgezwungen von einer Umwelt, die sich weigert, die Existenz des jüdischen Staates zu akzeptieren, die nach wie vor hofft, Israel irgendwie wieder von der Landkarte wegradieren zu können. Arabischer Chauvinismus und islamischer Fanatismus wirken da zusammen. Der Haß auf den jüdischen Staat ist auch der Kitt, der die untereinander oft tief verfeindeten arabischen Länder immer wieder vereint. Ebenso wird die Parole der Vernichtung Israels auch die sich befehdenden Fraktionen der PLO wieder zusammenführen.

Anwar el-Sadat, der ägyptische Staatspräsident, hatte den Versuch gemacht, die Barrieren der arabisch-israelischen Todfeindschaft niederzureißen. Dafür wurde er umgebracht. Dennoch ist sein Weg der einzig mögliche. Nur: Wo sind die Staatsmänner Arabiens, die den Mut und die Klarsicht haben, Sadats Weg der Versöhnung wieder zu beschreiten? Gäbe es sie, würden sie in Israel offene Tore und offene Herzen vorfinden.

IM GESPRÄCH Gustav Häring

Bürgernah, doch effizient

Von Günther Bading



Von der Grenze in die Hauptstadt: Münchner Polizeichef Häring

FOTO: DPA

Der ehemalige Rechtsanwalt ist im Gespräch mit Gustav Häring auch heute noch spürbar. Der soeben zum neuen Polizeipräsidenten von München berufene Chef der Bayerischen Grenzpolizei argumentiert knapp, überzeugend und in einer geschliffenen Sprache, wie sie den Leuten aus dem Bayerischen Wald weiter nördlich gemeinhin nicht zugetraut wird. Häring, Jahrgang 1927, stammt aus Wegscheid bei Passau.

Eigentlich wollte er ein ganz normaler Rechtsanwalt werden – nach Wehrdienst in den beiden letzten Kriegsjahren, Abitur 1947 und Studium in München –, trat aber dann nach vierjähriger Anwaltstätigkeit in Landshut doch in die Dienste des Freistaates. Bei der Regierung von Niederbayern war er Referent für Zivil- und Katastrophenschutz, ging 1969 zur Bayerischen Grenzpolizei und wurde 1972 Präsident dieser in der Bundesrepublik Deutschland einmaligen Grenztruppe eines Bundeslandes.

Auf die – zu Unrecht – außerhalb Bayerns manchmal als (neben Bundesgrenzschutz und Zoll eigentlich überflüssiges) Unikum belächelte Grenzpolizei mit rund 2900 Beamten läßt Präsident Häring nichts kommen. Nicht nur historische, auch sachliche Gründe gebe es für deren Existenz. Zum einen sei sie 1946, also vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland auf Anweisung der damaligen Militärregierung gebildet und bei Schaffung der Bundeszollverwaltung 1949 und des Bundesgrenzschutzes 1951 beibehalten worden. Zum anderen gebe es auch sachliche Gründe, allen „Anfechtungen" der auf Einsparung bedachten Haushaltspolitiker zum Trotz an der Grenzpolizei festzuhalten.

So sprächen die Fahndungserfolge dafür, beispielsweise gegen Schlepper, die illegale Arbeitskräfte ins Land bringen wollten. Oder auch jene Erfolge zur Zeit der Olympischen Spiele in München, als man in sechs Wochen sieben durch Grenzpolizeibeamte selber erkannte Agenten an bayerischen Übergängen zur „DDR" festgenommen habe. Der später übergelaufene Oberleutnant des „DDR"-Geheimdienstes, Stiller, habe dann bestätigt, daß Ost-Berlin damals für die Agenten der „DDR" die Ein- und Ausreise über bayerische Grenzübergänge verboten habe. Aus Kreisen des bayerischen Innenministeriums heißt es auch, man habe Erkenntnisse, daß die Ströme des Rauschgifthandels aus dem Süden und Osten Europas wegen der Effizienz der Bayerischen Grenzpolizei um Bayern herumgelenkt worden seien.

Im neuen Amt will Gustav Häring die sogenannte „Münchener Linie" beibehalten, die unter seinem ins Bundesinnenministerium gewechselten Vorgänger Schreiber galt. Befragt, was man sich unter diesem im Polizeijargon längst zum Begriff gewordenen Wort vorzustellen habe, antwortet Häring knapp und präzis: „Bürgernähe. Unsere Arbeit hätte keinen Sinn, wenn wir die Bürger gegen die Polizei aufbringen würden." An Effizienz aber will er es trotzdem in München, wie bisher an Bayerns Grenzen, nicht fehlen lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DAILY EXPRESS

Zur Greenpeace-Landung in Sibirien meint das Londoner Blatt:

Die Russen haben sich ein Kukkucksei ins Nest gelegt, als sie die sieben Greenpeace-Demonstranten ergriffen haben ... Diese sind weder grün noch friedlich. Sie wollen ihre ökologischen Ansichten jedem anderen aufzwingen, und sie sind Experten im Herstellen von Öffentlichkeit ... Gewöhnlich umschließt Schweigen diejenigen, die unglücklich genug sind, in Sibirien zu enden. Dieses Mal könnten die Russen zu der Ansicht kommen, daß sie mehr abgebissen haben, als sie schlucken können. Die sibirischen Sieben werden die Bedrohung des sibirischen Bären oder die Gefahr für die Tundra durch den Bau von Hochöfen in der Inneren Mongolei in die Welt posaunen. Die Russen werden bei Gott wünschen, sie hätten niemals an diese Demonstranten Hand angelegt. Greenpeace und die Sowjets haben wahrlich einander verdient.

Frankfurter Allgemeine

Zur neuen Aufgabe Henry Kissingers schreibt das Blatt:

Der Ernannte mußte auch von der Opposition im Kongreß akzeptiert werden. Daß dies möglich war, deutet schon auf die erwartete Stimmungsveränderung in den Vereinigten Staaten hin: Denn mag auch Kissinger Vertrauen als ein Mann des Ausgleichs und der Vermittlung genießen, zu faulen Kompromissen in Zentralamerika wird er nicht neigen. Daß er dennoch von der Opposition als Vorsitzender der gemischten Kommission gebilligt wurde, zeigt, wie die Dinge stehen. Nicaragua ist, wie selbst die in solchen Dingen nicht voreilige Zeitung „Le Monde" feststellt, ein leninistisch geführter Staat in Symbiose mit Kuba. So hat es der Zentralamerika-Experte Wischnewski der deutschen Öffentlichkeit freilich noch nicht dargestellt.

Kölnische Rundschau

Zur Ausländerpolitik heißt es in der Zeitung:

Ein bißchen Verständnis sollten wir wohl erwarten dürfen. Verständnis dafür, daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik unerwartete Ausmaße angenommen hat und eine tiefgreifende Besserung für absehbare Zeit nicht in Sicht ist. Daß unter diesen Umständen die Aufnahme neuer Gastarbeiter nicht mehr selbstverständlich ist, der Zuzug von Familienangehörigen bestimmten Bedingungen unterworfen wird, kann gerechterweise nicht als Fremdenfeindlichkeit gewertet werden. Von Abschiebung der Türken kann im übrigen keine Rede sein. Alle bisherigen Überlegungen zielen auf Freiwilligkeit ab.

NEUE PRESSE

Zum Demonstrationsstrafrecht macht das Blatt sich Sorgen, ob die von Schnoor angedrohte Verfassungsklage auch den gewünschten Erfolg bringt:

Der Gang nach Karlsruhe birgt jedoch auch ein Risiko. Die Verfassungshüter sind weder ausrechenbar noch unfehlbar. Man kann nur hoffen, daß sie beim Demonstrationsstrafrecht eine ähnlich bürgerrechtsfreundliche Haltung einnehmen, wie sie sich angedeutet hat, als sie die Beschwerde gegen das umstrittene Volkszählungsgesetz zuließen. Doch auch hier ist das entscheidende Wort noch nicht gesprochen. Der Gang nach Karlsruhe kann das rechtspolitische Rollback aufhalten, er kann es aber auch festschreiben.

Das sozialistische Trauerspiel, gegeben am Manzanares

Auch in Spanien Illusionen, Enttäuschung, Spaltung / Von Heinz Barth

Früher als gedacht hat die kontinentweite Krise der Euro-Linken jetzt auch Spanien erfaßt, wo der gemäßigte Sozialist Felipe Gonzalez vor weniger als einem Jahr einen auf den ersten Blick überwältigend wirkenden Wahlsieg errungen hatte. Seine Popularität schien so unantastbar, daß mit ihrer unvermeidlichen Abnützung erst für 1984 gerechnet wurde. Mehr war bei dem kurzgeschlossenen Temperament der Spanier ohnehin nicht zu erwarten.

Als der Sozialismus im vorigen Herbst zur Macht kam, war er – das sollte ihm zugute gehalten werden – um seine Ausgangsbasis nicht zu beneiden. „Felipe" trat wie ein Retter auf den Plan. Unvernünftige Erwartungen wurden an die erste Linksregierung geknüpft, die in Spanien seit dem Bürgerkrieg die Verantwortung übernahm. Sie versprach, das Heer der zwei Millionen Arbeitslosen um 800 000 zu vermindern – ein, wie jeder wußte, völlig unerfüllbares Versprechen.

Und wieder einmal sorgte der Irrationalismus der am schwersten regierbaren Nation Europas dafür, daß der Überspanntheit der Illusionen die Aggressivität der Enttäuschten entsprach. Felipe Gonzalez steuerte einen entschieden marktwirtschaftlichen Kurs. Es kam, mit einer Ausnahme, nicht zu der Verstaatlichung von Banken und Industrien, die sich die Massen als Patentlösung ihrer Probleme eingebildet hatten. Als die Regierung zudem noch die Schließung des seit Jahrzehnten mit astronomischen Verlusten arbeitenden Uralt-Stahlwerkes von Sagunt ankündigte, kam es zur Explosion.

Die Metallarbeiter, die im vorigen Oktober sozialistisch gewählt hatten, gingen auf die Straße und demonstrierten mit roten Transparenten und haßerfüllten Sprechchören gegen den Mann, der eben noch als die Verkörperung ihrer schönsten Hoffnungen galt. Sie demonstrieren zugleich die Spaltung der mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialisten.

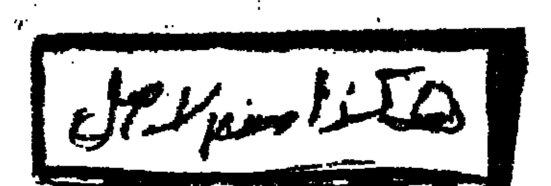
Gonzalez' Dilemma ist: Weder die Massen noch die Gowerkschaftsführer sind bereit, Konsequenzen daraus zu ziehen, daß die sozialen Lasten, die von den Unternehmen zu 85 Prozent getragen werden, sich im Handumdrehen verdreifacht haben. Der linke Flügel im Kabinett rebelliert gegen den Ministerpräsidenten und seinen Wirtschaftsminister Boyer, die den Stabhoch-Artisten der Sozialdemagogie die phantasievollen Lohnsprünge abgewöhnen und diese endlich unter das Niveau der Inflation drücken möchten.

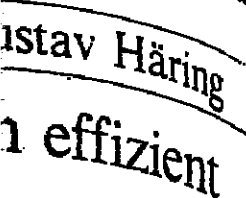
Auf viel Unterstützung im eigenen Lager dürfen sie dabei nicht hoffen. Auch im modernen Spanien dominiert noch eine isolationistische Barrikaden-Mentalität, auf die mit den bösen Erfahrungen, die das Frankreich Mitterrands mit Sozialisierung und Verstaatlichung gesammelt hat, kein Eindruck zu machen ist. Es ist den Spaniern kaum beizubringen, daß der Riß, der sich jetzt auf der Linken öffnet, ein europäisches Phänomen ist.

Es sind ja nicht nur die bei der Oktoberwahl vernichtend geschlagenen Kommunisten, die wieder eine Chance sehen. Weniger die an einer internen Krise laborierende KP als die ihr nahestehende Gewerkschaft, die „Comisiones Obreras", bringt die Massen auf die Straße. Doch die weit subtilere Gefahr für den Regierungschef stellt ein Mann in seiner nächsten Umgebung dar, der stellvertretende Ministerpräsident Alfonso Guerra.

Es hielt schwer genug, den Führer der Linkssozialisten im Herbst zum Eintritt ins Kabinett zu überreden. Schon jetzt wird sichtbar, daß es mißlungen ist, ihn dadurch zu neutralisieren. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bevor sein Widerstand gegen eine Sozialpolitik verantwortungsbewußter Austerität zum offenen Zerwürfnis mit Felipe Gonzalez führt. Mehr noch fällt ins Gewicht, daß Alfonso Guerra die treibende Kraft in der Regierung für die Lockerung der Bindungen an den Westen und die Neutralisierung Spaniens ist.

Es waren nicht nur Kommunisten, die in Madrid kürzlich für den Austritt aus der NATO und die Schließung der US-Stützpunkte demonstrierten – unter Transparenten: „Felipe, Du hast uns an Reagan verkauft". Dem spanischen Sozialismus ergeht es nicht anders als der SPD, deren innere Krise vor bald einem Jahr die eigentliche Ursache der Bonner Wende war. Von den zehn Millionen, die ihn wählten, hat sich Felipe Gonzalez nach eigener Schätzung drei Millionen „in der Mitte gepumpt". Es ist ein Existenz-Problem der Euro-Linken, daß sie mit dieser Spannweite nicht mehr fertig wird – vom Rhein bis zum Manzanares.







Wo stille Hilfsbereitschaft die große Politik ergänzt

Seit Jahrzehnten betreuen private Helfer aus der Bundesrepublik Familien in der „DDR", die durch politische Verfolgung in Not geraten sind. Freigekaufte Häftlinge äußern sich immer wieder anerkennend über dieses stille humanitäre Engagement.

Von G. KRANEFUSS

Sie ahnen gar nicht, mit welchen Mitteln die kommunistischen Machthaber alles tun, um politische Gefangene und ihre Angehörigen zu isolieren, zu erniedrigen und zu verunsichern", klagt Monika Kasprzak das „DDR"-Regime an. „Aber es ist gut zu wissen, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die an die Notleidenden drüben denken."

Der Arzt Bernd Kasprzak unternahm mit seiner Familie 1979 den ersten Fluchtversuch in den Westen. Seine Frau berichtet: „Er mißglückte, wir beide wurden inhaftiert, unser drei Kinder kamen zur Großmutter. Als wir entlassen wurden, versuchte mein Mann es noch einmal allein. Wir wollten nicht aufgeben. Aber wir wurden schon lange observiert, mein Mann wurde wieder verhaftet."

Im Mai wurde Bernd Kasprzak von der Bundesregierung freigekauft, die Familie durfte anschließend ausreisen. Leise, aber fest klingt die Stimme der Frau: „Wir sind glücklich. Mein Mann arbeitet an der Deutschen Sporthochschule in Köln, unsere Kinder besuchen das Gymnasium. Im Englisch-Unterricht müssen sie aufholen, aber sonst klappt alles."

1977 wurden die Prämien für den Freikauf politischer Häftlinge – das „Kopfgeld" – festgesetzt. Für einen Arzt oder Universitätsprofessor mußten 150 000 bis 180 000 Mark gezahlt werden, für einen Lehrer bis 50 000 Mark und für einen Facharbeiter 30 000 Mark. Bis zum Herbst 1981 sollen mehr als 14 000 politische „DDR"-Häftlinge freigekauft worden sein.

Peter und Beate Weber wurden in diesen Tagen freigekauft. Ihr Name wurde geändert, weil sie ihre Verwandten in der „DDR" vor Repressalien schützen wollen. Der gelernte Maurer und seine Frau, eine Industrieschneiderin, beide an der Ostseeküste geboren und aufgewachsen, lebten zuletzt in einer Großstadt. „Viele Male hatte ich unsere Ausreise beantragt, die ständigen Ablehnungen in immer drastischerer Weise beantwortet. Dann warf man mir Beeinträchtigung der staatlichen Organe und Aggressionen gegen das Regime vor. Ergebnis: zwei Jahre Haft für mich. Meine Frau bekam im Zuge der Sippenhaft ein Jahr."

Beate Weber wirkt noch immer etwas verstört, spricht stockend: „Ich mußte im Nähsaal mit Kindesmörderinnen und drei zu lebenslänglicher Haft verurteilten ehemaligen KZ-Aufseherinnen arbeiten." Ihr Mann setzt den Bericht fort, zündet sich nervös immer wieder eine Zigarette an, ohne sie aufzurauchen: „Daß wir getrennt wurden, das war ganz schlimm für mich. Ich kam in die Nähe von Leipzig. Die Verpflegung war gut, aber ich drohte mit einem Hungerstreik, ich wollte nicht mit Kriminellen und Asozialen in einen Topf geschmissen werden, die uns von hinten und vorne beklauten. Wir konnten nur den politischen Häftlingen, die aufgrund der Paragraphen 99, 100, 213 und 214 einsaßen, vertrauen. Bald merkten wir, daß alle vierzehn Tage an einem Montag oder Dienstag aus dem Westen freigekaufte Gefangene aufgerufen wurden. Endlich war ich dran. In dem Bus, der uns nach Gießen brachte, saß meine Beate." Der Mann untedrückt seine Tränen.

Peter Weber und seine Frau leben in Hamburg, das für sie das Tor zur Welt geworden ist. Die „Saga"-Wohngesellschaft hat schnell und unbürokratisch für eine Wohnung gesorgt. Arbeit hat Peter Weber auch gefunden.

Die Behörden hierzulande irritieren ihn ein wenig: „Wir sind dünnhäutig geworden in der DDR. Was wir nicht begreifen, ist folgendes: Im Auffanglager Gießen wurden unser Daten erfaßt, geprüft, weitergeleitet. Als wir in Hamburg ankamen, da begann alles wieder von vorne. Gibt es denn keine Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern? Immer und immer wieder die gleichen Fragen und Formulare. Ein Beamter hat zu mir gesagt, daß die Asylanten aus Afrika und Asien es bei den Behörden in Hamburg leichter haben als die Menschen aus der DDR. Trotzdem danke ich all denen, die den Meschen in Not drüben helfen, so wie sie es auch mit uns gemacht haben."

Millionen Menschen haben in den vergangenen 30 Jahren jenseits des Eisernen Vorhanges Hilfen aus dem Westen empfangen. Menschen, die in Not waren, die es noch immer sind. Es wurde eine Brücke nach drüben gebaut, auf der still und kontinuierlich private Hilfe geleistet wird. Diese Hilfe, die jeden Tag neu gegeben wird, ist frei von politischen Absichten und an keine Konfession gebunden. Immer wieder hört man von von freigekauften Häftlingen Worte größter Hochachtung und Dankbarkeit für die engagierten, ehrenamtlich tätigen Helfer.

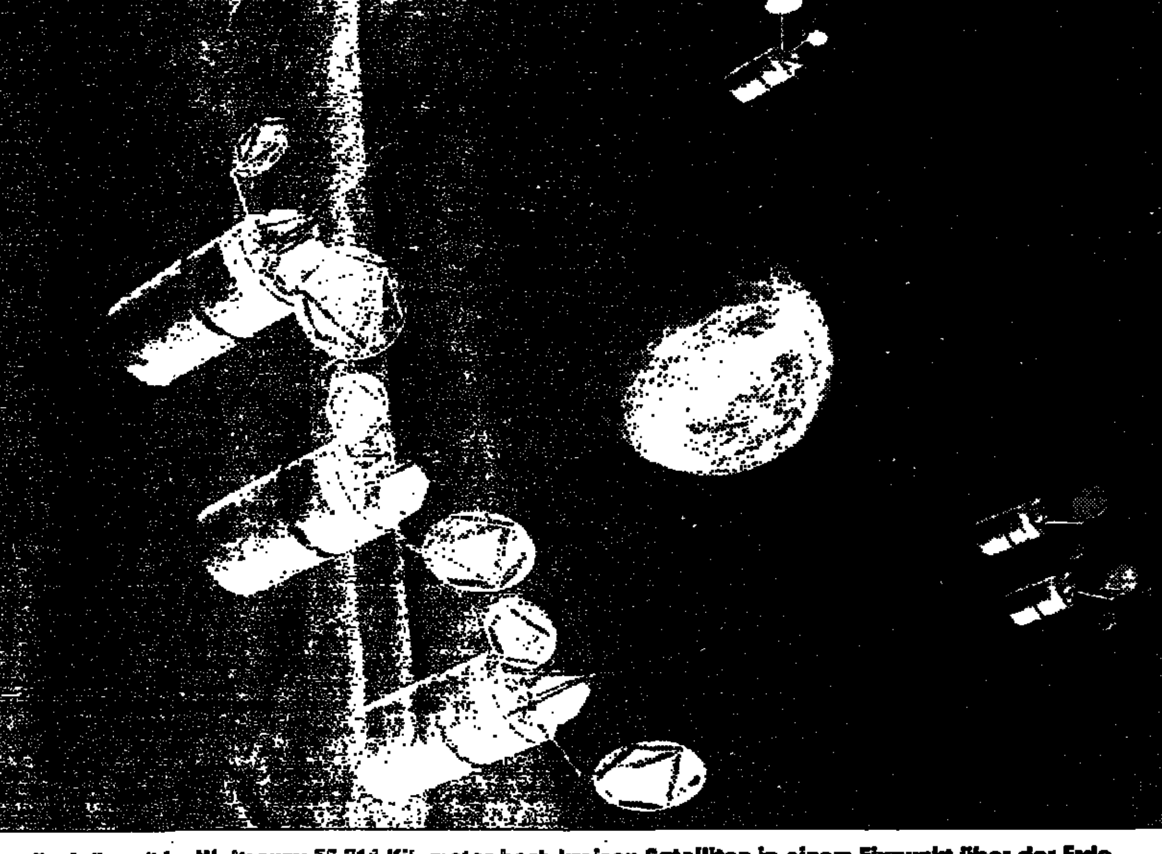
Der ehemalige „DDR"-Wissenschaftler Professor Adolf Henning Frucht wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er Anfang der sechziger Jahre von den Experimenten mit einem chemischen Kampfstoff hörte, der das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West hätte verändern können. Nach reiflicher Überlegung spielte er seine Kenntnisse dem Westen zu. Von den zehn abgesessenen Jahren seiner Strafe verbrachte er nach seiner Verurteilung vier Jahre in Einzelhaft.

Heute lebt der 70jährige Wissenschaftler mit seiner Familie in Berlin. Er sagt über die Freiwilligen, die den Menschen in Not in der „DDR" helfen: „Ich und die Meinen sind von ihnen umsorgt worden. Ich habe überlegt, haben wir ihre Arbeit recht verstanden, waren wir ihrer Annahme würdig? Sie gaben dem Gefangenen das Gegengewicht, die Menschlichkeit, die Warmherzigkeit. Ein Wort an die Politiker: Was ihr nicht könnt, laßt andere tun. Sie, die Helfer, sind unentbehrlich geworden, sie müssen so weitermachen." Diese Worte sprach er nicht nach seinem Freikauf im Jahre 1976, sondern jetzt. (Das Buch „Der kälteste Krieg. Prof. Frucht und das Kampfstoffgeheimnis", Ullstein, berichtet über sein Schicksal – geschrieben von Clive Freeman und Gwynne Roberts).

Von seiten der in der Anonymität wirkenden Helfer heißt es: „Wir helfen ausschließlich den Familien jenseits des Eisernen Vorhanges, die schuldlos auf der Schattenseite des deutschen Schicksals leben müssen, die Freiheit und Existenz verloren haben, die in Not geraten, die verlassen, einsam und krank sind. Wenn auch eine todbringende Grenze Deutsche von Deutschen trennt, sind wir noch eine Nation, und alle sollten in Liebe untereinander für die einstehen, denen im anderen Teil unseres Vaterlandes die Menschenrechte versagt werden."



Ausblick auf das Tor zur Welt: Freigekaufte politische Häftlinge in Hamburg FOTO: GISELA KRANEFUSS



„Funktürme" im Weltraum: 35 714 Kilometer hoch kreisen Satelliten in einem Fixpunkt über der Erde ZEICHNUNG: HUGHES

Hoch über dem Äquator bahnt sich eine Revolution an

Das Zeitalter der Tele-Konferenzen rückt näher. Über Kontinente hinweg werden Geschäftspartner in Sichtkontakt miteinander verhandeln können. Diese Entwicklung, die Luftfahrt-Gesellschaften wenig erfreut, ermöglicht der geostationäre Satellit.

Von A. BÄRWOLF

Das einzig Ungewöhnliche an der „Kingsport", einem kleineren Schiff der U. S. Navy, war eine nicht ganz kleine Parabolantenne, die auf einen unsichtbaren Punkt am Himmel gerichtet war. Das amerikanische Marineschiff wabbelte in afrikanischen Gewässern vor dem nigerianischen Lagos, und die Besatzung versuchte per konventionellem Radiotelefon mit der Marinestation in Lakehurst, New Jersey, geräuschvoll zu kommunizieren. Da tönte plötzlich glasklar aus den Schiffslautsprechern eine Stimme: „Kingsport, this is Lakehurst. Kingsport, this is Lakehurst: How do you hear me?"

Das war vor 20 Jahren. Den USA war es gelungen, zum ersten Mal einen Satelliten der Erde so im Weltraum „aufzuhängen", daß die Umlaufgeschwindigkeit der Erdrotation entsprach. Der künstliche Erdbegleiter mit seiner in einer Trommel verpackten Elektronik stand scheinbar über einem Fixpunkt in Äquatornähe still: Der Technik war es gelungen, einen 35 700 Kilometer hohen „Funkturm" zu konstruieren, der sich synchron im 24-Stunden-Rhythmus mit dem Erdplaneten drehte. Am 26. Juli 1963 hatte über den ersten synchronen Fernmeldesatelliten „Syncom" ein erstes Telefongespräch stattgefunden. „Sputnik" war sechs Jahre alt. Doch an diesem Tag hatte das Zeitalter der Satelliten erst richtig begonnen.

Zur selben Zeit, da von Nordamerika nach Afrika via fixem Kunststern telefoniert wurde, stieß eine kleine Gruppe von Forschern und Ingenieuren im kalifornischen El Segundo mit Champagner an. Die Gruppe um Harold Rosen der Hughes-Werke hatte das theoretische Konzept des Österreichers Hermann Noordung aus dem Jahre 1929 in die Tat umgesetzt, nachdem alle amerikanischen Regierungsbehörden und alle Fernmeldegesellschaften die ursprünglichen Vorschläge zum Start eines geostationären Satelliten abgelehnt hatten.

Auf dem Pariser Luftsalon 1961 demonstrierten Harold Rosen, Don Williams und Tom Hudspeth ihr Konzept auf dem Eiffelturm. Die Kritiker sagten: „Höher werden sie auch nicht kommen." Die jungen Forscher boten ihr Jahresgehalt ihrer Firma, die das Ansinnen nur zögernd finanzierte, so wie sie auch das Projekt zum Bau des ersten Lasers nur zögernd finanziert hatte. Harold Rosen und seine Freunde wollten den Eiffelturm in den Kosmos strecken.

Heute ermöglichen Dutzende solcher „Türme" interkontinentales Farbfernsehen „live". Die Fernmeldeämter in der geostationären Bahn übermitteln 12 000 Telefongespräche gleichzeitig, geben Telex-Sendungen weiter, verschicken „elektronische Post", sind Schlüsselpunkte der „Hot Line" zwischen Washington und Moskau, bringen TV direkt in entlegene Hütten, die keine Verbindung mit der Außenwelt haben, ermöglichen Video-Konferenzen, die eines Tages in der elektronischen Begegnung von Menschen gipfeln werden, wobei die Gegenwart an einem anderen Ort vollkommen simuliert werden wird.

Der direkte TV-Empfang vom Satelliten sowie Video-Konferenzen via Kunststern sind Projekte, die gegenwärtig in der Planungsphase weit über die anfänglichen Experimente hinausgehen. Vor Ende des Jahrhunderts könnte ein äquatoriales Satelliten-Fernmeldenetz mit einer Kapazität von vielen Millionen Kanälen existieren. Jedes bewohnte Fleckchen Erde, wie entlegen auch immer, könnte die Signale empfangen. Ein Musterbeispiel für ein Entwicklungsland, das mit seinem weiten Inselreich durch zwei geostationäre „Palapa"-Satelliten elektronisch zusammengefügt wurde, ist Indonesien.

Doch bevor auf jedem Dach einer Dschungelhütte eine aus Aluminiumblech gestanzte Halbschale in Richtung Kunststern sieht, werden auf den entlegenen Häusern in hochentwickelten Staaten die Blechschalen Video-Unterhaltung „live" ins Haus tragen. Dabei peilen die Sender die Kunststerne an, die die Signale direkt auf die Hausantenne zurückwerfen. Ende des Jahres soll auf Initiative des australischen Zeitungskönigs Rupert Murdoch in den USA ein überregionales Programm vom Satelliten direkt ins Haus ausgestrahlt werden. Die Zielgruppe sind Häuser, denen Kabelfernsehen nicht zugänglich ist. Der Verleger hat die Rechte an fünf Rückstrahlverstärkern an Bord des SBS-Satelliten erworben, der letzten November mit dem US-Raumflugzeug Space Shuttle gestartet worden war. Damit lassen sich fünf Programme direkt an Hausantennen mit Durchmessern von 1,8 Meter senden.

Die SBS-Satelliten (Satellite Business Systems) haben je zehn Kanäle mit einer Kapazität von 1250 Telefongesprächen pro Kanal, zehn gleichzeitigen Fernsehsendungen oder einer Kombination von beiden. Das ist noch bescheiden, verglichen mit der Leistung, die der geostationäre Satellit Intelsat VI 1986 erreichen soll: Gleichzeitig können 33 000 Telefongespräche geführt und vier Fernsehkanäle bedient werden. Bei einem Aufwand von 700 Millionen Dollar werden zunächst fünf Intelsat VI gebaut.

Die Kapazitätssteigerungen in den fixen Kunststernen in exakt 35 714 Kilometern Höhe über dem Äquator sowie die in den Bodeneinrichtungen werden bei sinkenden Kosten den Fernseh-Treff von Menschen beschleunigen, die Tausende von Kilometern entfernt sind. Video-Konferenzen oder Tele-Konferenzen, im Experiment schon erprobt, werden in absehbarer Zeit alltäglich sein und Geschäftsreisen möglicherweise erübrigen. Die Video-Konferenzen der Zukunft zwischen weitentfernten Personengruppen schließen hochqualitative Video- und Audio-Signale, Hochgeschwindigkeits-Faksimile-Übertragungen, Einzelbild-Stopp sowie elektronische Wandtafeln ein. Durch die zunehmende Wahl höherer Frequenzen und den Trick, auf derselben Frequenz gleichzeitig mehr als eine Information zu senden, soll eine Verstopfung der Kanäle verhindert werden. Außerdem sind orbitale Antennenfarmen in geostationärer Höhe geplant, weil sich eines Tages die einzelnen Kunststerne räumlich zu nahe kommen und sich gegenseitig behindern werden.

Schließlich ist ein elektronisches Meeting denkbar, bei dem die Beteiligten umeinander herumlaufen und dabei miteinander reden und diskutieren können. Schlüssel ist die Holographie, die im Zusammenspiel mit Lasertechnik, Videotechnik, Projektionstechnik und Computertechnik die Illusion einer dreidimensionalen Begegnung zu schaffen vermag. Die digital „zerlegten" Gesprächspartner eilen mit Lichtgeschwindigkeit in ihren Einzelelementen 35 714 Kilometer hoch und 35 714 Kilometer herunter, fügen sich zu der dreidimensionalen Bildstruktur zusammen, die, projiziert auf ein Medium – im Idealfall Luft – im Raume steht. Das Unvermögen des direkten Kontaktes ist dann der einzige Unterschied zur Wirklichkeit.

WIE WAR DAS?

Als die KSZE-Runde sich in Belgrad traf

Von C. GUSTAF STRÖHM

Im Gegensatz zur sich hinziehenden Madrider Folgekonferenz ging das Belgrader Treffen der KSZE-Teilnehmerstaaten relativ schnell über die Bühne des „Sava-Zentrums" der jugoslawischen Hauptstadt. Am 4. Oktober 1977 traten die Unterzeichner der Helsinki-Schlußdeklaration zusammen, am 9. März 1978 – nach einer Weihnachts- und Neujahrspause – ging man bereits auseinander. Das psychologische Klima war damals anders als heute. Die Blütenträume der Entspannung waren noch nicht verwelkt, die Sowjets sahen in dieser Veranstaltung noch die Möglichkeit, durch „gesamteuropäische" Initiativen die NATO aufzubrechen. Dafür nahm Moskau sogar die unangenehme Behandlung der Menschenrechtsfrage durch einige westliche Delegationen in Kauf.

Die gegensätzlichen Positionen von Ost und West spiegelten sich in den Schlußworten des amerikanischen Chefdelegierten J. Arthur Goldberg und seines sowjetischen Kollegen Juri Woronzow. Goldberg betonte, daß es keinem Staat gestattet werden dürfe, selektiv gewisse Abschnitte aus der Helsinki-Schlußakte für sich herauszusuchen und andere Bestimmungen des Dokuments zu ignorieren. Der Amerikaner gab damit einen deutlichen Hinweis auf die Taktik der Sowjets, welche ein allgemeines Abrüstungs- und Sicherheitspalaver wünschten, gleichzeitig aber gemeinsam mit den anderen Staaten des Warschauer Pakts jede Diskussion über Menschenrechte, Informations- und Bewegungsfreiheit ihrer Staatsbürger abzublokken trachteten. Die Entspannung, so forderte Goldberg, müsse ein „humanitäres Gesicht und ein menschliches Maß" haben.

Demgegenüber sagte der sowjetische Delegierte, die KSZE-Folgekonferenz sei für den Kreml ein Beweis für die Richtigkeit der Lehre Lenins über die Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Indirekt gab Woronzow damit allerdings zu, daß Moskau die KSZE und ihre Nachfolge-Veranstaltungen stets auch als Schlachtfeld des internationalen Klassenkampfes betrachtet. Wer nämlich Lenins Gedanken über Koexistenz zitiert, muß auch die Schlußfolgerungen Lenins im Auge behalten, wonach diese Koexistenz nur eine Phase auf dem Wege zum Endkampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus sein könne.

Zornig rief Woronzow aus, daß einzelne Teilnehmerstaaten die Belgrader Veranstaltung in eine „Niederung der psychologischen Kriegsführung" verwandelt und „Zwietracht" gesät sowie die „sozialistischen Länder" durch Menschenrechts-Diskussionen herausgefordert hätten. Woronzow behauptete dann, nur unter dem „realen Sozialismus" seien überhaupt Menschenrechte verwirklicht worden, während in den kapitalistischen Ländern Ausbeutung, Rassismus und ähnlich finstere Zustände herrschen.

Doch in Belgrad zeigte sich, daß die Sowjetunion psychologisch in die Defensive gedrängt worden war – jedenfalls in der Menschenrechtsfrage. Das ließ damals bereits die Frage kursieren, ob Moskau an einer Fortsetzung dieser Folgekonferenzen überhaupt noch großes Interesse habe. Woronzow malte dafür ein idyllisches Bild an die Wand: Moskau wolle die politische Entspannung durch eine militärische Entspannung in Europa ergänzen. Damals wußte die westliche Öffentlichkeit noch so gut wie nichts von den SS-20-Raketen, die zur gleichen Zeit durch die Sowjets fieberhaft installiert wurden.

USA gewähren Militärhilfe für Tschad

rtr, Washington

Das amerikanische Außenministerium hat die Gewährung von Militärhilfe im Wert von zehn Millionen Dollar für das vom Bürgerkrieg erschütterte zentralafrikanische Land Tschad bekanntgegeben. Tschad solle für seinen Kampf gegen die mit libyscher Unterstützung kämpfenden Rebellen über eine Luftbrücke militärische Lieferungen erhalten, teilte das Ministerium mit. Dazu gehörten Uniformen, Proviant und Militärfahrzeuge für die Regierungstruppen des tschadischen Präsidenten Hissene Habre. Die Lieferungen würden voraussichtlich im Laufe dieser Woche beginnen.

Die USA hatten Tschad bereits im November 1981 in ähnlicher Weise unterstützt. Amerikanische Regierungsvertreter äußerten die Befürchtung, daß bei einem Rebellensieg in Tschad auch der benachbarte pro-westliche Sudan bedroht werden könne.

Thatcher stellt Spanien Bedingungen

AP, London

Die Aufhebung aller gegen Gibraltar verhängten Beschränkungen als Vorbedingung für den spanischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft hat die britische Premierministerin Margaret Thatcher vor dem Unterhaus gefordert. In London wurde diese Aufforderung mit Verwunderung registriert, da der spanische Außenminister Fernando Moran erst vor fünf Tagen überraschend erklärt hatte, seine Regierung werde Großbritannien einen Vorschlag in dem seit langem andauernden Streit über die britische Kolonie machen. Dieser sehe vor, den Bewohnern Gibraltars die Beibehaltung der britischen Staatsangehörigkeit zu gestatten.

Spanien, das die Hoheitsrechte über den seit 1713 zu Großbritannien gehörenden Felsen beansprucht, hatte im Dezember 1982 seine Grenze zu Gibraltar nach 13 Jahren teilweise wieder geöffnet.

Litauen: Pater Kolbe als Vorbild

KNA, Wilna

Neun Gläubige aus Litauen haben ein Gesuch an den Chef des Geheimdienstes KGB in Wilna gerichtet, stellvertretend für den katholischen Priester Alfonsas Swarinskas die Haftstrafe verbüßen zu wollen. In der jüngsten Ausgabe der Untergrundzeitschrift „Chronik der katholischen Kirche in Litauen" berufen sich die sieben Frauen und zwei Männer auf das Beispiel von Pater Maximilian Kolbe, der im Konzentrationslager Auschwitz stellvertretend für einen Familienvater den Hungertod starb. Sie begründen ihren Antrag damit, daß „selbst die SS-Einheiten, die als die grausamsten angesehen werden, sogar für zum Tode Verurteilte Stellvertreter annahmen".

Der 58jährige Swarinskas, der zu den fünf Gründungsmitgliedern des katholischen Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen gehört, war am 6. Mai zu sieben Jahren Gefängnis und drei Jahren Verbannung verurteilt worden.

Spanien: Malta soll sich entscheiden

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Regierung wird einer erneuten Vertagung der Madrider Folgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit nicht zustimmen, bevor nicht alle Delegationen das Schlußdokument gebilligt haben. Diese Mitteilung wurde gestern von Mitgliedern der spanischen KSZE-Delegation gegeben.

Die spanischen Gastgeber können mit ihrem Veto verhindern, daß die Konferenz in die Sommerferien geht. Sie wollen damit auch die maltesische Delegation zwingen, dem Schlußdokument zuzustimmen, wie es die anderen 34 Mitgliedsdelegationen bereits am Freitag vergangener Woche taten. Malta besteht darauf, daß beim Expertentreffen über die Sicherheit im Mittelmeer auch mit Vertretern jener Anliegerstaaten, die nicht zur KSZE gehören, abgehalten werden soll. Außerdem sollen die militärischen Streitkräfte im Mittelmeer verringert werden. Von den maltesischen Forderungen profitieren neben Malta allein die Sowjetunion, die in La Valetta einen Stützpunkt – offiziell nur für Handelsschiffe – unterhält, der aber ständig von sowjetischen Kriegsschiffen angelaufen wird.

Reaktor-Unfall in Sowjetunion

rtr, Moskau

Ein schwerer Unfall hat sich in der sowjetischen Reaktor-Fabrik „Atommasch" in Wolgodonsk ereignet, die eine Schlüsselstellung im Atomenergie-Programm der östlichen Führungsmacht einnimmt. Das Parteiorgan „Prawda" berichtete gestern über den Unfall, dessen Folgen das Produktionsprogramm verzögert hätten.

Am Dienstag war in Moskau die Bildung eines Staatskomitees bekanntgegeben worden, das die Sicherheit in der Atomkraftindustrie überwachen soll. In der Sowjetunion sind derzeit 14 Kernkraftwerke in Betrieb, weitere 15 werden gebaut.

Die Betriebsleitung von „Atommasch" wurde vom Politbüro der „groben Verletzung der Staatsdisziplin" beschuldigt. So massive Kritik gab es in der Vergangenheit nur, wenn bei einem schweren Unfall Menschen starben.

Rau und das Problem einer neuen Mannschaft

Von WILM HERLYN

Im September wird die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung – gegen den Willen von Finanzminister Diether Posser – an einen mittelfristigen Finanzplan erarbeiten. Er soll Richtschnur für das politische Handeln sein, mindestens bis 1985. Dann finden im bevölkerungsreichsten Bundesland wieder Wahlen statt.

Diether Posser hat sich bis zuletzt gegen diesen Finanzrahmen gewehrt, weil er als „sparsamer Hausherr" damit rechnen muß, daß sich die Daten wie in den vergangenen Jahren – laufend ändern. Favorisiert wurde die mittelfristige Finanzplanung von dem Ressortchef des Ministeriums für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel. Er scheint im Kabinett in eine Rolle hineinzuwachsen, die man vordem seinem Kollegen vom Arbeits- und Sozialministerium, Professor Friedhelm Farthmann, zumutete: durch Finten und notfalls auch durch Tricks im Kabinett von Johannes Rau die eigene Marschroute durchsetzen.

Zöpel suchte sich einen für ihn äußerst günstigen Zeitpunkt aus: Er schrieb einen warnenden Brief an seine Kabinettskollegen (Zöpel: „So richtig mit Aktenzeichen zum Abheften"), nachdem gerade einer von ihnen das Handtuch geworfen



hatte – Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer. Spätestens von diesem Datum an durchzogen Wahrheiten und Gerüchte über die Führungsschwierigkeiten von Johannes Rau die Düsseldorfer Politik. Immerhin hatte Bäumer („Ich will mit meinem Rücktritt ein Signal setzen") den Kabinettsherren scharf attackiert.

„Ich habe ihn immer schöner gemacht, als er in Wahrheit ist." Zöpel streute nun mit seinem vertraulichen Brief Salz in die Wunden. Er äußert die Sorge, daß die Politik von Rau zu „offensichtlichen Leerformeln" führen werde. Er beklagt, daß keine Klarheit über die finanziellen Möglichkeiten des Landes bestehe und auch kein Einvernehmen über die politischen Absichten der Landesregierung herrsche. Zöpel verlangt „klare Vorgaben", damit die Politik Raus aus „Widersprüchen, Unrichtigkeiten" herausgeführt werden könne. Der Minister lastet dem Führungsstil seines Chefs an, bedeutende programmatische Äußerungen der Landesregierung liefen zeitlich und inhaltlich „völlig nebeneinander her".

Als Beispiel nennt Zöpel die umstrittene Kabinettsvorlage zum Landesentwicklungsbericht. Deren Beratung mache klar, „daß es nicht möglich ist, Aussagen zu Wirtschafts-, Umweltschutz- oder Finanzpolitik zu machen, wenn nicht Klarheit über die Möglichkeiten des Landes und Einvernehmen über die Absichten der Regierung besteht". Zöpel nennt auch die Programme, die nicht miteinander verzahnt seien: Das Ruhrprogramm, das Nordrhein-Westfalen-Programm 1983, die „Perspektiven 1990", das umweltpolitische Gesamtkonzept, die mittelfristige Finanzplanung und ein mittelfristiges Haushaltskonsolidierungskonzept.

Diese Töne erinnern an den Satz von Hans-Otto Bäumer, der unter anderem so seinen Rücktritt begründete: „Wenn das so weitergeht, daß jeder das Sagen hat, sich wenig bewegt, und das nicht selten in die falsche Richtung, dann werden wir irgendwann mal landespolitisch in den Zustand geraten, daß wir nur noch den Bankrott erklären können." Zöpel geht bei seinen Forderungen davon aus, daß das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Wachstum von 1,5 Prozent rechnen könne.

Demgegenüber steht, daß die Wachstumsrate für die gesamte Bundesrepublik in diesem Jahr gerade ein Prozent erreicht. Diese Ansicht vertritt auch Posser. Für die Aufstellung des Etats 1984 schwebt über ihm ohnehin die Landesverfassung, die nämlich vorschreibt, daß die Neuverschuldung nicht über den Gesamtbetrag der Investitionen steigen darf. Schon bei der Aufstellung des 83er Haushaltes hatte er Mühe, diese Linie zu erreichen.

Mit seinem Schreiben aber hat Zöpel nicht nur Posser, sondern auch Rau und seine anderen Kollegen „überfahren". Denn wer hätte Zöpel in seinem Begehr stoppen können, angesichts der ohnehin schwierigen Personalsituation in der Elferrunde. Auch wenn Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig erklärt, es gebe keinen Zusammenhang mit dem Rücktritt Bäumers und dem Brief Zöpels, so muß auch er einräumen, es sei nicht üblich, daß Minister Anregungen, Wünsche und Kritik in vertraulichen Briefen mit Durchschlägen an die Kabinettskollegen versende. Und auch er weiß, daß es Überlegungen zur Umbildung des Kabinetts gibt. Wenn auch bisher nur im Kopf des Ministerpräsidenten.

Die Wahl, die Johannes Rau, der zur Zeit selbst das Ressort des Landwirtschaftsministers kommissarisch leitet, zu treffen hat, ist wahrlich schwer, denn er wird die Gelegenheit nutzen und nicht nur den Bäumer-Nachfolger ernennen, sondern auch gleichzeitig eine neue Mannschaft bestimmen, diese soll mit ihm in den Wahlkampf 1985 ziehen.

Wunschkandidat ist unter anderem Jürgen Schmude („Man hat mit mir bisher noch nicht gesprochen"), der als Allzweck-Waffe gilt, wohl aber vor allen Dingen das Justizressort übernehmen könnte. Allerdings hat diesen Sessel noch Inge Donnepp inne, die Rau zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerne entläßt, weil sie mit in die Parteispenden- und in die Flick-Affäre hineingezogen wurde. Als Schwachpunkt, so sagen Sozialdemokraten, habe sich auch Bundesratsminister Dieter Haack herausgestellt, der es in Bonn nicht vermocht haben soll, nordrhein-westfälische Politik deutlicher herauszustellen. Von Kultusminister Jürgen Girgensohn ist bekannt – er ist der dienstälteste Minister –, daß er amtsmüde ist. Auf keinen Fall wird Rau auf Innenminister Herbert Schnoor verzichten wollen: Der ist zu sehr in die Schußlinie der Opposition nach den Krawallen in Krefeld gekommen und muß politisch gehalten werden.

Es wird erwartet, daß Rau seine Personalentscheidungen nach der Sommerpause trifft. Niemanden aber wird es wundern, wenn er seine neue Mannschaft erst nach Abend des 25. September präsentiert. An dem Tag nämlich wird in Hessen und Bremen gewählt.

Vergewaltigung in der Ehe soll bestraft werden

Hamburger Justizsenatorin startet Bundesratsinitiative

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Verteidigung der „Geschlechtsehre hat sich zur Verteidigung der Sebstbestimmung der Frau hin entwickelt". Aus einem Wandel des öffentlichen Bewußtseins leitet die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD) die Hoffnung ab, mit einer Gesetzesinitiative im Bundesrat durchzukommen, die die Vergewaltigung der Ehefrau durch den Ehepartner unter Strafe stellen soll.

1972 war Hessen mit einem ähnlichen Vorstoß – damals zur Zeit der sozialliberalen Koalition in Bonn – gescheitert. Der Hamburger Senat – die Landesregierung mit dem höchsten Anteil von Frauen in Regierungsämtern – hat sich, wie Frau Leithäuser der WELT erklärte, im Vorfeld des Beschlusses über die Gesetzesinitiative der Unterstützung der Länder Nordrhein-Westfalen und Bremen versichert. Der Senat, der geschlossen diesen Vorstoß trägt, will auch an die Justizverwaltungen der anderen Länder herantreten und um Zustimmung werben.

In Frankreich, Schweden und Dänemarkt besteht bereits die Strafandrohung gegenüber dem Ehemann. Frau Leithäuser wies darauf hin, daß die „herabwürdigende Schlechterstellung" der Ehefrau beseitigt werden müsse, die Notwendigkeit ergebe sich „aus dem Grundsatz der Unteilbarkeit sexueller Selbstbestimmung". Die Ungleichheit bestehe darin, daß bisher die Freundin oder Verlobte eines Mannes geschützt sei, die Ehefrau jedoch nicht. Daher müsse das Strafgesetzbuch, Paragraph 177 bis 177, das Vergewaltigung und sexuelle Nötigung als Verbrechen mit schweren Strafen bedroht, so geändert werden, „daß auch einer Ehefrau bei Vergewaltigung durch den Ehepartner voller Strafrechtsschutz gewährt wird".

Die Hamburger Justizsenatorin verwies zur Begründung ihrer Initiative auf die Erfahrungen in Frauenhäusern. So hätten von den in Berliner Frauenhäusern betreuten 2500 Frauen 70 Prozent angegeben, sie seien von ihren Ehemännern mißhandelt worden, jede zweite habe erklärt, sie sei in ihrer sexuellen Selbstbestimmung verletzt worden. Frau Leithäuser fügte hinzu, daß Schätzungen über ähnliche Vorfälle, wie sie in Hamburger Frauenhäusern zu Protokoll gegeben worden seien, auf etwa den gleichen Anteil von Verletzungen des Sexualbereichs kämen.

Mit einem zweiten Vorstoß will die Stadtstaat-Regierung im Bundesrat die Frauen besser schützen: Der Senat fordert in einer Initiative eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes. Eva Leithäuser betonte: „Die Erlebnisse von Frauen in Verfahren wegen eines Sexualdeliktes machen es notwondig, ihre bedrückende Situation als Zeugen in öffentlichen Verhandlungen zu erleichtern". In solchen Prozessen sollte die Öffentlichkeit auf Antrag des Opfers ausgeschlossen werden können. „Zeugen sind häufig einer Befragung ausgesetzt, die ihre Intimspähre berührt", sagte die Senatorin. Gerade Erfahrungen aus jüngster Zeit, wie der spektakuläre Prozeß Schärmer, alias „Dr. Herzog", in München, hätten die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der aussagenden Zeuginnen deutlich gemacht.

Der Ausschluß er Öffentlichkeit sei erforderlich, „um dem Opfer die extrem belastende Situation bei eigener oder fremder Schilderung sexueller Vorgänge zu erleichtern". Die geltenden Gesetze würden nur die Gefährdung der allgemeinen Sittlichkeit, nicht aber die besondere Krisensituation der Geschädigten berücksichtigen.

„Am Rechtsstaat festhalten"

Gedenkstunden zum 20. Juli in Berlin und Bonn / Ost-Berlin hebt Stauffenberg hervor

hrk/Co. Berlin/Bonn

Am 39. Jahrestag der Erhebung des 20. Juli 1944 gegen Hitler hat der Sohn des zum Selbstmord gezwungenen Generalfeldmarschalls Erwin Rommel, Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU), die Deutschen aufgefordert, „die Auflösung demokratischer und rechtsstaatlicher Ordnungen zu verhindern", da sich sonst ein „Nährboden für Gewaltherrschaften" bilden könnte. Rommel sprach auf der Gedenkfeier des Senats und Abgeordnetenhauses von Berlin an der Hinrichtungsstätte in Plötzensee.

In den Mittagsstunden fand zuvor im Hof des „Bendler-Blocks" in der Stauffenbergstraße, wo am Abend des 20. Juli 1944 die führenden Männer des Widerstandes erschossen wurden, eine Kranzniederlegung statt. Hohe Offiziere der Bundeswehr in Zivil ehrten die Toten. Für das „Hilfswerk 20. Juli" sprach Dieter Thomas Worte des Gedenkens. Für den Senat nahm Bürgermeister Heinrich Lummer sowie die Senatoren Oxfort und Wronski an der Feierstunde teil. Am Nachmittag begrüßten der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker und Parlamentspräsident Peer Rebsch an der Gedenkstätte in Plötzensee außer Ehrengast Manfred Rommel weitere Repräsentanten aus der Politik und zahlreiche Hinterbliebene der Männer und Frauen des 20. Juli.

„DDR" zieht positive Bilanz

Unter der Überschrift „Durch eine kühne Tat wollte Stauffenberg den Krieg beenden" zog das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" gestern eine insgesamt positive Bilanz des 20. Juli und verstärkte damit den seit längerer Zeit anhaltenden Trend, auch dieses Ereignis zum „Erbe der fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes" zu zählen, das vor allem die „DDR" hüte.

In dem Beitrag heißt es, Stauffenberg habe „antifaschistische Verhältnisse" angestrebt. Mit seinem Einverständnis sei es im Juni 1944 zu einem Treffen zwischen den Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein sowie führenden Köpfen der illegalen KPD gekommen. Die Gruppe um Stauffenberg habe, schreibt das Blatt, „bei aller Widersprüchlichkeit ihrer Ideen, antifaschistische, bürgerlich-demokratische Verhältnisse" im Auge gehabt und eine Konzeption entwickelt, „die der von der KPD geführten Bewegung ‚Freies Deutschland' in manchen Punkten nahekam".

Allerdings seien diese Kräfte in der Minderheit gewesen und hätten daher den „grundsätzlich restaurativen, konservativen und schließlich reaktionären Charakter der Verschwörung, die in das Attentat auf Hitler einmündete, nicht ändern können".

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel mahnte gestern in Berlin-Plötzensee: „Das unschuldige Blut, das im Dritten Reich millionenfach geflossen ist, und das Opfer der Widerstandskämpfer fordert von uns, daß wir am freiheitlichen und sozialen demokratischen Rechtsstaat festhalten – auch und gerade in kritischen Zeiten, unabhängig davon, wie groß die Unzulänglichkeit einzelner politischer Maßnahmen auch sein mag."

Rommel setzte sich kritisch mit aktuellen Protesthaltungen und Berufungen auf ein sogenanntes „Widerstandsrecht" auseinander. Dazu stellte er fest: „Es schmerzt, zu beobachten, wie leichtfertig Verhältnisse in unserem demokratischen Rechtsstaat gelegentlich mit dem Dritten Reich gleichgesetzt werden."

Das Wichtigste, was die Menschen in der Bundesrepublik erkennen müßten, sei, „daß unsere Demokratie das Gegenteil der Hitlerschen Diktatur ist, und daß das Verhältnis dieser Demokratie zur Diktatur gleichbedeutend ist mit dem Verhältnis von Gut zu Schlecht".

In Bonn erklärte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, gestern abend in einer Feierstunde: „Die Prinzipien unseres Grundgesetzes atmen die Motive und Ziele des Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur – Freiheit, Recht, Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Toleranz als die entscheidenden Werte einer staatlichen Ordnung." Die Frauen und Männer des Widerstandes bürgten für die Tradition von Werten, an der sich das Selbstbewußtsein des deutschen Volkes wiederaufzurichten beginne.

„Der Geist des Widerstandes widersprach dem Hegemonialanspruch Hitlers in Europa und erst recht dem gewissenlosen Angriffskrieg", fuhr Windelen fort. „Wenn wir heute feststellen, daß unser nationales Empfinden gegenüber unseren Nachbarvölkern nicht das der Selbstbehauptung, sondern das der Zusammenarbeit, des gegenseitigen Respekts und der europäischen Einigung ist, so ist dies sicher eine Frucht des Geistes des Widerstandes, wie er sich am 20. Juli 1944 manifestiert hat."

An 17. Juni 1953 erinnert

Nach den Worten des Ministers gibt es ein Ereignis der Nachkriegsgeschichte, das dem 20. Juli 1944 entspreche: „Ich meine den Volksaufstand vom 17. Juni 1953, dessen wir in diesem Jahr zum 30. Mal gedacht haben. Der Wille, der kommunistischen Diktatur ein Ende zu bereiten, war das bestimmende Motiv der Aufständischen. Jener Aufstand scheiterte, aber er war ebenso wenig vergeblich wie der des 20. Juli, wenn wir, die wir in Freiheit leben dürfen, am Geist dieser Frauen und Männer festhalten."

Scharf wandte sich Windelen gegen die heutige „mißbräuchliche Berufung auf das Widerstandsrecht", die er als eine Verunglimpfung des Widerstandes gegen die Naziherrschaft bezeichnete. Wie könne man sich zum Widerstand gegen eine Ordnung legitimiert fühlen, „die sich längst vor aller Welt als die freiheitlichste Ordnung erwiesen hat, der sich die Deutschen in ihrer Geschichte erfreuen konnten".

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, forderte: „Aus dem tiefen Respekt vor den Männern und Frauen des 20. Juli darf dieser hohe politisch-moralische Rang des Widerstandsrechts heute nicht durch falsche Inanspruchnahme eines Widerstandsrechts gegen demokratisch legitimierte Entscheidungen herabgemindert werden. Das Grundrecht auf Widerstand ist ein Notwehrrecht, das in Zeiten einer funktionierenden rechtsstaatlichen Demokratie nicht zur Wirkung kommen kann und darf. Dieses Grundrecht kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die freiheitliche Verfassungsordnung in unserem Lande gefährdet ist und nur so gesichert werden kann."

Landeskirche distanziert sich von Aktionen

Schw. Hannover

Die „Friedensgruppe" in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Kiel hat zu einem Training „gewaltfreier Aktionen des Widerstandes und des zivilen Ungehorsams" gegen die mögliche NATO-Nachrüstung aufgerufen. Dieses Training soll in einem besetzten Haus in Kiel stattfinden. In einem Veranstaltungskalender sind Aktionen vor militärischen Einrichtungen und Großdemonstrationen im Herbst geplant.

Die Nordelbische Landeskirche hat sich von diesen geplanten Aktionen distanziert. Die Evangelische Studentengemeinde in Kiel gibt an, daß es sich hier nicht um eine offizielle Bekanntmachung handelt, da der Terminkalender der „Friedensgruppe" der ESG-Leitung nicht vorgelegt worden sei. Eine Überprüfung habe ergeben, daß nur drei der 22 vorgesehenen Veranstaltungen von der ESG Kiel offiziell verantwortet werden.

In einer Erklärung der Pressestelle der Landeskirche heißt es, daß die Veranstaltungen der ESG-„Friedensgruppe" nicht dazu beitragen, „die Ziele kirchlicher Friedensarbeit zu fördern".

Kabul: Erfolge der Freiheitskämpfer

dpa, Islamabad

Freiheitskämpfer haben im Kampf gegen die von der Sowjetunion unterstützten afghanischen Regierungstruppen ein MIG-Kampfflugzeug und zwei Kampfhubschrauber abgeschossen. Nach Ende des Ramadan hatten sich die Freiheitskämpfer nördlich von Kabul zu einer Offensive versammelt und den Regierungstruppen bisher schwere Verluste zugefügt.

SPD München bekräftigt „Nein" zur Nachrüstung

Herta Däubler-Gmelin: Glaubwürdigkeit wiedergewinnen

WERNER ZWICK, München

Bei 30 Grad im Bierkeller diskutierte die Münchner SPD am Dienstag abend etwas lustlos über „Frieden und Abrüstung". Am Ende stimmten die Genossen bei sechs Gegenstimmen dafür, daß die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa abzulehnen sei, was sie schon vor zwei Jahren einmal getan hatten. Gegen sowjetische Raketen beschloß die SPD nichts.

Da der letzte Wahlkampf ein Loch in die Kassen des Unterbezirks gerissen hatte, deutete kein Plakat und kein Hinweisschild auf den Parteitag im Schwabinger Bräu hin und auch die Festhalle wurde von keinem einzigen „SPD"-Schild geziert. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Herta Däubler-Gmelin, hatte die Münchner Genossen anfangs auf eine „Nein-Aber"-Haltung gegen den NATO-Doppelbeschluß zur Nachrüstung eingeschworen, wofür sie verhaltenen Applaus erntete. Nur wenn das „Nein" zu den (amerikanischen) Raketen eindeutig ausfalle, könne die SPD „ihre verlorene Glaubwürdigkeit" wiedergewinnen. Sie halte es zwar für unwahrscheinlich, daß es in Genf noch zu einer Einigung zwischen Amerikanern und Russen in der Abrüstungsfrage komme, aber wenn doch, dann höchstens im Sinne des bei einem Waldspazierganges der beiden Unterhändler getroffenen Kompromisses, was eine „begrenzte Aufrüstung" aber keine Abrüstung wäre.

Die SPD-Abgeordnete äußerte weiter rechtliche Bedenken, ob es überhaupt zulässig sei, potentielle Erstschlagwaffen vom Typ der Pershing 2 in der Bundesrepublik zu stationieren. Sie regte auch außerparlamentarische Aktionen gegen die Nachrüstung von Demonstrationen über Schweigeminuten bis hin zu Petitionen an, warnte aber, daß es strafbar sei, Sitzstreiks vor militärischen Einrichtungen zu veranstalten. Man müsse diese Leute aber respektieren und sie würde sich freuen, „wenn sich eine ganze Reihe von Genossen bei der strafrechtlichen Verteidigung (der Sitzstreiker) engagieren würden".

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Bayern, Jakob Deffner, forderte als zweiter Sprecher des Abends gleich alle Staaten der Erde auf, den Rüstungswettlauf zu beenden, die Erprobung von Nuklearwaffen einzustellen und die Neutronenbombe sowie biologische und chemische Waffen zu ächten und zu verbieten. Die Bundesrepublik solle ihren Verteidigungshaushalt schrittweise abbauen und dafür Entwicklungshilfe betreiben, meinte Deffner. Ein „Abrüstungsamt" solle dafür sorgen, daß die Firmen Ersatz für die Rüstungsaufträge bekämen. Deffner lehnte es gleichzeitig ab, Forderungen nach einem Generalstreik zur Verhinderung der Nachrüstung zu erfüllen.

Nach längeren Debatten über Krieg, Hunger und andere Mißstände auf der Welt forderte die Münchner SPD ihre Bundestagsfraktion auf, beim Bundesverfassungsgericht ein Normenkontrollverfahren gegen die ab 1. Januar 1984 vorgesehene Verlängerung des Zivildienstes von 16 auf 20 Monate einzuleiten. Außerdem soll die Bundes-SPD alles tun, um zu verhindern, daß Frauen zum Militärdienst eingezogen werden können.

Förderstufe wird Wahlkampfthema

Hessischer Staatsgerichtshof lehnt Eltern-Antrag auf einstweilige Verfügung ab

Nea. Wiesbaden

Die Einführung der obligatorischen Förderstufe (in anderen Bundesländern Orientierungsstufe) in den hessischen Schulen wird allmählich zum zentralen Wahlkampfthema vor der Landtagsneuwahl am 25. September. Eine Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofes, die gestern in Wiesbaden verkündet wurde, liefert dafür neue Munition.

Der Staatsgerichtshof, das Verfassungsgericht des Landes, lehnte einen Antrag von Eltern aus dem nordhessischen Schwalm-Eder-Kreis auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung ab. Mit dieser Verfügung sollte der geschäftsführenden Landesregierung untersagt werden, auch in diesem Landkreis die Förderstufe zum Schuljahresbeginn am 4. August für obligatorisch zu erklären, und damit alle 5. und 6. Klassen an den Gymnasien des Kreises aufzulösen. In seiner Begründung läßt das Gericht allerdings deutlich erkennen, daß dies nur eine Entscheidung über die Eilbedürftigkeit ist, nicht aber bereits ein Hinweis auf den Ausgang der seit langem beim Staatsgerichtshof anhängigen Grundrechtsklage in der Sache.

Wie verlautet, sprach sich in der internen Beratung nur eine Minderheit unter den Verfassungsrichtern dafür aus, den Antrag der nordhessischen Eltern als „offensichtlich unbegründet" zurückzuweisen, wie es vom Land Hessen gefordert worden war. Dabei beriefen sich die Vertreter des Kultusministeriums darauf, daß der Staatsgerichtshof in früheren Urteilen die Einführung der obligatorischen Förderstufe (nach dem Schulgesetz von 1969 überall dort, „wo die sachlichen und personellen Voraussetzungen gegeben sind") für verfassungskonform erklärt hatte. Innerhalb des Gerichts gibt es offenbar einen Dissens darüber, ob der Staatsgerichtshof an seine eigenen Urteile von früher in jedem Fall gebunden ist oder nicht.

In Hessen gehen jetzt schon etwa 60 Prozent aller Schüler der entsprechenden Jahrgänge in obligatorische oder freiwillige Förderstufen. Beim Versuch der Ausweitung stößt der Kultusminister jedoch zunehmend auf Widerstand bei Schulträgern und Eltern. Die CDU spricht sich nicht grundsätzlich gegen Förderstufen aus, will aber überall Wahlmöglichkeiten offenlassen. In Kassel erklärte der Verwaltungsgerichtshof im April eine Rechtsverordnung zur Einführung der obligatorischen Förderstufe, allerdings aus formalen Gründen, für nichtig.

Im Landtag hat die SPD im Mai einen Gesetzentwurf eingebracht, der die zwangsweise Einführung der flächendeckenden Förderstufe in sämtlichen Städten und Kreisen in überschaubarer Zeit gesetzlich absichern soll. Die Hoffnung auf Zustimmung bei den Grünen erfüllte sich dabei freilich auch nicht: Sie fordern eine allgemeine sechsjährige Grundschule ohne jede Leistungsdifferenzierung in Kursen. Der Deutsche Lehrerverband in Hessen dagegen hat den Kultusminister dringend vor der Errichtung neuer Förderstufen gewarnt, da die in Hessen praktizierte Form mit ihrer ungenügenden Leistungsdifferenzierung schon jetzt pädagogisch unverantwortlich sei.

Zeitungsverleger begrüßen Schritt zu neuen Medien

dpa, Bonn

Der Beschluß der bayerischen Staatsregierung, bis zum Jahresende einen Ordnungsrahmen für die neuen Medien zu schaffen, der die Übernahme der Programme privater Anbieter für das Münchner Kabelpilotprojekt auch in bereits bestehende Kabelnetze des Landes zuläßt, gibt dem Projekt nach Ansicht des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) eine verstärkte medienpolitische Bedeutung. Für die Programmanbieter ergebe sich dadurch außer experimentellem Nutzen ein höheres Maß an Planungssicherheit.

Der BDZV vertrat dabei die Auffassung, daß die Regelung für Bayern mittelfristig nicht ohne Auswirkungen auf die medienpolitischen Entscheidungen anderer Bundesländer bleiben könne, und begrüßte die Bereitschaft der Bayern, Gespräche mit den übrigen Ländern zu führen. Zugleich erinnerten die Zeitungsverleger erneut daran, daß die Tageszeitungen durch die neuen Medien besonders stark betroffen werden. Man erwarte, daß den existentiellen Belangen der Tagespresse in dem künftigen Ordnungsrahmen angemessen Rechnung getragen werde.

Der bayerische Landtag hatte am Dienstag – bei Enthaltung der SPD-Opposition – dem Staatsvertrag zum Bildschirmtext, der am [illegible] September in Kraft treten soll, zugestimmt. Die SPD machte vor allem Bedenken aus der Sicht der Arbeitsplatzsicherung und des Datenschutzes geltend.

Kontroverse um Lehrstellen-Anzeige

Nea. Wiesbaden

Eine öffentliche Kontroverse hat eine gestern in allen Zeitungen Hessens erschienene Anzeige der hessischen Landesregierung [illegible]

Verpflichtung der Ärzte betont

[illegible]

Boutiquen im Hinterhof bringen Devisen ein

Von CARL G. STRÖHM

In der Vaci utca, der Hauptgeschäftsstraße von Budapest, ist neuerdings vor einem gerade erbauten modernen Warenhaus ein Standbild des Götterboten Hermes aufgestellt worden, den die Lateiner Mercurius nennen. Diese Symbolfigur für das Geschäfts-, Finanz- und Handelsleben – manche bezeichnen ihn sogar als Sinnbild des Kapitalismus – blickt auf Tausende von Ungarn und Ausländern (westlichen wie östlichen), die den Konsum-Sozialismus bei sommerlicher Hitze aus der Nähe bestaunen.

Seit das Kadar-Regime private Kleingeschäfte und Handwerksbetriebe wieder zugelassen hat, scheint die noch vor einigen Jahren eher triste Budapester Innenstadt wie von Zauberhand verwandelt: Überall schießen hier kleine private Mode-Boutiquen, Antiquitätengeschäfte, Schuhmacherwerkstätten und Lederwarengeschäfte aus dem Boden. In den Hinterhöfen, ja sogar in stillgelegten Fahrstuhlschächten der alten, seit langem nicht mehr renovierten Mietshäuser haben sich die privaten Geschäfte auf erfinderische Weise eingenistet. Es gibt sogar flimmernde Lichtreklamen für „Jeans-Shops" und Mode-Ateliers.

In einem dieser Hinterhof-Modehäuser drängen sich Frauen und Mädchen aus West und Ost, um Sommerkleider, Miniröcke, Overalls, Blusen und Pullover zu probieren. Da sieht man Besucherinnen aus dem Rheinland und aus Leipzig, Wienerinnen neben Tschechinnen. Eine Sowjet-Touristin flüstert ihrer Begleiterin zu: „Die hier sind viel zu teuer, gehen wir lieber ins Geschäft gegenüber, dort ist es billiger."

Budapest hatte schon immer einen gewissen Sinn für Mode und Eleganz. Das kommt jetzt den neuen, unter dem Kommunismus entstandenen Boutiquen zugute. Der westliche Einfluß ist unverkennbar: Vieles ist den Italienern abgeschaut. Die Preise sind für Ostblock-Verhältnisse nicht niedrig, gemessen am Westen aber erstaunlich günstig. Für 700 bis 800 Forint (offiziell umgerechnet 40 bis 50 Mark) gibt es hübsche Sommerkleider.

UNGARN

Diese Textil-Kleinindustrie, zum Teil in Heimarbeit und in kleinen Werkstätten produziert, hat dem ungarischen Staat beträchtliche zusätzliche Devisen-Einnahmen erschlossen. Die Ostblock-Kundinnen kaufen, weil sie hier etwas finden, das außerhalb des grauen sozialistischen Warenhaus-Allerleis ihrer Heimatländer liegt. Die westlichen Kundinnen werden durch die für sie günstigen Preise angelockt.

Aber der Handelsgott Merkur scheint auch auf andere Weise von der ungarischen Volksrepublik Besitz zu ergreifen. An den ungarischen Grenzen und in den staatlichen Reisebüros hat die ungarische staatliche Sparkasse OTP in deutscher, englischer und französischer Sprache neuerdings ein Merkblatt ausgelegt, das besagt, daß Ausländer in Ungarn ein Devisenkonto in jeder gängigen konvertierbaren Währung anlegen können – ohne Namensnennung und selbstverständlich steuerfrei. Einige findige ungarische Banker wollen offenbar die Volksrepublik an der Donau in eine Art „kommunistische Schweiz" verwandeln und sich als Steueroase für westliche Investoren empfehlen.

In Budapest kann man heute unmittelbare Vergleiche zwischen einem immer noch äußerst schwerfälligen „sozialistischen Sektor" und der Lebendigkeit sowie Anpassungsfähigkeit der privaten Initiative ziehen. Während in den staatlichen Geschäften nicht gerade immer freundliche Verkäuferinnen Punkt 18 Uhr schließen, halten die „privaten" weiterhin offen, bis der letzte Käufer bedient worden ist.

Am Plattensee, dem „ungarischen Meer", auf dem Segelboot mit schwarz-rot-goldener Bundesflagge und rot-weiß-rote österreichische Yachten keine Seltenheit sind, stehen entlang der Straße Hinweisschilder in deutscher Sprache: „Privatzimmer zu vermieten" und „Privat-Gasthaus". Bauern verkaufen Obst und Gemüse am Straßenrand – von einer Versorgungskrise, wie etwa in Jugoslawien oder Polen, ist hier nichts zu merken.

Freilich heißt dies nicht, daß die weltweite Wirtschaftskrise Ungarn verschont hat. Immer wieder wird in den Zeitungen des Landes die Frage diskutiert, wie man ungarische Waren besser auf westlichen Märkten plazieren könne. Viele Ungarn müssen mit ihrem Verdienst äußerst sparsam umgehen, wenn sie über die Runden kommen wollen.

Kein anderer kommunistischer Staat – nicht einmal Jugoslawien – hat bisher mit solcher Konsequenz eine Art Marktwirtschaft im Innern aufgebaut und die private Initiative gefördert. Bisher scheint der Erfolg den Ungarn recht zu geben. Während Prag und Ost-Berlin, erst recht Warschau und Bukarest, ja auch Belgrad und Moskau dem Besucher den Eindruck einer gewissen Tristesse vermitteln, liegt über Budapest spürbar eine Atmosphäre von Gelassenheit und Heiterkeit, ja auch etwas Stolz – Stolz, weil man es trotz widriger Umstände doch irgendwie geschafft hat.

Natürlich ist das nur eine Seite der ungarischen Realität. Als ich mich bei der Ausfahrt aus Budapest an einer Kreuzung verfuhr und an einer Kaserne vorbeikam, stürzten sich Militärpolizisten auf die Straße und beobachteten den ausländischen Wagen mit ihren Ferngläsern. Aber hat es in diesem Lande nicht immer schon zwei Realitäten gegeben?

Nach sieben Wochen Streik nur noch Verzweiflung

„Financial Times" plant Notauflage in Frankfurt

FRITZ WIRTH, London

Im Hause der „Financial Times" (Werbespruch: „Keine Financial Times – Kein Kommentar") ist man nach siebenwöchigem Streik der kommentarlosen Zeit müde. Man zählt die Verluste an Geld, Prestige und Lesern, und die Reaktion auf diese Bilanz ist nicht mehr Zorn, es herrscht Verzweiflung. Sieben Millionen Pfund hat die Zeitung seit dem Streik verloren, das sind umgerechnet 28 Millionen Mark.

Der Besitzer der Zeitung, die Firma Pearson, kann diese Verluste zur Not verdauen, sie machte im letzten Jahr einen Gewinn von 60 Millionen Pfund. Was den Verlag und besonders die Journalisten jedoch aufbringt, ist die Gewißheit, daß es nicht mehr ein normaler Arbeitskampf ist, der sie in den vorübergehenden Ruhestand zwingt, sondern schiere Mutwilligkeit der Gewerkschaften.

Diese Verzweiflung hat inzwischen verzweifelte Pläne entstehen lassen. So diskutierten gestern Journalisten und Verlagsmanager die Möglichkeit, ihre Zeitung, die vor dem Streik eine Auflage von 218 000 Exemplaren hatte, mit einer Notauflage von 60 000 Exemplaren in Frankfurt drucken zu lassen, wo bis zum Streik am 31. Mai dieses Jahres bereits die Europa- und Amerika-Ausgabe des Blattes produziert wurde.

Ohne NGA läuft nichts

Der Plan ist verzweifelt, weil er sehr wahrscheinlich den Streikkonflikt selbst nicht lösen wird, sondern eher das allgemeine Streikklima verschärfen dürfte. Die „Times" versuchte vor vier Jahren ähnliches und erlitt mit diesem Plan Schiffbruch. Insgeheim räumt man bei der „Financial Times" denn auch ein, daß die Diskussionen um eine vorübergehende Emigration nach Frankfurt eher ein Versuch sind, die Gewerkschaften in letzter Minute zur Vernunft zu bringen.

Ausgelöst wurde der Streik bei der „Financial Times" durch 24 Maschinisten. Sie gehören der Gewerkschaft NGA an, die sich als eine Elite-Gewerkschaft versteht und stets darauf geachtet hat, daß ihre Mitglieder im Maschinenraum 12,5 Prozent mehr Lohn erhalten als die übrigen Maschinisten, die der Gewerkschaft „Sogat" angehören. Tatsache ist, daß ohne die Gewerkschaft NGA in Fleet Street nichts läuft. Sie hat ein Monopol in der Druck-Industrie. Es ist deshalb kein Zufall, daß diese Gewerkschaft seit Jahren im Mittelpunkt fast aller Zeitungsstreiks stand.

Das Management der „Financial Times" war im Frühjahr so leichtsinnig, mit der Konkurrenz-Gewerkschaft ein Produktivitätsabkommen abzuschließen, durch das sich der Lohnvorsprung der Maschinisten der NGA zu den Maschinisten von „Sogat" reduzierte. Die 24 NGA-Maschinisten traten unverzüglich in Streik, weitere 270 Mitglieder ihrer Gewerkschaft schlossen sich aus Sympathie an. Die Ironie: Neun dieser 24 NGA-Maschinisten sind nur Teilzeitarbeiter bei der „Financial Times" und verdienen ein beträchtliches Einkommen durch Arbeit bei britischen Sonntagszeitungen. Der Streik trifft sie finanziell weniger hart als alle anderen Angestellten des Hauses.

Neues Lohnangebot

Es half nichts, daß die „Financial Times" mit einem neuen Lohnangebot an die NGA-Maschinisten die alte Lohndifferenz von 12,5 Prozent wieder herstellte. Die NGA-Leute antworteten mit einer Gegenforderung, die ihre Lohndifferenz zur „Sogat"-Gewerkschaft auf 19,5 Prozent erhöhte. Die „Financial Times" sagte „nein" und rief alle denkbaren Schlichtungs- und Vermittlungsinstanzen an. Der Verlag verpflichtete sich, deren Urteilsspruch anzunehmen, die NGA blieb beharrlich beim „Nein", trotz dringender Bitten und Warnungen des Chefs des Gewerkschaftsverbandes TUC, Murray.

Heute berät die NGA, ob sie die Mahnung Murrays dennoch zur Kenntnis nehmen soll. Damit wird dieser Streik immer mehr zu einer gewerkschaftsinternen Auseinandersetzung, die nicht zuletzt die Reputation von Murray selbst gefährdet. Man spricht deshalb bereits von der Möglichkeit eines Ausschlusses der NGA aus dem britischen Gewerkschaftsverband.

Lüttich ringt sich zu Sanierungsplan durch

Weniger Lohn und höhere Steuern / Bankrott abgewendet

WALTER H. RUEB, Lüttich

Lüttich kann aufatmen: In einer Sondersitzung des Kommunalparlaments wurde der von Sozialisten und Grünen vorgelegte Sanierungsplan für die städtischen Finanzen mit den Stimmen der Ratsmehrheit genehmigt. Für den Plan stimmte die Links-Koalition, dagegen waren Liberale und Christlich-Soziale. Auch der einzige im Rat sitzende Kommunist verweigerte dem Plan die Zustimmung.

Die Sanierung der öffentlichen Finanzen ist in Lüttich dringend notwendig: Die 230 000-Einwohner-Stadt 60 Kilometer westlich von Aachen ist mit rund 2,3 Milliarden Mark hoch verschuldet. Seit Monaten weigern sich deshalb Banken und bürgerliche Regierung in Brüssel, der wallonischen Metropole weitere Kredite zu gewähren. Um einen Bankrott zu vermeiden, hatte die ehedem reichste Stadt Walloniens ihren Bediensteten im Juni und Juli lediglich Abschlagszahlungen auf Löhne und Gehälter überwiesen und damit Demonstrationen, Streiks, Unruhen und Chaos hervorgerufen.

Der Sanierungsplan mußte den in Lüttich dominierenden Gewerkschaften in wochenlangem, zähem Ringen abgetrotzt werden, sieht er doch das Einfrieren von Löhnen, Gehältern und Pensionen der städtischen Bediensteten und Pensionäre während der kommenden drei Jahre vor, ferner die Streichung diverser Prämien und Zuwendungen sowie eine spürbare Erhöhung der Steuern und Gebühren. Darüber hinaus werden jetzt alle städtischen Bediensteten verpflichtet, in der Stadt Wohnsitz zu nehmen, was automatisch die Steuerpflicht nach sich zieht.

40-Millionen-Kredit

Die regionalen Gehaltsvorteile der im öffentlichen Dienst Beschäftigten werden nicht angetastet. Auch die von der bürgerlichen Opposition immer wieder geforderte Reprivatisierung zahlreicher öffentlicher Dienste sowie Einstellungsstopp und vorzeitige Pensionierung von Kommunalbeamten sind im Plan nicht enthalten.

Der Sanierungsplan wurde als schmerzhaft für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes und gefährlich für Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbau bezeichnet, doch gilt er als einziges Mittel, den Bankrott der Stadt abzuwenden. Der Rettungsplan muß allerdings noch von den regionalen Instanzen sowie der bürgerlichen Regierung in Brüssel gutgeheißen werden. Da er jedoch die von der Regierung geforderten Maßnahmen berücksichtigt, steht jetzt der Auszahlung eines Kredits von 40 Millionen Mark zur Nachzahlung der Juni- und Juli-Gehälter der städtischen Bediensteten sowie zur Begleichung von Rechnungen zahlreicher Lieferanten und sonstiger Gläubiger nichts mehr im Wege.

Gespannte Atmosphäre

Die Sondersitzung des Kommunal-Parlaments fand in einer gespannten Atmosphäre statt. Nach einer weiteren Gehaltsabschlagszahlung hatte sich die Lage in Lüttich am Wochenende zwar etwas entspannt, doch waren die Verantwortlichen in Brüssel und im Lütticher Rathaus einer Meinung: Ein Funke genügte, um aus einer Heimsuchung eine Katastrophe werden zu lassen.

Im Lütticher Rathaus selbst gab es ein ungewöhnlich starkes Polizeiaufgebot. In sämtlichen Räumen und rund um das Gebäude folgten zudem Tausende von Bürgern über Lautsprecher den Debatten. Nur einmal gab es einen Zwischenfall: Nach einer angeblichen Provokation des liberalen Fraktionssprechers stimmte die Masse die Internationale an.

Die bürgerliche Opposition lehnte den Sanierungsplan aus mehreren Gründen ab: Zuerst hatte die Ratsmehrheit die Opposition bei der Erarbeitung des Plans ausgeschlossen und sie später nur mangelhaft darüber informiert. Liberale wie Christlich-Soziale bezeichneten den Plan als Täuschungsmanöver und Budget-Feuerwerk, der sich gegen das öffentliche Personal richte und die Stadtentwicklung gefährde. Und sie beklagten, daß Sozialisten und Grüne keinen Konsens mit den übrigen Bürgerorganisationen suchten.

Ortega stimmt multilateralen Lösung zu

Nicaraguas Junta-Chef kommt US-Forderung entgegen / Feier zum 4. Jahrestag der Revolution ohne Zwischenfälle

WERNER THOMAS, León

„Weder Kugeln noch Stimmen können die sandinistische Macht zerstören", rief Junta-Chef Daniel Ortega aus. Die Revolution in Nicaragua sei eine „nicht mehr zu ändernde Realität". Die Menge schwenkte schwarz-rote Fahnen und skandierte rhythmisch: „no a-sa-ran", sie werden nicht durchkommen. Das ist der zur Zeit meiststrapazierte Sprechchor, der für die im Norden und Süden des Landes operierenden konterrevolutionären Brigaden bestimmt ist.

Nicaraguas Sandinisten feierten am Dienstag den vierten Jahrestag ihrer Machtübernahme. Etwa 80 000 Menschen, unter ihnen die Bundestagsabgeordneten Herterich (SPD) und Gottwald (Grüne) sowie der kubanische Vizepräsident Carlos Rafael Rodriguez, waren auf dem Pedro-Arauz-Palacios-Platz in León versammelt, wo der Papst Anfang April eine Messe zelebriert hatte. Die meisten Teilnehmer waren Staatsbeamte, Mitglieder der offiziellen Gewerkschaft, der Massenorganisationen und der uniformierten Verbände, die mit Bussen in die zweitgrößte Stadt des Landes transportiert worden waren.

Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle, obgleich die „Contras" (Konterrevolutionäre) auf sich aufmerksam machen wollten. Die Regierung hatte freilich auch maximale Sicherheitsvorkehrungen getroffen: Die Straßen zwischen León und Managua blieben für den normalen Fahrzeugverkehr gesperrt. Überall wachten Polizisten und Milizen.

Die Feier verlief nach dem üblichen Schema: Märsche, Revolutionslieder, Reden, Zeremonien. Soldaten in Paradeuniformen exerzierten den Stechschritt. Auch eine Totenehrung fehlte nicht: Hinter einer Glasvitrine standen die Urnen mit der Asche gefallener Sandinisten. Ansonsten Fahnen, ein Transparent, das sieben Revolutionshelden zeigte, General Sandino an erster Stelle, und Spruchbänder. Eines appellierte in großen Lettern: „todas las armas a pueblo" (Alle Waffen dem Volk).

Erwartungsgemäß beschäftigte sich Daniel Ortega, der Junta-Koordinator, der auch dem nationalen Direktorium der Sandinistischen Befreiungsfront angehört, mit der militärischen Herausforderung der von dem amerikanischen Geheimdienst unterstützten „Contras". Er signalisierte einen Kurswechsel in der Verhandlungsposition seiner Regierung: Die Comandantes billigen plötzlich „multinationale Lösungen", wie das die Nachbarstaaten und die USA schon lange fordern. Bisher hatten sie lediglich mit Honduras und den USA über den nördlichen Grenzkonflikt verhandeln wollen. Die Amerikaner und die anderen Staaten der Region beschuldigen dagegen Nicaragua, das revolutionäre Feuer außerhalb der Landesgrenzen zu schüren, besonders in El Salvador. Einen globale Lösung sei deshalb notwendig.

Ortega, neben seinem Bruder Humberto, dem Verteidigungsminister, und Innenminister Tomas Borge der einflußreichste Comandante, unterstützte das Zehn-Punkte-Programm der Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama), obwohl dieses auch den Abzug ausländischer Militärberater verlangt. Nach amerikanischen Schätzungen beträgt die Zahl der Kubaner bereits 4000.

In seiner einstündigen Rede kündigte Ortega seinerseits einen Sechs-Punkte-Plan an, der einen Nichtangriffspakt zwischen Nicaragua und Honduras und die Nichteinmischung im Salvador-Konflikt fordert. Militärberater blieben unerwähnt.

Diplomatische Beobachter geben diesen neuen Initiativen keine große Erfolgschancen. Schon deshalb nicht, weil die Sandinisten den UNO-Sicherheitsrat einspannen wollen, dem sie zur Zeit angehören. Ein Missionsvertreter fragte: „Wann hat die UNO zum letzten Mal irgendwo Frieden gestiftet?"

Im innenpolitischen Teil der Ansprache bestätigte Ortega den Termin für Wahlen (1985), ließ aber gleichzeitig auch keine Zweifel daran, wer der Sieger sein wird. An anderer Stelle erwähnte er auch die „Institutionalisierung der Revolution".

Ortega verschonte diesmal die USA vor rüden Attacken, obgleich er öfter Seitenhiebe verteilte. US-Botschafter Anthony Quanton brauchte die Versammlung also nicht zu verlassen. Er wurde allerdings am Schluß an die Einschätzung seines Landes erinnert. Mit geballten Fäusten ließen die Comandantes die sandinistische Hymne singen. Darin werden die Amerikaner als „Feinde der Menschheit" bezeichnet. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gedanken zum Milliardenkredit

„Das große Staunen über die Rolle rückwärts"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrter Herr Kremp,

Franz Josef Strauß hat sich sicherlich etwas gedacht bei der Vergabe des Milliardenkredites. Ich meine, es war dieses: Im Herbst steht höchstwahrscheinlich die Nachrüstung mit den Raketen vor der Tür. Wäre das nicht eine hochwillkommene Gelegenheit für die „DDR", weitere Restriktionen im innerdeutschen Verkehr einzuführen nach dem Motto: „Mit Kriegstreibern sowenig Verkehr wie möglich"?

Das wiederum wäre Propaganda- und Wahlkampfmunition für die SPD, welche sagen würde: „Die menschlichen Erleichterungen, die wir durchgesetzt haben, sind jetzt aufgrund der falschen CDU/CSU-Politik wieder zunichte gemacht worden."

Um diese Entwicklung zu verhindern, könnte Franz Josef Strauß durchaus auf die Idee mit dem Milliardenkredit gekommen sein. Wundern würde es mich nicht, jedoch wird diese Vermutung schwer zu beweisen sein!

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Rieder,
Hemmingen

*

Die DDR steht vor den Trümmern ihrer Wirtschaftspolitik, vor ihrem Bankrott. Kein verantwortlicher Bankier würde einer Firma, die sich in einem derartig desolaten Zustand befindet wie die DDR, eine einzige Mark leihen; das Risiko, das Geld nicht zurückzubekommen, wäre viel zu groß. Offensichtlich machen sich unsere Politiker völlig falsche Vorstellungen von den Verhältnissen in der DDR.

Die Altbausubstanz in der DDR ist seit 1945 nicht sachgemäß gepflegt worden. Deshalb fällt bei vielen Häusern der Putz von den Wänden, die Fensterrahmen haben seit Jahren keine Farbe gesehen (oder die Farbe taugte nichts). Die meisten Altbauten sind verkommen. Wenn nicht Milliarden in die Erhaltung der Bausubstanz gesteckt werden, brechen viele Städte in Kürze zusammen. Die meisten Miethäuserblocks (aus Fertigteilen) sehen schon jetzt heruntergekommen aus und werden kaum länger halten.

Auch Baudenkmäler verkommen: z. B. das Schweriner Schloß – früher eine architektonische Attraktion – ist verwahrlost. Seit 1945 ist kaum etwas für die Erhaltung des Schlosses getan worden. Erst jetzt – weil eine Jubiläumsfeier bevorsteht – wird vesucht, die Fassade zu retten. Es gibt in Schwerin auch ein Palais in tadellos gepflegtem Zustand: es ist der Sitz der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft!

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung ist fast wieder auf das Niveau abgesunken, das wir im Westen vor der Währungsreform hatten. In der DDR verhungert niemand – aber die Ansprüche an Lebensmittel und Bekleidung sind dem sowjetrussischen Standard angepaßt worden. Zwischen diesem Standard und dem Lebensstandard im Westen liegen Welten.

Offenbar ist auch die Wirtschaft der DDR am Ende. Der Maschinenpark (z. B. im Verkehrswesen) ist überaltet, schlecht gepflegt und oft schmutzig. Die Ersatzteilbeschaffung war schon immer ein Problem, das ist jetzt noch schlechter geworden – vor allem dann, wenn die Ersatzteile aus dem Westen eingeführt werden müssen. Private Initiativen auf wirtschaftlichem Gebiet, die den Menschen drüben das Leben erleichtern und angenehmer machen könnten, werden nach wie vor durch den DDR-Staat rigoros unterdrückt.

Die Abfertigung an der DDR-Grenzstelle Horst (bei Lauenburg) am Sonntagabend dauerte 45 Minuten – obgleich kaum Verkehr war. Bei der Ausreise aus der DDR haben wir viermal bei verschiedenen Posten unsere Pässe vorzeigen müssen. Meine achtzigjährige Mutter war bei uns im Wagen. Es ist ein Wunder, daß sie keinen Herzinfarkt bekommen hat – bei diesen, durch DDR-Gesetze sanktionierten Schikanen.

Das ist der Staat, dem wir einen Milliardenkredit geben – um seinen Bankrott hinauszuzögern – und damit er die Deutschen drüben und die Besucher aus dem Westen weiter tyrannisieren kann. Unsere Regierung sollte eine Politik machen, die im Interesse der Deutschen liegt – das hatten uns die Politiker vor der Wahl versprochen, und deshalb haben wir sie gewählt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Reinhard Aul,
Kleineichen

Gebrochenes Tabu

„CDU-Abgeordneter: Sozialleistungen auf dem Prüfstand"; WELT vom 13. Juli

Sehr geehrte Damen und Heren,

Haimo George hatte den Mut, ein Tabu zu brechen. Jedermann weiß, daß Arbeit bei uns für die Betriebe und den Staat zu teuer geworden ist – aber kaum einer spricht es aus. Wenn ich im Fachgeschäft einen preiswerten Sportschuh kaufe und dann „Made in Taiwan" lese, sagt das alles.

Wieviel Unternehmen arbeiten nur dann mit Gewinn, wenn sie Arbeit exportieren und ihre Mitarbeiterzahlen im Inland dramatisch verringern? Wie lange können wir uns noch Tarife und Zusatzkosten leisten, die nur von wenigen Starunternehmen, nicht aber von der Masse der Betriebe zu bezahlen sind? Wir können es uns tatsächlich nicht länger erlauben – den Beweis erdulden Hunderttausende Arbeitsloser; sie sind die Leidtragenden eines verkrusteten Unkostenprinzips.

George wird von allen Seiten attackiert werden – man sollte ihm statt dessen dankbar sein, das „Unaussprechliche" gesagt zu haben. Senkt die Arbeitskosten so, daß die abgewanderte Arbeit vom Ausland zurückkehrt.

Tarifpartner und Gesetzgeber sind gefordert, Scheuklappen abzulegen. Nach einer Zeit der Gesundung kann dann wieder, aber bitte maßvoll, verteilt werden.

Hochachtungsvoll
Horst Kehr,
Laupheim

Klar aufgezeigt

„Ostpreußen 83 – Nur der Pfarrer blieb"; WELT vom 16. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen Abwesenheit aus Hamburg konnte ich leider nicht sofort auf Ihren ausführlichen Bericht über den 17. Juni reagieren. Im Namen der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften spreche ich Ihnen für diese umfassende Darstellungen den Dank aus.

Ihr Artikel hat aufgezeigt, daß Hilfsgüter nach Polen wirklich einer gerechten Verteilung bedürfen, um unsere Landsleute angemessen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen
Gunter Ziegler,
Pressesprecher der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften, Hamburg 36

Selbstbestimmungsrecht

Die WELT bringt am 7. Juli in einem Artikel von Bernd Conrad den Hinweis, daß Hemut Kohl in Moskau das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Anspruch genommen hat. Seine Vorgänger, Brandt und Schmidt, haben sich dazu nicht bereit gefunden.

Brandt hat, als ihm 1971 der Friedens-Nobel-Preis verliehen wurde, in Oslo erklärt: „Ich habe ‚reale Lage' gesagt. Die erkennt man nicht, wenn man der Selbsttäuschung unterliegt oder Politik mit Juristerei verwechselt. Der Kreml ist kein Amtsgericht." Deutlicher konnte er seiner Geringschätzung für das Völkerrecht und seiner Ermunterung des Kreml, Machtpolitik zu treiben, kaum ausdrücken.

Das geschah übrigens zu einer Zeit, als die UNO-Deklaration Nr. 2625 vom 10. Oktober 1970 über die Prinzipien des Völkerrechts, und während der Kanzlerschaft Schmidts, die Schlußakte der KSZE in Helsinki vom 1. August 1975 über die Beziehungen der Teilnehmer, das Völkerrecht deutlicher fundiert haben. Beide SPD-Kanzler versprachen sich von einer Politik ohne Bezugnahme auf das internationale Recht mehr, als von einem unentwegten Beharren auf unveräußerliche Rechtsansprüche. Wer aber glaubt, eine Politik ohne Recht, oder ohne die Hilfe des Rechts machen zu können, wird bald nicht mehr respektiert werden.

Die Sowjets haben jedenfalls das Vertrauen Willy Brandts auf die Entspannung, und das mangelnde Rechtsbewußtsein Helmut Schmidts, zur größten Vor- und Überrüstung ausgenützt, die für den Westen die Bedrohung und Gefahr gebracht haben.

Die Probleme des deutschen Volkes werden einmal in der Form eines Rechtskampfes geltend zu machen sein, der sich auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) abspielen wird. Hier sind die traditionellen Partner der Völkerrechtsentwicklung versammelt. Hier geht es um das unveräußerliche, den Deutschen in der DDR und bei uns zur gleichzeitigen Ausübung zustehende Recht auf nationale Selbstbestimmung. Jedenfalls hat sich Helmut Kohl, das beweist sein Besuch in Moskau, im deutschen Interesse rechtsbewußter gezeigt als seine SPD-Vorgänger.

Zur realen Lage, wie sie in Oslo 1971 von Brandt angesprochen wurde, gehören die unaufgebebaren Rechtspositionen, die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Nation, das Recht auf einen echten Frieden etc.

Dr. Herbert Kutschera,
Hürth-Hermülhim

Vom Augenschein

„Das ferne Chile, seine Legenden und seine wirklichen Nöte"; WELT vom 13. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

herzlichen Glückwunsch zu dem o. g. Artikel über Chile. Er ist eine volle Bestätigung dessen, was ich meinen Lehrgangsteilnehmern (Schüler an der Bundeswehrfachschule Mainz) kurz zuvor sagte: „Vorsicht mit Urteilen uns so ferner Länder!"

Dazu eine für sich selbst sprechende Ergänzung: Einer meiner Freunde, Ingenieur, kehrte vor 14 Tagen aus Chiles Hauptstadt zurück. Er berichtete, er habe von seinem Hotel in der Nähe des Präsidentenpalastes seine Frau angerufen. Diese ermahnte ihn: „Sei ja vorsichtig – bei euch ist ja der Teufel los – vor deinem Hotel wird ja demonstriert." Sie habe es eben im Fernsehen gesehen. Mein erstaunter Freund mußte und konnte seine Frau beruhigen: Es sei ganz ruhig, kein Zeichen von Demonstration oder Streik; im übrigen sei sein Hotel mit einem hohen Bretterzaun umgeben. sodaß es gar nicht gefilmt werden konnte. – Seine Vermutung: Das Fernsehen hatte alte Bilder und Filme, etwa zwei Jahre alt, gezeigt! Kommentar überflüssig! Wenn das nicht Manipulation ist?

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Krasenbrink,
Mainz 32

Menschenhandel

„Freikauf" zehn Tage vor der Entlassung"; WELT vom 1. Juli

Als Mitbetroffene aus dem Frauen-KZ in der „DDR" danke ich Ihnen sehr für diese Mitteilung. Schlimm und alarmierend nur, daß immer noch solche menschenrechtswidrigen Kopfpreise bzw. Lösegelder gezahlt werden müssen, um Unschuldige aus den Klauen einer Diktatur zu befreien. Sind die roten SED-Faschisten etwa besser als die braunen? Ausreisewillige und Fluchthelfer so drakonisch zu bestrafen, das gibt es doch in keinem anderen Staat.

Ist ein totalitärer Staat überhaupt kreditwürdig, wenn er fortgesetzt innerdeutschen Menschenhandel aus Gewinn- und Devisensucht betreibt, durch seine „sozialistische Justiz" aber Fluchthilfe als „staatsfeindlichen Menschenhandel" bestrafen läßt?

Mit besten Grüßen
Erna B. Kuenne, ai
San Leandro, USA

Wort des Tages

„Der Haß auf den Wohlstand gehört zu den Lebenslügen der westdeutschen Intelligenzia; er ist ihr moralisches Alibi."

Hans Magnus Enzensberger, dt. Autor (geb. 1929)

Personalien

BESUCHER

Eine Reise nach Japan, für viele junge Menschen nur ein Traum, ist für die deutsche Sportjugend seit vielen Jahren realisierbar. Bundespräsident **Karl Carstens** empfing die Teilnehmer des 10. Jugendaustausches zwischen Japan und der Bundesrepublik im Park der Villa Hammerschmidt in Bonn. 165 Japaner halten sich zur Zeit in deutschen Familien auf. Die gleiche Zahl deutscher Jugendlicher reist in Kürze in das ferne Traumland Asiens. Der 10. Simultanaustausch steht unter dem Leitwort „Internationale Jugendbegegnung – ein Beitrag zum Frieden". Karl Carstens: „Deutsche und Japaner wissen, daß Frieden zwischen den Völkern keine Selbstverständlichkeit ist. Er muß beharrlich errungen und bewahrt werden." Die deutsche Sportjugend hat in den letzten 10 Jahren 3000 Jugendliche in das Austauschprogramm einbezogen. Die Teilnehmer kamen auch diesmal aus allen Bereichen der deutschen Lande nach Bonn. Sie gehören zu Judo- und Volleyballgruppen und zur deutschen Schwimmjugend. Mit in der Villa Hammerschmidt dabei natürlich auch die Offiziellen: Japans Botschafter **Hiromichi Miyazaki**, **Peter Hanisch**, der erste Vorsitzende der Deutschen Sportjugend, die Vizepräsidentin des Deutschen Sportbundes **Erika Dienstl** und der erste Vizepräsident der Japanischen Sportjugend, **Kiyomi Arakawa**, der auch Vorstandsmitglied des Japanischen Sportbundes ist. Karl Carstens bekam von der Sportjugend ein blaues Hemd geschenkt: „Viel bequemer als meine offizielle Kleidung", so sein Kommentar.



Karl Carstens, Besucher: Bequem im blauen Hemd

EHRUNG

Prälat **Emil** („Don Emilio") **Stehle** (57), seit 1977 Geschäftsführer des Hilfswerks Adveniat, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Titularbischof von Eraclea und zum Weihbischof von Quito (Ecuador) ernannt worden. Mit dieser Ernennung des am Bodensee geborenen Alemannen, der von 1957 an 15 Jahre lang Seelsorger in Lateinamerika war, wird sowohl die Hilfsaktion der deutschen Katholiken für den lateinamerikanischen Halbkontinent als auch der Einsatz des 1951 geweihten Priesters geehrt. Stehle, der unter anderem auch über den Priester und Revolutionär **Camillo Torres** schrieb, leitet im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz auch die Koordinationsstelle von Fidei Donum für die rund 200 deutschen Diözesanpriester, die auf begrenzte Zeit pastorale Aufgaben in Lateinamerika übernommen haben. Auf Wunsch des Heiligen Vaters wird Stehle seine bisherige Tätigkeit fortführen.

Gespräche im Kreml über Gipfel der RGW-Staaten

Ungarns Parteichef bei Andropow / „Integration verstärken"

AFP/DW. Moskau

In Moskau verstärken sich die Anzeichen für die baldige Einberufung einer Gipfelkonferenz der zehn Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Wie die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete, stand der seit längerem geplante RGW-Gipfel im Mittelpunkt der Gespräche, die Staats- und Parteichef Juri Andropow mit dem ungarischen Parteichef Janos Kádar im Kreml führte. Kádar wurde gestern zum dritten Mal seit seiner Ankunft am Montag von Andropow empfangen.

Tass schrieb, eine Gipfelkonferenz der RGW-Mitglieder würde nach Ansicht beider Politiker die „wirtschaftliche Integration der sozialistischen Länder verstärken", die nach den „jüngsten Errungenschaften in Wissenschaft und Technik in der Welt" notwendig geworden sei. Andropow und Kádar hätten auch eine größtmögliche Annäherung ihrer Parteien auf ideologischem und erziehungspolitischem Gebiet befürwortet.

Der geplante RGW-Gipfel – der letzte fand vor zwölf Jahren statt – war schon für vergangenen Mai in Moskau geplant. Doch wurde er, wie aus gutunterrichteten osteuropäischen Kreisen verlautete, wegen Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedsländer namentlich in der Rohstoff-Frage und wegen des von bestimmten Ländern als zu hoch erachteten Preises für sowjetisches Erdöl, auf unbestimmte Zeit verschoben. Starke Kritik an der sowjetischen Preispolitik hat vor allem Rumänien geübt. Auch soll es zwischen einigen der RGW-Partnern zu Differenzen über das erforderliche Maß an wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit in den einzelnen Ländern gegeben haben.

Ende Juni war in Moskau parallel zum Gipfel der Staaten des Warschauer Paktes der Exekutivausschuß des RGW zusammengetreten, um über die Abstimmung der Wirtschaftsprogramme für die Jahre 1985 bis 1990 und über ein Programm zur Entwicklung und Herstellung von Industrierobotern zu beraten. Auf dieser Tagung dürfte auch die geplante Gipfelkonferenz zur Sprache gekommen sein. Dem RGW gehören außer den Ostblock-Staaten auch Vietnam und Kuba an.

Wie Tass berichtete, brachten Andropow und Kádar auch ihre Besorgnis über die Zuspitzung der internationalen Lage zum Ausdruck, für die sie die „militaristischen Kreise in den USA und der NATO" verantwortlich gemacht hätten.

Seite 2: Kandidaten in Ungarn
Seite 5: Boutiquen im Hinterhof

Vorwürfe zurückgewiesen

Lambsdorff und Flick: Es gab keinen Beratervertrag

HEINZ HECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ist „zu keiner Zeit, weder vor noch während seiner parlamentarischen Tätigkeit noch als Minister, jemals Berater des Flick-Konzerns gewesen". Mit diesem umfassenden Dementi hat der Minister zu einem gestern in der „Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung" (NRZ) veröffentlichten Bericht Stellung genommen, wonach er „zugegeben" habe, „neben seiner parlamentarischen Tätigkeit als FDP-Bundestagsabgeordneter lange Zeit ständiger Berater des Flick-Konzerns gewesen zu sein". Nach Darstellung der NRZ seien dem „Rechtsanwalt und Wirtschaftspolitiker Lambsdorff beträchtliche Honorare gezahlt worden". Auch die Flick-Industrieverwaltung bezeichnete den Bericht als falsch.

Lambsdorff hat nach eigener Darstellung nicht nur keine Beraterhonorare von der Firma Flick erhalten. Er habe zu keiner Zeit, „mit wem auch immer", einen Beratervertrag abgeschlossen. Im übrigen habe es auch von ihm „kein Eingeständnis" gegenüber dem Düsseldorfer Justizministerium, auf das sich die NRZ in ihrem Bericht beruft, gegeben.

Die NRZ bringt die Meldungen über den Beratervertrag in Verbindung mit der von Flick beantragten Steuerbefreiung für den Erlös aus einem Aktienpaket und spricht vom „vollen Erfolg für den Konzern". Im Zusammenhang damit werde den „befürwortenden und federführenden Wirtschaftsministern in dieser Sache, zunächst Friederichs und dann Lambsdorff, Vorteilsnahme„ (Bestechung)" vorgeworfen.

Ungeachtet der umfassenden Erklärung Lambsdorffs haben die Liberalen Demokraten durch ihren Bundesvorsitzenden Ulrich Krüger den Minister zum Rücktritt aufgefordert.

Bombenleger von Orly gefaßt

AFP, Paris

Ein von der französischen Polizei festgenommener Armenier hat gestern gestanden, den Bombenanschlag auf dem Pariser Flughafen Orly verübt zu haben, bei dem am vergangenen Freitag sechs Personen getötet und 56 verletzt worden waren. Nach Angaben von Regierungssprecher Max Gallo handelt es sich bei dem Attentäter um einen Mann syrischer Nationalität namens Varadjian Garbidjan. Er sei Anführer des militärischen Flügels der „Geheimarmee für die Befreiung Armeniens" (ASALA).

Der 29jährige Garbidjan gehört zu den 56 Armeniern, die am Montag von der Polizei bei einer Razzia in Paris festgenommen worden waren. Elf von ihnen sollten gestern der Justiz vorgeführt werden. Sie werden vermutlich wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Die Polizei hatte in ihren Wohnungen Waffen, Sprengstoff, Zünder und Dokumente gefunden. Zwanzig weitere Armenier sollten gestern aus Frankreich abgeschoben werden. Nach dem Anschlag von Orly hatte die ASALA weitere Attentate angekündigt.

Neue Drohung der Orlandi-Entführer

AP/dpa, Rom

Die mutmaßlichen Entführer der 15jährigen Italienerin Emanuela Orlandi haben sich gestern kurz vor der von ihnen gesetzten Frist zur Erfüllung ihres Ultimatums gemeldet und erneut den Tod des Mädchens angedroht, falls der Papst-Attentäter Mehmed Ali Agca nicht freigelassen wird. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ANSA warf ein anonymer Anrufer in verdrehtem und altmodischem Italienisch den Behörden vor, Agca für Propaganda-Zwecke zu mißbrauchen und ihn deshalb nicht freilassen zu wollen. Emanuela Orlandi, Tochter eines Vatikan-Angestellten, sei noch am Leben, aber die Zeit werde knapp.

Ebenfalls gestern veröffentlichten zwei römische Tageszeitungen, „Il Messaggero" und „Paese Sera", den Wortlaut eines Tonbandtextes mit den Forderungen der Erpresser. Die Veröffentlichung war am Abend zuvor von einem anonymen Anrufer in einem Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Caseroli über eine direkte Leitung gefordert worden. Papst Johannes Paul II. betete gestern nach der Generalaudienz auf dem Petersplatz für die Rettung der 15jährigen.

USA enttäuscht über Begin-Absage

Gemayel zu Gesprächen in Washington / Wenig Optimismus für Lösung in Libanon

D. SCHULZ/DW. Washington

Nach einer ersten Unterredung haben der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel und der amerikanische Außenminister George Shultz in Washington volle Übereinstimmung über die Wiederherstellung der libanesischen Souveränität und den Abzug aller ausländischen Truppen als vordringliche Ziele erreicht. Der libanesische Staatschef war am Dienstag zu einem sechstägigen Besuch in den Vereinigten Staaten eingetroffen. Am Freitag will er mit US-Präsident Ronald Reagan im Weißen Haus zusammentreffen. Überraschend hat inzwischen der israelische Ministerpräsident Menachem Begin seine für nächste Woche geplante USA-Reise verschoben.

Vor dem Eintreffen Gemayels hatte Reagan anläßlich des Besuches des Emirs von Bahrain erneut versichert, daß die amerikanische Regierung mit allem Nachdruck auf den Abzug der ausländischen Truppen aus Libanon hinwirken werde. US-Außenminister Shultz teilte nach seinem Gespräch mit Gemayel mit, daß für die Gespräche der kommenden Tage daran gedacht sei, über „geeignete Sicherheitsabkommen" zu beraten, durch die alle Nachbarn Libanons vor Angriffen von libanesischem Gebiet aus geschützt werden.

Begin verwirrt US-Zeitplan

Reagans und Außenminister Shultz' Versicherung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der US-Regierung zur Zeit kaum jemanden gibt, der die Entwicklung in Libanon mit Optimismus betrachtet. Einen zusätzlichen Dämpfer bedeutete nun die Absage Begins. In amerikanischen Kreisen kam sofort die Vermutung auf, daß der israelische Regierungschef Gespräche mit der US-Regierung für sinnlos hält, weil Fortschritte in Libanon nicht zu erwarten sind.

Für die US-Regierung gerät damit der Zeitplan durcheinander, den man sich für die Begegnung mit Gemayel und Begin zurechtgelegt hatte. Geplant war, mit dem libanesischen Staatspräsidenten neue Gedanken zu erörtern, die man dann anschließend auch mit dem israelischen Ministerpräsidenten hätte besprechen können. Auf dem Weg nach Washington hatte Gemayel in Frankreich bereits mit König Hussein von Jordanien gesprochen. Nahöstlichen Pressevermutungen zufolge könnte der König sich angesichts der Spaltungserscheinungen in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu einer Teilnahme an Nahost-Friedensgesprächen umstimmen lassen. Die Vorstellung in Washington, man könne dabei das Prestige Präsident Reagans in Gesprächen von Regierungschef zu Regierungschef in die Waagschale werfen, muß man nun nach der Absage Begins fallenlassen.

Daß der israelische Ministerpräsident nicht nach Washington kommt, wird auch aus anderen Gründen bedauert. Nach einer Phase erheblicher Spannungen hatte sich das Klima zwischen den Regierungen in Washington und in Jerusalem wieder merklich verbessert. Auch von israelischer Regierungsseite hieß es erläuternd zu der Absage, die „aus persönlichen Gründen" erteilt worden sei, daß „die Zusammenarbeit zwischen Jerusalem und Washington derzeit ausgesprochen störungsfrei" verlaufe. Washington hatte ursprünglich für den Besuch Begins geplant, das „Memorandum der Verständigung" über eine verstärkte amerikanisch-israelische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet wiederaufleben zu lassen. Wann die amerikanische Regierung nach der Absage nun damit an die Öffentlichkeit treten wird, ist wieder völlig offen.

Libanon-Frage weiter kritisch

Amerikanische Diplomaten geben derzeit unumwunden zu, daß sie keine „magische Formel" für Libanon besitzen. Auch der von Libanon vorgetragene Wunsch, Washington möge Israel zur Räumung der einst syrischen Golan-Höhen drängen, stößt in der US-Regierung nicht auf große Gegenliebe. Die Amerikaner halten es für ausgeschlossen, daß Israel bereit sein könnte, über dieses Thema auch nur zu diskutieren.

Seit der amerikanische Außenminister George Shultz Anfang Juli mit seinen Vermittlungsbemühungen bei Syriens Staatspräsident Assad abgeblitzt war, hat man in Washington noch keinen neuen Ansatzpunkt gefunden, um die von Moskau durch neue Waffenlieferungen gestützten Syrer gesprächsbereiter zu machen. Die US-Regierung hat, wenn sie es nicht völlig mit Israel verderben will, zur Zeit so gut wie keinen „Hebel", der gegen Assad angesetzt werden könnte. Dies alles verschafft dem derzeitigen Gemayel-Besuch in Washington einen wenig erfreulichen Rahmen.

Union überprüft Familienpolitik

Dregger setzt Arbeitskommission ein / Strauß-Konzept „fruchtbarer Ansatz"

GISELA REINERS, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat gestern seiner Fraktion den Auftrag erteilt, eine Arbeitskommission „Familienlastenausgleich" zu bilden. Der FDP soll die Beteiligung angeboten werden. In dieser Kommission sollen die Experten für Haushalt, Steuern, Jugend, Familie und Gesundheit sowie Arbeit und Soziales mitarbeiten. Den Namen des Vorsitzenden will Dregger später bekanntgeben.

Wie Dregger vor Journalisten mitteilte, hat er die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der Fraktion bereits angeschrieben, damit während der parlamentarischen Sommerpause schon mit den Vorarbeiten begonnen werden kann. Ziel der Kommissionsarbeit sei die Erarbeitung einer Gesetzesinitiative. Die Vorschläge des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zur Familienpolitik und ähnlich gelagerte Überlegungen aus der Fraktion sollen Grundlage der Beratungen sein. Es stelle sich jedoch, so Dregger, die Frage nach der Finanzierbarkeit. Sie soll vorwiegend durch Umschichtung der Mittel erreicht werden. Dennoch glaube er nicht daran, daß die Arbeit der Kommission schon im nächsten Jahr Ergebnisse zeigen wird, sondern „wahrscheinlich erst 1985".

Als Grund für die Einsetzung der Kommission nannte Dregger, daß das Gießkannenprinzip in der Familienförderung überprüft werden müsse. Es müßten durch eine Neuordnung Wege gefunden werden, Ehepaare zu bewegen, drei oder vier Kinder zu haben statt nur eins oder gar keine. Gerade junge Familien, die noch nicht soviel Geld hätten, dürften nicht abgeschreckt werden in ihren Kinderwünschen. In dem Strauß-Konzept sehe er einen „fruchtbaren Ansatz".

Warschau beschließt Notstandsgesetz

AP/AFP, Warschau

Das polnische „Parlament", der Sejm, hat gestern mit einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung eine Änderung der Verfassung beschlossen, die der Regierung das Recht gibt, im Falle innerer Unruhen den Notstand auszurufen. Bisher war nur die Ausrufung des Kriegsrechts möglich.

Anschließend wurde über ein Sondergesetz beraten, das nach Aufhebung des Kriegsrechts eine 18monatige Übergangsperiode vorsieht, für die der Regierung weitreichende außerordentliche Vollmachten gegeben werden. Der Gesetzentwurf sieht die Einschränkung der Rechte der Arbeiter, Künstler, Studenten und Journalisten sowie die dauerhafte Verschärfung der Strafgesetze vor. So soll die Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen wie der Gewerkschaft „Solidarität" mit Haft bis zu drei Jahren bestraft werden. Am 28. Juli wird im Sejm über ein weiteres Gesetz zur Strafrechtsreform beraten.

Heute soll der Sejm über das von der Regierung vorgelegte Amnestiegesetz beschließen. Von der Amnestie sind mehrere bekannte politische Häftlinge ausgenommen. Weiter inhaftiert bleiben die Führer des „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR)", Jacek Kuron, Adam Michnik und Henryk Wujec, und die sieben Führer von „Solidarität", die bei der Aussetzung des Kriegsrechts Ende 1982 verhaftet worden waren. Auch der Organisator von „Radio Solidarität", Zbigniew Romaszewski, ebenfalls KOR-Mitglied, bleibt in Haft.

In einem „offenen Brief" an den polnischen Sejm hat die Regimekritikerin Zofia Romaszewska die menschenunwürdigen Haftbedingungen in der Warschauer Strafanstalt Rakowiecka angeprangert, wo sie zusammen mit zahlreichen anderen politischen Häftlingen einsitzt. Inhaftiert sind dort u. a. Jacek Kuron und Adam Michnik sowie die „Solidaritäts"-Führer Andrzej Gwiazda, Karol Modzelewski, Jan Rulewski, Janusz Onyszkiewicz und Bronislaw Geremek.

In dem Brief berichtet die wegen ihrer Tätigkeit für „Radio Solidarität" mit drei Jahren Gefängnis bestrafte 42jährige, daß sie zusammen mit drei anderen Frauen in einer zehn Quadratmeter kleinen Zelle lebt. Die Lüftung erfolgt durch ein winziges Klappfenster, und die Toilette ist – nur bei den weiblichen Gefangenen – allein durch ein Bettlaken von der Zelle getrennt.

Am 16. Juli 1983 verstarb im 75. Lebensjahr Herr

Wilhelm Rahmsdorf

Mitglied des Beirates Bremen-Georgsmarienwerke der Klöckner-Werke AG.

Herr Rahmsdorf war über mehrere Jahrzehnte eng mit dem deutschen Notenbankwesen verbunden und hat viele Jahre verantwortungsvolle Spitzenfunktionen wahrgenommen. Seit Mai 1974 war er Mitglied des Beirates Bremen-Georgsmarienwerke und hat seine umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst unseres Hauses gestellt. Er hat uns stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Aufgrund seiner hohen menschlichen Qualitäten erwarb er sich allseits Wertschätzung und Anerkennung.

Wir werden Herrn Rahmsdorf ein ehrendes Andenken bewahren.

Klöckner-Werke AG

Marianne Leo

geb. Grimm

geb. 30. 10. 1892 gest. 19. 7. 1983

In Liebe und Dankbarkeit

Hans-Christoph Leo
Jutta Leo geb. v. Winterfeld
Hubertus und Fabian

Sandmoorweg 35
2 Hamburg 56

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.

FINANZANZEIGEN

Royal Dutch
N.V. Koninklijke Nederlandsche Petroleum Maatschappij
Den Haag, Niederlande

Bilanz zum 31. Dezember

	1981 hfl. Tausend	1982 hfl. Tausend
Beteiligungen an Gesellschaften der Royal Dutch/Shell-Gruppe	40.402.104	43.038.404
Umlaufvermögen		
Dividendenforderungen an Gesellschaften der Royal Dutch/Shell-Gruppe	1.206.167	1.206.167
Sonstige Forderungen	8.840	6.368
Kurzfristige Bankeinlagen	139.909	146.800
Kassenbestand	4.472	7.971
	1.359.388	1.367.306
Kurzfristige Verbindlichkeiten		
Verschiedene Verbindlichkeiten	2.686	3.479
Nicht geltend gemachte Ansprüche auf Dividenden	14.637	10.263
Vorgeschlagene Schlußdividende	1.206.167	1.246.373
	1.223.490	1.260.115
Überschuß des Umlaufvermögens über die kurzfristigen Verbindlichkeiten	135.898	107.191
Nettovermögen	40.538.002	43.145.595
Aktienkapital		
Stammaktien	2.680.370	2.680.370
Prioritätsaktien	1.500	1.500
	2 681.870	2.681.870
Rücklagen		
Agio aus Aktienemissionen	1.552	1.552
Rücklage aus Beteiligungen	29.849.962	32.486.262
Sonstige Rücklagen	7.806.893	7.806.893
	37.658.407	40.294.707
Einbehaltene Gewinne	197.725	169.018
Eigenkapital	40.538.002	43.145.595

Ergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember

	1981 hfl. Tausend	1982 hfl. Tausend
Anteil am Ergebnis der Gesellschaften der Royal Dutch/Shell-Gruppe	6.121.345	5.672.292
Zinserträge	18.855	23.460
	6.140.200	5.695.752
Abzüglich: Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen	18.391	12.332
Jahresüberschuß	6.121.809	5.683.420

Entwicklung der einbehaltenen Gewinne

	1981 hfl. Tausend	1982 hfl. Tausend
Jahresüberschuß	6.121.809	5.683.420
Zuführung zur Rücklage aus Beteiligungen	4.044.058	3.608.407
	2.077.751	2.075.013
Einbehaltene Gewinne am Jahresbeginn	130.061	197.725
Verjährte Ansprüche auf Dividenden	250	431
	2.208.062	2.273.169
Abzüglich: Gesamtdividenden gemäß § 36 der Satzung (einschl. der vorgeschlagenen Schlußdividende):		
Prioritätsaktien (4%ig kumulativ)	60	60
Stammaktien	2.010.277	2.104.091
	2.010.337	2.104.151
Einbehaltene Gewinne am Jahresende	197.725	169.018

KALI UND SALZ AKTIENGESELLSCHAFT

KASSEL

Bilanz zum 31. Dezember 1982
– Kurzfassung –

Aktiva	TDM	TDM
Sachanlagen	350.086	
Beteiligungen	91.549	
Ausleihungen	14.163	
Finanzanlagen	105.712	
Anlagevermögen		455.798
Vorräte	97.619	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	113.948	
Übrige Forderungen	325.842	
Forderungen	439.790	
Flüssige Mittel	25.375	
Wertpapiere	9.857	
Geld und Geldanlagen	35.232	
Umlaufvermögen		572.641
Rechnungsabgrenzungsposten		1.812
		1.030.251

Passiva	TDM	TDM
Grundkapital	250.000	
Rücklagen	91.000	
Eigenkapital		341.000
Sonderposten mit Rücklageanteil		16.577
Wertberichtigungen		3.879
Pensionsrückstellungen	155.148	
Andere Rückstellungen	342.838	
Rückstellungen		497.986
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren	45	
Andere Verbindlichkeiten	155.710	
Verbindlichkeiten		155.755
Bilanzgewinn		15.054
		1.030.251

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1982
– Kurzfassung –

	TDM	TDM	TDM
Umsatzerlöse		1.349.341	
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		23.119	1.326.222
Andere aktivierte Eigenleistungen			12.378
Gesamtleistung			1.338.600
Materialeinsatz			486.929
Rohertrag			851.671
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen, Beteiligungen und anderen Finanzanlagen		23.040	
Zinserträge		23.948	
Übrige Erträge		46.277	93.265
			944.936
Personalaufwendungen		445.746	
Abschreibungen		147.764	
Zinsaufwendungen		5.219	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	24.636		
Sonstige Steuern	9.340	33.976	
Übrige Aufwendungen		297.235	929.940
Jahresüberschuß			14.996
Gewinnvortrag			58
Bilanzgewinn			15.054

Der vollständige Jahresabschluß ist dem Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht und trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Den falschen Kopf zerbrochen

hg – Käse aus Holland, französischer Landwein, original ungarische Salami – über solche Anzeigen regt sich niemand auf. Warum auch? „Die deutsche Alternative" des Getränkeherstellers Africola indes stieß auf Protest. „Ausländerfeindlich, nationalistisch" hieß es in der Beschwerde an den deutschen Werberat. Der allerdings sah es anders, und zu Recht. Was wären das auch für merkwürdige Zustände, wenn im eigenen Land nicht einmal mehr mit „made in Germany" geworben werden dürfte.

Nun kann man sich natürlich darüber streiten, ob diese Kampagne besonders gelungen ist, etwa wenn eine in der Anzeige abgebildete 17jährige betont: „New York ist toll, aber ich finde München besser." Das ist schlicht dümmlich; welche normale 17jährige Münchnerin kennt schon New York?

Streiten kann man sich auch darüber, ob gesellschaftspolitische Aussagen – „ich finde, wir Deutschen schlagen uns ganz gut auf unserem Planeten" – in die Werbung gehören. Denn Werbung für Produkte soll Produkte verkaufen und nicht politische Ansichten. Aber ist das deshalb ausländerfeindlich? Offenbar hat der Beschwerdeführer sich hier den falschen Kopf zerbrochen. Hätte er den eigenen benützt, dann müßte er sich nämlich jetzt die CMA vornehmen: „Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch."

Den Zweck verfehlt

Von IRENE ZÜCKER, Genf

Höchst zweifelhaft erscheint den Unctad-Spezialisten in Genf die Realisierung der in Belgrad abgegebenen Absichtserklärung, einen gemeinsamen Fonds eines integrierten Rohstoffprogramms ins Leben zu rufen. Die Experten rechnen weder mit der Ratifizierung des gemeinsamen Rohstoff-Fonds bis zum 30. September 1983 noch mit dem geplanten Einsatz des Finanzierungsmechanismus ab Januar 1984. Zu verschieden sind die Interessen: Der Norden strebt eine sichere Versorgung zu günstigen Preisen an, der rohstoffreiche Süden ist an hohen Preisen interessiert.

Seit Belgrad liegen zwar die Unterschriften von 108 Ländern sowie 54 Ratifikationen vor. Doch 90 Ratifikationen sind erforderlich, die überdies zwei Drittel der Fondsbeiträge abdecken müssen. Bis heute sind erst 36,6 Prozent des Kapitals gesichert. Solange die Ostblockländer wie die Reagan-Administration das Abkommen boykottieren, kann es nicht in Kraft treten.

Eine Trendänderung zugunsten der rohstoffexportierenden Länder ist nicht in Sicht. Für den Rohstoffverbraucher hingegen ist die Lage vorteilhaft. Während des erwarteten amerikanischen Wiederaufschwungs könnten die Preise zwar leicht ansteigen, doch von 1986/87 an wird mit einem weiteren Absinken gerechnet. Die Entwicklungsländer ihrerseits suchen mehr denn je nach wirtschaftlicher Stabilität durch Rohstoffabkommen. Für viele Produzentenländer erbringen ein oder zwei Rohstoffe den Großteil der Exporterlöse. Preisrückgänge von über zehn Prozent, die keine Seltenheit sind, haben für diese Länder oft katastrophale Auswirkungen.

Seit kurzem umfaßt ihr Streben nach stabilen Preisen nicht nur die exportierten Rohstoffe, sondern auch importierte wie Öl und Weizen. Staaten der Dritten Welt, die vom Nahrungsmittelimport abhängig sind, plädieren für stabile Preise auch dieser Güter.

Interessant ist, daß Länder wie Nigeria und die Elfenbeinküste (als Nichtmitglied des Kakaoabkommens) überzeugt sind, jene Rohstoffabkommen, die für sie wichtig sind, auch außerhalb des gemeinsamen Fonds finanzieren zu können. Der 750-Millionen-Dollar-Fonds wird vor allem von den wenig konkurrenzfähigen Exportstaaten gefordert. Für sie ist die neue Unctad-Rohstoffpolitik, wie die rasche Kompensation von Exporterlösverlusten bei sinkenden Preisen, von vitaler Bedeutung. Die Mehrzahl der Länder möchte jedoch das bisher angewendete System des Internationalen Währungsfonds besser nutzen.

In den letzten Wochen wurde zudem beschlossen, auch andere Möglichkeiten ins Auge zu fassen: Die Studie über neue Methoden der Kompensation von Exporterlösverlusten sollte bis 30. September 1984 vorliegen. In der Zwischenzeit kristallisieren sich folgende Rohstoffprioritäten heraus: Von den 18 Abkommen, die ursprünglich das integrierte Rohstoffabkommen bilden sollten, sind nur gerade fünf in Kraft. Gegenwärtig forciert die Unctad ein wirksameres Vertragswerk für die Abkommen über Zucker, Zinn, Kakao, Kautschuk, Jute, Oliven, Öl und Weizen.

Seit der Belgrader Konferenz stehen die Verträge über Zucker und Weizen an erster Stelle. Doch die USA haben erklärt, daß sie für neue internationale Weizenverhandlungen wenig Hoffnung sehen. Der Block USA, EG, Argentinien vertritt ihre Interessen direkt. Die Vereinigten Staaten etwa wollen aus strategischen und politischen Gründen ihre Produktion nicht reduzieren. Weizen wird von ihnen auch als politische Waffe benutzt. Um die hektischen Preisausschläge auf dem Weltmarkt zu dämpfen, drängt die Unctad auch auf eine baldige Erneuerung des internationalen Zuckerabkommens. Vom 12.–30. September läuft in Genf die zweite Gesprächsrunde.

Bisher waren die internationalen Rohstoffabkommen nur in Zeiten relativ normaler Preisbewegungen wirksam. Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten aber, wenn sich die Vereinbarungen hätten bewähren müssen, wurden sie von vielen Ländern einfach außer Kraft gesetzt, wie dies beim Kaffee-, Zinn- und Kakaoabkommen der Fall war. Daran hat auch die Belgrader Konferenz nur Unwesentliches geändert. Somit bleibt die von der Unctad anvisierte Marktstabilisierung in weiter Ferne. Die Rohstoffabkommen haben in der Vergangenheit ihren Zweck verfehlt.

FRANKREICH / In der Autobranche drohen Massenentlassungen

Bis Ende des Jahres wird die Zahl der Arbeitslosen um 250 000 steigen

AUGUST GRAF KAGENECK, dpa, VWD, Paris

Frankreichs einziger privater Autokonzern, die Peugeot SA, bringt Paris jetzt mit massiven Entlassungsplänen in eine heikle Zwickmühle zwischen sozialer Verpflichtung und wirtschaftlicher Vernunft. Heute soll der Betriebsrat zunächst die Entlassung von über 4000 Beschäftigten bei der Peugeot-Tochter Talbot mitunterschreiben. Die Gewerkschaften erwarten, daß die Linksregierung die Massenentlassungen verhindert.

Für die französische Regierung verdichten sich damit Befürchtungen, daß es im Herbst zu einem scharfen Einbruch in die bisher mühsam gehaltene „Front" von durchschnittlich zwei Millionen Arbeitslosen pro Jahr kommen könne. Die massiven Entlassungen in der Automobilindustrie, ein seit Mai wieder langsam ansteigender Monatsausweis über den Verlust an Arbeitsplätzen, die noch nicht kalkulierbaren Auswirkungen der Sanierungspolitik auf den Arbeitsmarkt und vor allem der dramatische Rückgang des Arbeitsplatzangebotes der Industrie und des Handwerks um 65 Prozent im laufenden Jahr lassen mit Sicherheit eine zusätzliche Zahl von 200 000 bis 250 000 Arbeitslosen bis zum Ende dieses Jahres erwarten.

Gegen die Aufgabe von insgesamt rund 8000 Arbeitsplätzen im Automobilkonzern Peugeot-Talbot wollen die beiden großen Linksgewerkschaften CGT und CFDP heute einen ganztägigen Streik in allen Werken der Gruppe durchführen. Dem Tag, an dem die Betriebsleitung dem zentralen Betriebsrat die genaue Höhe der zu Entlassenden und der vorzeitig in den Ruhestand zu versetzenden Betriebsmitglieder mitteilen will.

Schon am Dienstag war ein vierstündiger Warnstreik im Talbot-Werk Poissy bei Paris von fast 95 Prozent der 17 000 Mann starken Belegschaft befolgt worden. Die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften ist um so größer, als inzwischen auch größere Freisetzungen von Arbeitskräften bei Citroën in mindestens drei Pariser Werken anstehen. Man spricht von insgesamt 1500 Arbeitsplätzen, die abgebaut oder in Fabrikationsorte in Ostfrankreich und Spanien transferiert werden sollen.

Da die überwiegende Mehrheit der Automobilarbeiter in der Pariser Region von Gastarbeitern aus Nord- und Schwarzafrika gestellt werden, stellt sich auch für Frankreich immer drängender das Problem der Überfrachtung mit nichtfranzösischen Industriearbeitern. André Bergeron, der Führer der gemäßigten Gewerkschaft FO, trat am Dienstag bereits für eine „Plafonierung" der Gastarbeiterzahl auf die augenblickliche Höhe von vier Millionen ein.

Alle Gewerkschaften werfen den Werksleitungen der Automobilindustrie vor, sich nicht rechtzeitig auf neue Modelle eingestellt zu haben. Die Gewerkschaften fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn, die auch von dem sozialistischen Arbeitsminister Jean Auroux verfochten wird. Über eine Reduzierung auf zur Zeit 39 Stunden pro Woche aber ist man, hauptsächlich wegen des erbitterten Widerstandes des Patronats, bisher nicht hinausgekommen.

Die Zahl der Arbeitsplatzsuchenden ist im Juni saisonbereinigt leicht um 0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat angestiegen und liegt jetzt bei 2 038 100. Über das Jahr gesehen stieg die Arbeitslosenzahl von Juni 1982 bis Juni 1983 um nur 0,6 Prozent, was von dem kommunistischen Arbeitsbeschaffungsminister Jacques Ralite als „quasi null" bezeichnet wurde.

Sorge aber macht der Regierung, daß der Anstieg im Mai 1,3 Prozent betragen hatte und sich damit zum ersten Mal seit neun Monaten wieder eine ansteigende Tendenz bemerkbar machte. Noch besorgniserregender ist, daß die Job-Angebote seit Monaten zurückgehen und im Juni 1983 mit 42 600 um fast die Hälfte unter der Zahl von 1982 lagen.

US-INDUSTRIE

Zum ersten Mal seit 1945 schrumpften die Kapazitäten

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich der industrielle Anpassungsprozeß, ausgelöst durch zwei Rezessionen in drei Jahren, erheblich beschleunigt. Wie aus Untersuchungen hervorgeht, die dem Kongreß vorgelegt wurden, sind im vergangenen Jahr mehr als 600 Fabriken stillgelegt worden. Vernichtet wurden 250 000 Arbeitsplätze. Am härtesten betroffen war der Südosten, wo 169 Produktionsstätten geschlossen werden mußten.

Die Jobeinbußen in der Weiterverarbeitung werden für 1982 auf 16 Prozent veranschlagt. Interpretiert werden die strukturellen Veränderungen als „Beweis, daß die 1945 begonnene industrielle Ära zu Ende geht sowie ein Wandel im Investitionsmuster und bei der Standortwahl eingetreten ist". Vorbereitet werden im Kongreß langwierige Anhörungsverfahren über eine staatliche Industriepolitik, die den Anpassungsprozeß erleichtern solle. Maßnahmen, die Geld kosten und den Marktgesetzen zuwiderlaufen, werden aber noch von der Reagan-Administration abgelehnt.

Gestützt werden die ersten Datensammlungen der zuständigen Kongreßausschüsse durch die US-Notenbank. In ihrem Bericht über die Kapazitätsauslastung im Juni, in dem erstmals außer der Weiterverarbeitung die Versorgungsunternehmen und der Bergbau berücksichtigt werden, wird eine Verkleinerung der amerikanischen Produktionsbasis in den Bereichen Ölraffinierung, Automobile sowie Eisen und Stahl festgestellt. Geltend macht das Federal Reserve Board, daß es sich um die ersten Kapazitätsverluste seit dem Zweiten Weltkrieg handelt.

Nach Angaben des „Fed" schrumpft Amerikas Autoindustrie jährlich um etwa 0,3 Prozent, nachdem die Wachstumsrate in den 70er Jahren im Schnitt 3,5 Prozent ausmachte. Noch drastischer ist die Wende in der Mineralölindustrie, deren Verarbeitungssektor sich um 0,7 Prozent im Jahr verkleinert, nachdem er in der letzten Dekade jährlich um 3,7 Prozent ausgeweitet wurde.

Einem schnellen Schrumpfungsprozeß unterworfen ist die US-Eisen- und Stahlindustrie. Ihre Produktionsbasis verringert sich jedes Jahr um annähernd zwei Prozent. Folgt man dem Notenbankbericht, dann kann die Erzeugung mittels kleinerer Kapazitäten zwar effizienter und gewinnbringender sein. Bestätigt wird aber der langfristige Trend, wonach der internationale Wettbewerb, gekoppelt mit reduziertem Mineralölverbrauch, zu einer Annahme des amerikanischen Anteils an der Welt-Industrieproduktion führt.

Nach Angaben des „Fed" erreichte die Kapazitätsauslastung in der Weiterverarbeitung im Juni 74,4 (Mai: 73,8 revidiert) Prozent. In der Autoindustrie stieg sie von 64 auf 70,5 Prozent.

AUF EIN WORT





„Die Rodung des Vorschriftendschungels ist die unverzichtbare Voraussetzung für einen durchgreifenden und dauerhaften Aufschwung im Bauwesen."

Dr. Patrick Herbst, Präsident des Bundesverbandes Heizung Klima Sanitär (BHKS), Bonn

FOTO: DIE WELT

KABINETT

„Kohlerunde" neu angesetzt

HEINZ HECK, Bonn

Das Wirtschaftsministerium will für den 29. September zu einer neuen „Kohlerunde" einladen. Das gab Regierungssprecher Peter Boenisch nach der gestrigen Kabinettssitzung bekannt. Unter dem Eindruck der jüngsten Absatzschwierigkeiten hatte sich das Kabinett eingehend mit der Lage des Kohlebergbaus befaßt und die Zusicherung aus der letzten Kohlerunde vom 3. Dezember 1982 zur Unterstützung des Bergbaus wiederholt. Die Forderung, gerade aus Nordrhein-Westfalen, nach möglichst raschen Entscheidungen wurde jedoch abgelehnt, da die neuen Unternehmensplanungen erst nach der Sommerpause vorlägen. Weder wurde das Ausmaß der Überkapazitäten beziffert, noch über finanzielle Größenordnungen gesprochen.

Die Bundesregierung hat dem Bremer Senat Gespräche über Hilfen für die Werften des Stadtstaats angeboten. Bevor jedoch ein Gesprächstermin vereinbart werden soll, müsse ein ausreichendes Konzept aus Bremen vorliegen. Noch bevor sich abzeichnet, in welcher Weise der Bund den drei Bremer Großwerften Hilfe zukommen lassen könnte, haben die kleinen Werften „erhebliche Bedenken" angemeldet. Boenisch erinnerte daran, daß ein regionalpolitisches Sonderprogramm nicht nur der Zustimmung des Bundes, sondern auch der der Ländermehrheit bedürfe.

VIDEOGERÄTE

Verbraucher: Kritik an EG

WILHELM HADLER, Brüssel

Kritik an den mit Japan getroffenen Vereinbarungen über Videogeräte hat das Europäische Verbraucherbüro (BEUC) geäußert. Der Brüsseler Dachverband ist der Meinung, daß die von Tokio zugesagten Exportbeschränkungen auf eine Aufteilung der Märkte hinauslaufen und wegen der gleichzeitig vereinbarten Mindestpreise voll zu Lasten der europäischen Konsumenten gehen.

In der Stellungnahme heißt es, die japanischen Fabrikanten seien die hauptsächlichen Nutznießer dieses Arrangements, während die Verbraucherinteressen „schlicht und einfach ignoriert" worden seien. Die Zersplitterung des Gemeinschaftsmarktes werde auch künftig bestehen bleiben, wenn die EG-Kommission nicht handle.

Die Vereinbarung sieht für 1983 eine freiwillige Exportbegrenzung der Japaner auf 4,55 Millionen Geräte vor. In dieser Zahl sind auch 600 000 Bausätze enthalten, die in der Gemeinschaft zu marktfähigen Geräten montiert werden. Die Hersteller volleuropäischer Recorder sehen in den importierten Bausätzen anders als die Verbraucher eine Beeinträchtigung ihrer Wettbewerbspositionen. Hinter den Kulissen ist derzeit in Brüssel ein heftiges Gerangel darüber im Gange, ob zum Beispiel den in Berlin zusammengebauten Recordern ein EG-Ursprung erteilt werden soll.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

IWF: Gute Chancen für Weltkonjunktur

Washington (VWD) – Die Aussichten für eine wesentliche Besserung der Weltkonjunktur in den Jahren 1983 und 1984 sind „so gut wie schon lange nicht mehr", schreibt der Internationale Währungsfonds (IWF) in einem Vorabdruck seines „World Economic Outlook", der Ende Juli veröffentlicht wird. Gleichzeitig ruft der IWF jedoch zu großer Sorgfalt bei den geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen auf, um eine dauerhafte Erholung zu sichern. Der IWF begründet seinen Optimismus mit dem Nachgeben der Inflationsraten und Zinssätze sowie der Dämpfung der Ölpreise. Der IWF sagt für 1983 einen Anstieg des realen Bruttosozialproduktes in den Industrieländern um 1,5 Prozent voraus. Dabei wird das Wachstum in den USA während des Jahresverlaufs mit vier Prozent veranschlagt. Das reale Wachstum der Nicht-Öl-Entwicklungsländer wird für 1983 auf zwei bis 2,5 Prozent geschätzt.

Kritik am Mietrecht

Bonn (rei) – Der SPD-Wohnungsbauexperte Ernst Waltemathe hat dem von der Bundesregierung eingeführten neuen Mietrecht die Schuld gegeben, daß die Mieten mit rund sechs Prozent überdurchschnittlich gestiegen sind. Obwohl die Staffelmiete und die Zeitmietverträge nicht als Ursachen dafür angesehen werden, will die SPD nicht aufhören, dagegen anzugehen; Grund für die Mietpreissteigerungen seien vorwiegend das psychologische Klima und die Einführung der Kappungsgrenze von 30 Prozent.

Sowjets abgewiesen

Brüssel (Ha.) – Abgewiesen hat der Präsident des Europäischen Gerichtshofes das Ersuchen der sowjetischen Firma Raznoimport auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die EG-Kommission. Der Fall ist von Bedeutung, weil sich die Sowjets damit erstmals dieser Gemeinschaftsinstitution bedient haben, um einen gegen sie gerichteten Antidumping-Zoll auf Nickel abzuwehren.

Guter Wertpapierabsatz

Frankfurt (VWD) – Der Wertpapierabsatz in der Bundesrepublik Deutschland wird nach wie vor von den festverzinslichen dominiert, junge Aktien und Investmentzertifikate spielen eine untergeordnete Rolle. Wie die Deutsche Bundesbank mitteilt, begaben inländische Emittenten im Juni 1983 festverzinsliche Wertpapiere im Nominalwert von 21,0 Milliarden Mark, verglichen mit 18,8 Milliarden Mark im Vormonat und 15,7 Milliarden Mark vor einem Jahr. Nach Abzug der Tilgungen von 11,4 Milliarden ergab sich ein Netto-Absatz von 9,6 Milliarden Mark. Die öffentliche Hand hat im Juni ihre Emissionstätigkeit am Rentenmarkt auf 3,7 Milliarden Mark gegenüber 1,6 Milliarden Mark im Vormonat verstärkt.

Opec vereinbart Disziplin

Helsinki (AFP) – Die Vereinbarung einer strikten Preis- und Förderdisziplin ist das wichtigste Ergebnis der am Dienstagabend in Helsinki beendeten Halbjahreskonferenz der Organisation erdölexportierender Länder (Opec). Mehrere Länder – vor allem Nigeria, Kuwait, Iran, Ecuador und Irak – verpflichteten sich zur bedingungslosen Einhaltung des im März nach langem Ringen in London festgelegten Preis- und Quotengefüges, das sie vermutlich zeitweise durchbrochen hatten.

Leichte Umsatzsteigerung

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Touristikgeschäft in der Bundesrepublik ist trotz allgemeiner Rezession bisher noch relativ günstig verlaufen: Die Fachreisebüros in der Bundesrepublik weisen für das erste Halbjahr 1983 nach Berechnungen des Deutschen Reisebüros (DER) in Frankfurt mit plus 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine leichte Umsatzsteigerung auf; preisbereinigt sei aber weniger als vor Jahresfrist vermittelt worden.

Umschlag nimmt zu

Rotterdam (SAD) – Zum erstenmal seit längerer Zeit gibt die Umschlagstatistik für Rotterdam als wichtigstem Hafen Europas wieder Anlaß zu vorsichtigem Optimismus über eine leichte Belebung des Welthandels. Die jetzt veröffentlichten Zahlen für das zweite Quartal lassen eine Zunahme des Güterumschlags gegenüber dem ersten Quartal um 6,5 Prozent erkennen, wobei allerdings das Ergebnis für April bis Juni noch um 4,2 Prozent unter dem für die gleiche Periode des Vorjahres liegt.

Großauftrag nach Belgien

Brüssel (SAD) – Dem belgischen Konzern Bell Telephone ist es gelungen, besonders der französischen Konkurrenz einen Großauftrag der Volksrepublik China zur Modernisierung des Telefonnetzes im bevölkerungsreichsten Land der Erde wegzuschnappen. Die Abmachungen sehen zunächst die Lieferung von in Belgien gefertigtem Material für 100 000 Telefonanschlüsse in China vor. Hinzu kommt der Bau von zwei Werken für die Fabriken von Zubehör für ein modernes Fernsprechwesen in Peking und Shanghai.

DEUTSCHER AUSSENHANDEL

DIW: Belebung der Exporte ist noch nicht in Sicht

PETER WEERTZ, Berlin

Eine Exportbelebung ist nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) noch nicht in Sicht. Vor allem im Investitionsgüterbereich sind die Exportaufträge zurückgegangen. Als Grund hierfür nennt das Berliner Institut die labile Situation der Konjunktur bei den europäischen Handelspartnern. Gestiegen sind allerdings die Exporte bei Grundstoffen, Produktions- und Verbrauchsgütern. Insgesamt habe sich der Export in diesem Jahr bisher auf dem niedrigen Niveau des Sommers 1982 stabilisiert, schreibt das Konjunkturforschungs-Institut in seinem jüngsten Wochenbericht.

Wenn die Ausfuhr in der zweiten Jahreshälfte dennoch stabil bleibe, so sei dies auf die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und ihre größeren Exportanstrengungen zurückzuführen. Nur bei einer Belebung der Investitionskonjunktur im Ausland sei damit zu rechnen, daß der deutsche Export im zweiten Halbjahr auf ein flaches Wachstum einschwenke.

Für das Jahr 1983 insgesamt erwartet freilich das Berliner Institut in der Leistungsbilanz wieder einen Überschuß von 13 Milliarden Mark. Denn es sei damit zu rechnen, daß nich der reale Überschuß in der Handelsbilanz in den nächsten Monaten kaum verändere. Im Außenhandel mit der EG haben sich die Exporte nach Angaben des Instituts unterschiedlich entwickelt. Der Außenhandel mit Frankreich und Italien ist zurückgegangen, aber mit Großbritannien und den Niederlanden hat er zugenommen.

LAKER / Antitrustverfahren beginnt – Aussageverbot für britische Beklagte

Konkurrenten schickten Drohschreiben

H.-A. SIEBERT, Washington

Vor dem Bundesdistriktgericht in der US-Hauptstadt hat ein Antitrustverfahren begonnen, das manche Elemente einer Komödie enthält. Kläger ist der Brite Sir Freddie Laker, Beklagte sind die McDonnell Douglas Corp., General Electric, die Pan American World Airways, Trans World Airlines, British Airways, British Caledonian Airways, Swissair, Lufthansa, Sabena und KLM. Das Justizministerium in Washington ermittelt ebenfalls gegen alle Beteiligten, und zwar wegen des Verdachts einer Verschwörung gegen die amerikanischen Wettbewerbsgesetze.

Nach der Klage haben die großen Luftfahrtgesellschaften Freddie Lakers Billigfluglinie im Februar 1982 absichtlich in den Konkurs getrieben, um die lästige Konkurrenz loszuwerden und das alte, „künstlich erhöhte" Tarifniveau im Nordatlantikverkehr wiederherzustellen. Der geadelte „Skytrain"-Pionier flog zuletzt von England aus 40 amerikanische Städte an. Für die Strecke New York–London verlangte er statt 313 nur 115 Dollar.

Wie die Giganten der Luft Lakers Absturz arrangiert haben, stellen seine Anwälte so dar: Sie drohten der McDonnell Douglas Corp. und der General Electric Company mit der Streichung künftiger Flugzeugkäufe und anderer Kooperationsvereinbarungen, falls die dem finanzschwachen Außenseiter zu Hilfe kommen würden. Beide hatten der Laker Airways, gegründet 1977, Maschinen und Düsenmotoren auf Kredit verkauft und wollten, um die Fluglinie zu retten, 9,4 Millionen Dollar im Tausch gegen Laker-Aktien bereitstellen. Angesichts der Proteste winkten McDonnell Douglas und General Electric schließlich ab. Danach war Lakers Sturzflug nicht mehr aufzuhalten.

Sir Freddie fordert von den Beklagten Schadenersatz in Milliardenhöhe. Unbestritten zu sein scheint, daß die großen Fluggesellschaften Drohfernschreiben an McDonnell Douglas und General Electric geschickt haben. Sie haben jedoch den Vorwurf der Verschwörung mit dem Ziel, Lakers Geschäft zu torpedieren, zurückgewiesen. Ihnen sei es nur darauf angekommen, den traditionellen Unterschied zwischen Fluggesellschaften und Flugzeugbauern aufrechtzuerhalten.

Wütend reagierte der zuständige Richter Greene auf den Einspruch, die richterliche Zuständigkeit liege in London und nicht am Potomac. Gegen das Aussageverbot, das die Thatcher-Regierung britischen Beklagten erteilte, will Greene mit allen Mitteln vorgehen.

POLEN

Wirtschaft leicht erholt

rtr, **Warschau**

Die polnische Wirtschaft befindet sich offenbar auf dem Wege der Erholung. Nach einem Bericht der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP, der sich auf Zahlen des Statistischen Amtes (GUS) stützt, wurden im ersten Halbjahr 1983 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit bei der Industrieproduktion, der Produktivität und im Außenhandel bessere Ergebnisse erzielt.

Der Meldung zufolge wuchs der Absatz industrieller Erzeugnisse im Berichtszeitraum um 8,2 Prozent, wobei die Produktion je Beschäftigtem um 9,8 Prozent zunahm. Im Gegensatz dazu sei die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1982, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 1981, um 7,8 Prozent geschrumpft. Wie es in dem Bericht heißt, ist der Bestand an Rindern in der ersten Jahreshälfte um 5,4 Prozent auf 11,27 Millionen Stück geschrumpft. Beim Schweinebestand sei ein Rückgang um 20 Prozent auf 15,57 Millionen Tiere festgestellt worden. Im Export war laut PAP eine Steigerung um 16,9 Prozent und im Import um 18 Prozent zu verzeichnen. Dabei habe Polen im Handel mit kommunistischen Ländern ein Defizit von umgerechnet rund 80 Millionen Dollar und mit westlichen Staaten einen Überschuß von rund 650 Millionen Dollar erzielt.

NAMEN

August Hackert, langjähriger Präsident und Ehrenpräsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, ist am 17. Juli kurz vor Vollendung des 77. Lebensjahres gestorben.

Karsten Mahnkopf (40), derzeit alleiniger Geschäftsführer der Hoehn + Hoehn GmbH, Haan, übernimmt per 1. Januar 1984 den Vorsitz der Schulte + Dieckhoff GmbH, Horstmar.

Hans-Georg Appenzeller, Geschäftsführer der S & G Automobil-Gesellschaft Schoemperlen & Gast mbH & Co, Karlsruhe, ist zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein, Karlsruhe, als Nachfolger von **Dr. Hugo Rhein** gewählt worden. Die Amtsübergabe erfolgt im November 1983.

TOEPFER INTERNATIONAL / Nach dem Eintritt von Archer Daniels Midland amerikanisch beherrscht?

Im Übernahme-Konsortium bei Kampffmeyer

J. BRECH, **Hamburg**

Die Toepfer International GmbH, Hamburg, die weltweit mit Getreide, Futtermittel, Ölsaaten und Ölen handelt, hat sich an der früheren Mühlen-Gruppe der in Schwierigkeiten geratenen Firma E. Kampffmeyer beteiligt. Toepfer gehört zu dem Übernahme-Konsortium unter Federführung der DG-Bank, die 90 Prozent des Kapitals der Vereinigten Kunstmühlen Landshut-Rosenheim AG (VKL) hält. Die VKL wiederum hat im Zuge des von Kampffmeyer beantragten Vergleichsverfahrens sämtliche Anteile der Kampffmeyer Mühlen GmbH erworben.

In einer Mitteilung von Toepfer heißt es, daß damit für die früheren Kampffmeyer-Mühlen eine überzeugende Konzeption gefunden sei, die den Bestand der Betriebe und der rund 1200 Arbeitsplätze sichere. Die Beteiligung von Toepfer an der VKL wird als „angemessen" bezeichnet.

Die Toepfer International, die Ende 1979 durch das Herauslösen des gesamten Handelsgeschäfts aus der Toepfer-Gruppe und die gleichzeitige Aufnahme neuer Gesellschafter entstanden ist, hat bereits 1982 den Kreis ihrer Beteiligungen in Deutschland erweitert. Der Anstieg des in der Weltbilanz angegebenen Anlagevermögens (ohne Firmenwert) von 22,5 auf knapp 60 Mill. DM erklärt sich vor allem durch den Erwerb von 30 Prozent an der Ölmühle Hamburg AG, die Anfang dieses Monats durch Brand weitgehend zerstört worden ist. (Gesamtschaden fast 160 Mill. DM). Man hoffe, so heißt es, daß der Wiederaufbau unverzüglich beginne und die Produktion in einigen Monaten wiederaufgenommen werden könne. Die Ölmühle gehört seit Jahren zu den Spitzenverdienern im Hamburger Hafen.

Veränderungen im Aktionärskreis hat es 1981/82 freilich auch bei der Toepfer International GmbH selbst gegeben. Die Alfred C. Toepfer Verwaltungs-Gesellschaft mbH hat den überwiegenden Teil ihrer 50-Prozent-Beteiligung an die US-Gruppe Archer Daniels Midland Company, (ADM), Illinois/USA, verkauft. An der Toepfer International und ihrem um 20 auf 128,6 Mill. DM erhöhtem Gesamtkapital sind jetzt zu 50 Prozent die Intrade, eine Holding aus elf europäischen und amerikanischen Genossenschaften, die ADM mit knapp 50 und die Toepfer Verwaltungs GmbH mit dem verbleibenden kleineren Teil beteiligt. In der Verwaltungsgesellschaft hat Toepfer neben dieser Beteiligung die 1979 nicht ausgegliederten Bereiche Mischfutterproduktion, Landhandel, Schiffahrt und Bankgeschäft zusammengefaßt.

In dem mit konkreten Aussagen spärlich versehenen Überblick über das vergangene Geschäftsjahr tritt die nicht publizitätspflichtige Toepfer International der offenbar in der Branche weitverbreiteten Meinung entgegen, die Gesellschaft sei nach dem Eintritt der ADM amerikanisch beherrscht. Die Toepfer International GmbH mit ihrem Hauptsitz in Hamburg sei in erster Linie ein deutsches Unternehmen, heißt es, mit überwiegend deutschen Mitarbeitern (insgesamt 553) und einer deutschen Geschäftsführung. Zudem hätten in beiden übergeordneten Entscheidungsgremien – Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat – die europäischen Vertreter das Übergewicht. Aufsichtsratsvorsitzender ist allerdings der Amerikaner William W. Gaston.

Der Abschluß für das Berichtsjahr 1981/82 (30. November) wird in der Mitteilung als erfolgreich bezeichnet. Der konsolidierte Fremdumsatz ging zwar um 10 Prozent auf 9,7 Mrd. DM zurück, das Handelsvolumen lag mit gut 20 Mill. t jedoch etwas höher als im Vorjahr. Die Ertragslage hat sich nach Angaben von Toepfer verbessert und erlaubt eine erhöhte Ausschüttung an die Anteilseigner. Nähere Erklärungen werden nicht gemacht. Die Entwicklung in diesem Geschäftsjahr sei zufriedenstellend, wobei der weitere Verlauf angesichts hoher Getreideüberschüsse und geringer Nachfrage schwer einzuschätzen sei.

In der Weltbilanz gibt Toepfer das Umlaufvermögen mit 911 (584) und das Anlagevermögen mit 60 Mill. DM an. Nach Abzug von 816 (471) Mill. DM Verbindlichkeiten verbleiben 155 (136) Mill. DM Eigenmittel.

JUGOSLAWIEN / Finanzpaket über 4,5 Mrd. Dollar

Kredite westlicher Länder

AP, **Bern**

Wenn in den kommenden Wochen rund 600 Banken ein Kreditpaket für Jugoslawien ratifizieren, findet eine in Art und Umfang bisher einmalige Hilfsaktion von westlichen Regierungen, internationalen Organisationen und Banken zugunsten von Jugoslawien ihren erfolgreichen Abschluß. Maßgeblichen Anteil am Zustandekommen dieses 4,5-Milliarden-Dollar-Pakets hat die Schweiz.

Jugoslawien ist im Ausland mit rund 19 Milliarden Dollar verschuldet, hat aber im Gegensatz zu anderen Schuldnerländern in Osteuropa oder der Dritten Welt bisher noch keine Umschuldungsverhandlungen geführt. Auch das nun geschnürte Finanzpaket umfaßt keine generellen Umschuldungen, sondern besteht aus Finanz- und Exportkrediten, die zusammen mit von Belgrad verordneten drastischen internen Maßnahmen der jugoslawischen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen sollen. Entscheidend für das Zustandekommen des Hilfspakets, dem in westlichen Regierungskreisen auch aus geopolitischen Überlegungen große Bedeutung zugemessen wird, war nicht zuletzt die diplomatische Initiative der Schweiz, die in engster Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erfolgte.

Das Regierungspaket konnte bereits im Januar mit der Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding" geschnürt werden. Es umfaßt nach den Worten von Sommaruga Kredite für annähernd 1,4 Milliarden Dollar, und zwar meistens Exportkredite. Beteiligt sind Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und die USA. Von diesem Memorandum ausgehend sind, in der Zwischenzeit verschiedene bilaterale Abkommen mit Jugoslawien abgeschlossen worden und meist auch schon in Kraft getreten. Es seien bereits beträchtliche Gelder an Jugoslawien geflossen.

Neben dem Regierungspaket weist die Finanzhilfe drei weitere wichtige Säulen auf. Die erste ist eine Überbrückungsfinanzierung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel in der Größenordnung von 500 Millionen Dollar. 300 Millionen Dollar dieser Kredite mit Laufzeiten von sechs bis neun Monaten sind bereits ausgezahlt, während der Rest aus Gründen, die mit der Golddekkung als Sicherung zusammenhängen, vorläufig noch blockiert ist.

Die zweite Säule besteht aus einem Beistandskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie aus Infrastruktur-Krediten der Weltbank. Die dritte Säule ist ein Zwei-Milliarden-Dollar-Kreditpaket der Geschäftsbanken, das in diesen Tagen ausgehandelt worden ist und derzeit bei den rund 600 beteiligten Banken ratifiziert wird. Dieser Prozeß sollte nach den Informationen von Sommaruga bis Ende August abgeschlossen sein.

SCHULDENKRISE / BIZ beschränkt sich auf kurzfristige Überbrückung – Brasilien will neuen Bankkredit

Währungsfonds wird in die Führungsrolle gedrängt

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die internationale Schuldenkrise, im August vorigen Jahres durch Mexiko ausgelöst, zieht weitere Kreise. Die Umschuldungsverhandlungen mit mehreren Staaten machen in diesen Tagen wieder Schlagzeilen, wie dies jetzt vor allem der Fall Brasilien zeigt. Ekkehard Storck, Geschäftsführer der Deutsche Bank Compagnie Financiere, Luxemburg, schätzt, daß bereits über 40 Länder mit einer Gesamtverschuldung von mehr als 400 Milliarden Dollar ihre Kredite umschulden, Umschuldungsverhandlungnen aufnehmen, beantragen mußten oder erhebliche Zahlungsrückstände aufweisen.

Insgesamt wuchs der Schuldenberg der Entwicklungsländer und des Ostblocks von 1971 bis 1982 von 100 auf 750 Milliarden Dollar (1,88 Billionen Mark). Brasilien ist mit knapp 90 Milliarden Dollar Auslandsschulden volumenmäßig das größte Problemland.

Ermutigt durch die mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vorläufig erzielte Einigung, wird die brasilianische Regierung noch in dieser Woche bei ihren internationalen Gläubigerbanken einen Kredit in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar beantragen, erklärte jetzt der Sprecher der brasilianischen Notenbank. Zentralbankpräsident Carlos Langoni ist zu Verhandlungen mit der US-Regierung, der Weltbank und den Gläubigerbanken in die USA gereist.

In Brasilia wird damit gerechnet, daß die an sich fällige zweite Kreditlinie des IWF in Höhe von 411 Millionen Dollar erst gegen Ende des kommenden Monats ausgezahlt werden kann. Davon hängt die Rückzahlung einer bereits dreimal gestundeten Rate von 400 Millionen Dollar an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel ab.

In den jüngsten Verhandlungen mit dem IWF soll sich Brasilien zur Drosselung der Inflation auf 130 Prozent in diesem Jahr sowie zu einer drastischen Kontrolle der öffentlichen Verschuldung verpflichtet haben. Die Verschuldungsgrenze wurde vom IWF dem Vernehmen nach mit 18,5 Billionen Cruzeiros (86 Milliarden Mark) festgesetzt.

Bei den Kreditverhandlungen der westlichen Zentralbanken mit den großen Schuldnerländern, wie jetzt mit Brasilien, ist die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel ins Rampenlicht gerückt. BIZ-Präsident Fritz Leutwiler wies jedoch erst kürzlich auf die Grenzen der BIZ hin: Der Einsatz der BIZ-Mittel im Rahmen der Umschuldungsvereinbarungen dürfe nicht zur Regel werden und könne nicht als Teil der „Hilfspakete" betrachtet werden. Die BIZ könne nur in einer Krisensituation kurzfristige Überbrückung bieten.

Der Vorteil der BIZ in dieser Rolle liegt nach Ansicht von Beobachtern darin, daß sie als Agent der beteiligten Notenbanken in extremen Fällen rasch und unbürokratisch eingreifen kann. Die Führungsrolle bei den Umschuldungen wird aber immer mehr dem IWF übertragen, da der Fonds wirtschafts- und währungspolitische Auflagen für den notwendigen Anpassungsprozeß machen kann. Nur unter diesen Bedingungen sind zur Zeit die Geschäftsbanken bereit, den Problemländern noch neue Kredite zu gewähren.

Was diese Auflagen bei der Gewährung von IWF-Krediten anbelangt, sind in letzter Zeit zunehmend Zweifel aufgekommen. Als Vorbilder werden hier lediglich die Türkei und Indonesien mit erfolgreichen Umschuldungsaktionen genannt. Jetzt gerät der IWF bei den zugespitzten Problemsituationen mehrerer Länder in ein Dilemma: Bleibt er bei seinen bisher harten Auflagen zur Sanierung der Volkswirtschaften, dann drohen in einigen Ländern politische und soziale Unruhen. Duldet er stillschweigend ein Nichteinhalten, so könnte diese wichtigste Währungsinstitution der Welt unglaubwürdig werden und die in ihrer Kreditgewährung auf IWF-Auflagen vertrauenden Banken in Bedrängnis bringen.

SLOMAN NEPTUN / Keine Dividende

Spezialschiff auf Eis gelegt

W. WESSENDORF, **Bremen**

Die Sloman Neptun Schiffahrts-AG, Bremen, ist „in keiner Form zufrieden" mit dem Geschäftsjahr 1982, auch für 1983 sei „kein Silberstreifen am Horizont zu sehen". Die stark diversifizierte Reederei legte ein ausgeglichenes Ergebnis vor, das keine Dividende zuläßt. Die Aktionäre hatten seit 1977 nur im vergangenen Jahr einen 10prozentigen Gewinnanteil bezogen.

Die schlechte Ertragslage betreffe alle Fahrtgebiete des Schiffahrtsunternehmens, aber „die Skandinavienfahrt ist unser Sorgenkind" sagte Vorstandsmitglied Jürgen Willhöft. Der gesamte nordgehende Verkehr sei stark zurückgegangen, auch die Mittelmeerfahrt melde schlechte Ergebnisse. Libyen, das von allen Reedereien am meisten von Sloman Neptun angelaufen wird, habe seine Importe gedrosselt. Seit Mai sei zwar eine Trendwende zu verzeichnen, aber die Tageskosten würden noch immer nicht gedeckt.

Die Gastankfahrt habe durch weitere Verminderung des Ladungsangebots und einen verstärkten Tonnage-Überangebot seit Jahren wieder einen Verlust verbucht, entgegen den Erwartungen hat sich auch die Ertragslage in Westafrika verschlechtert. Die Schwergutfahrt sei zusammengebrochen, deshalb wurden die Pläne für ein neues Spezialschiff „vorläufig auf Eis gelegt". Die Bundesmittel für das 50-Millionen-Projekt, das auf einer deutschen Werft hätte gebaut werden sollen, sind laut Vorstand inzwischen zurückgegeben worden.

Der Gesamtumsatz einschließlich der Erlöse aus den Nebenbetrieben beliefe sich auf 182,4 (184,5) Mill. DM, davon entfielen auf die Europafahrt 59,6 (65,3) Mill. DM, das entspricht 33 Prozent des Umsatzes. Die Westafrika- und Trampfahrt verbuchte 54,3 (46,8) Mill. DM, das machte fast ein Drittel des Umsatzes aus. Der Anteil der Gastankfahrt beträgt mit 28,1 (33,0) Mill. DM 15 Prozent, die Schwergutfahrt mit 14,2 (10,2) noch 8 Prozent und die Vermessungs-Schiffahrt mit 10,8 (8,2) Mill. DM 6 Prozent. Die übrigen Geschäftszweige wie Container, Schiffsausrüstung und Stauereien erbrachten 15,4 (20,6) Mill. DM.

ZANDERS FEINPAPIERE / Sieben Prozent Eigenkapitalrendite

Bald kommt der Schritt an die Börse

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Mit „hervorragend" und ähnlich schönen Vokabeln, kündigt Vorstandsvorsitzender Peter Dauscha für die Zanders Feinpapier AG, Bergisch Gladbach, schon jetzt das Jahresergebnis 1983 an. Für mindestens 10 Prozent Dividende auf das der Gründerfamilie gehörende Aktienkapital von 40 Mill. DM, das zuletzt für 1980 mit 6 Prozent bedient wurde, werde es allemal reichen.

Und deutlich näher (wenngleich nicht mehr für 1983) rücke nun der Zeitpunkt, da das 154 Jahre alte Familienunternehmen aus der vor drei Jahren vollzogenen Umwandlung von der GmbH & Co. in die Aktiengesellschaft auch den Sinn des Rechtsformwandels erfülle: Den Gang an die Börse mit Aufnahme von (Minderheits-)Privataktionären. Man wird das, und die Zinslage spricht schon längst dafür, mit der Ablösung jener vor drei Jahren auf 40 Mill. DM verdoppelten „Einlage stiller Gesellschafter" kombinieren, die zum kleineren Teil aus der Familie und mit dem Gros aus dem Kapital der Deutschen Bank stammten und die auch für 1982 vertragsgemäß mit 5,6 Mill. DM oder 14 Prozent „Gewinnanteil" bedient wurden.

Daß man auch mit der heute exorbitant anmutenden Verzinsung dieser einst dankbar begrüßten Risikokapital-Einlage der „stillen Gesellschafter" 1982 nicht in die roten Zahlen geriet, wertet der Vorstand offensichtlich zu Recht als Erfolg seiner selbstbewußt auf Produktqualität statt Preiskampf ausgerichteten Strategie. Der „Papier-Spezialist" Zanders, der auf seinen Produktfeldern (Kunstdruck- und gußgestrichene Papiere und Kartons, Wasserzeichenpapiere und chemisch selbstdurchschreibende Papiere) deutscher Marktführer ist, hat das für die Branche flaue Jahr 1982 besser als die meisten Papierproduzenten überstanden.

Zwar ging durch Abstinenz von der bei vielen Konkurrenten befolgten Taktik der „unsinnigen Preiskämpfe" der Inlandsabsatz um 5,3 Prozent auf 113 400 t zurück. Doch den Ausgleich brachte ein noch über dem Branchendurchschnitt liegender Absatzerfolg auf den Auslandsmärkten, unter denen sich zumal der US-Markt rasant voranentwickelt. Der Brutto-Cash-flow (vor Steuern) besserte sich sogar auf 8,6 (8) Prozent des Umsatzes. Für Aktienkapital und stille Gesellschaftereinlage zusammen habe man mit der Gewinnauskehr an letztere immerhin noch 7 Prozent Eigenkapitalrendite erreicht. „Wer hat das schon in der deutschen Papierindustrie?"

Weit besser sieht der Vorstand 1983. Wiederaufstockung der Verbraucherläger und „Antizyklisches" in der Werbebranche lassen für Zanders Steigerungen von je 10 Prozent in Umsatz und Absatz erwarten. Jetzt ernte man den Lohn des Verzichts auf Preisschleuderei. Und auch den Lohn der im Zeitraum 1979/82 auch zwecks Kapazitätserweiterung antizyklisch hochgetriebenen Investitionen von 207 Mill. DM bei 143 Mill. DM Abschreibungen. Der Brutto-Cashflow werde zwischen 10 und 12 Prozent liegen. Die Investitionen wird Zanders nun für 1983 auf 11 Mill. DM zurücknehmen. Die nicht nur durch Zukauf der von Konkurs bedrohten Neumühl-Kapazität in Düren vergrößerte Belegschaft soll stabil bleiben.

Zanders	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	667	+ 8,7
Exportanteil (%)	47,0	(43,4)
Absatz (1000 t)	202	+ 2,9
Beschäftigte*)	3681	+ 7,2
Sachinvestitionen	52,1	+31,6
Abschreibungen	32,7	– 4,1
Jahresüberschuß	0,3	(0,2)

* Jahresdurchschnitt

Weniger Wachstum bei Staedtler-Mars

dpa/VWD, **Nürnberg**

Die Staedtler Mars GmbH & Co., Nürnberg, Hersteller von Schreibgeräten, rechnet für das Geschäftsjahr 1983 mit einem nur geringfügigen Umsatzwachstum, nachdem sich die Gruppenumsätze (einschließlich der Innenumsätze) 1982 lediglich um 1,7 (18) Prozent auf rund 364 (360) Mill. DM erhöht hatten. Trotz einer spürbaren Verminderung der Zinsaufwendungen habe sich die Ertragslage 1982 nach einer Verbesserung im Vorjahr „geringfügig" verschlechtert, erklärte Geschäftsführer Kurt Ebert.

In Sachanlagen wurden 1982 weltweit rund 10 (14,7) Mill. DM, davon wiederum rund zwei Drittel im Inland, investiert. Die Preise für Bleistifte, bei denen das Unternehmen nach eigenen Angaben Marktführer in Europa ist, werden nach Angaben von Ebert in absehbarer Zeit nicht steigen. Nach wie vor hält Staedtler bei der Bleistift-Fertigung an kalifornischem Zedernholz fest. Versuche, Bleistifte in Kunststoff gefaßt zu bringen, seien vom Verbraucher nicht akzeptiert worden. Der Personalstand von gegenwärtig rund 3180 Mitarbeitern – davon die Hälfte im Inland – soll 1983 gehalten werden.

BEKLEIDUNGSWERKE BECKER

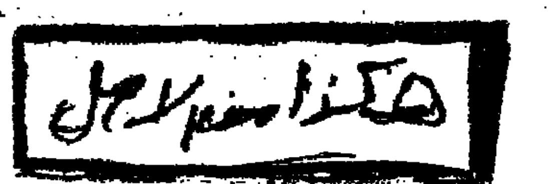
Ende der Verlustphase

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Die im Bekleidungssektor tätige Becker-Firmengruppe, Stuttgart, peilt nach einer Verlustphase für das Geschäftsjahr 1983 wieder schwarze Zahlen an. Wie mitgeteilt wird, sei das Unternehmensergebnis in der ersten Jahreshälfte ausgeglichen. Nochmals abgebaut wurde in dieser Zeitspanne die Belegschaft, um 150 auf nunmehr 1760 Mitarbeiter. Ende 1980 zählte die Gruppe noch über 2650 Mitarbeiter. Der Umsatz des ersten Halbjahres liege mit 146 Mill. DM (bei 20 Prozent Exportanteil) auf der Höhe des Vorjahres. Leicht erhöht hat sich der Auftragsbestand zur Herbst-/Wintersaison. Er stelle die Auslastung der in- und ausländischen Produktionsstätten für die nächsten Monate sicher.

In 1982 erzielte die Becker-Gruppe einen Umsatz von 297 Mill. DM und lag damit auf Vorjahresniveau. Zugleich wurde der Abwärtstrend der letzten Jahre gestoppt. Bewegung gab es in den einzelnen Produktgruppen: Bei gleichgebliebenem Umsatz im Bereich der Damenoberbekleidung (44 Prozent Umsatzanteil) wurden die Umsatzrückgänge bei Herrenfreizeit- und Kinderkleidung (zusammen 13 Prozent Anteil) durch Zuwächse in der Wäschesparte (43 Prozent Anteil) kompensiert.

Alle Kostensenkungsmaßnahmen reichten freilich nicht aus, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Es wird ein Jahresfehlbetrag von 4,9 (5,4) Mill. DM ausgewiesen, woraus sich einschließlich Vortrag ein Konzernverlust von 15,3 Mill. DM ergibt. Investiert wurden nur noch 1 (2,4) Mill. DM bei 2,8 (4) Mill. DM Abschreibungen. Die Gruppe kommt immerhin noch auf eine Eigenkapitalquote von 32 Prozent.



LFA BAYERN / Jaumann „wehrt den Anfängen"

Fusion ist Spekulation

DANKWARD SEITZ, München

„Wehret den Anfängen!" Mit dieser knappen, aber vielsagenden Antwort des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann dürften wohl alle Spekulationen um eine mögliche Fusion der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) mit der Bayerischen Landesbank im Keim erstickt worden sein. In den letzten Tagen war im Finanzministerium ein „nichtoffizielles Papier" eingegangen, „dessen Urheber nicht bekannt", wohl aber in den Reihen der Landesbank zu suchen ist, in dem die Fusion vorgeschlagen wird.

Offen sprach sich Jaumann dafür aus, „gegen alle Bestrebungen Front zu machen", die LfA in ein solch „monströses Gebilde" einzubringen. Eine Fusion beider Institute bringe die LfA in ihren Beziehungen zu allen anderen Geschäftsbanken in „erhebliche Konflikte". Eigenständigkeit und Wettbewerbsneutralität seien aber die besten Voraussetzungen für die LfA in ihrer Aufgabe, als neutrales staatliches Sonderkreditinstitut allen bayerischen Unternehmen über jede frei zu wählende Hausbank gleich guten Zugang zu öffentlichen Finanzierungshilfen zu bieten.

Die Spekulationen, warum in diesem Papier eine Fusion angeregt wird, reichen von Bilanzsummen-Zukauf bis hin zur Ertragsstärkung. Die LfA konnte im Rezessionsjahr 1982, wie ihr Präsident Heinz Artmann vor der Presse in München mitteilte, ihr Geschäftsvolumen um 7 Prozent auf 14 Mrd. DM und die Bilanzsumme um 8 Prozent auf 12 Mrd. DM ausweiten. Dabei wurde ein Gewinn von 30,1 (28,2) Mill. DM erzielt, von dem 7,5 Mill. DM den Rücklagen zugewiesen und 22,5 an den Freistaat Bayern abgeführt wurden.

Insgesamt wurden 1982 im Rahmen der Wirtschaftsförderung rund 7000 (8000) Darlehen über 1,1 (1,0) Mrd. DM bewilligt. Mit 6200 (7000) Zusagen über 460 (465) Mill. DM überwog das Programm für den Mittelstand deutlich vor dem mit regionalpolitischer Zielsetzung, für das 294 (455) Darlehen über 337 (380) Mill. DM bewilligt wurden.

Im ersten Halbjahr 1983 blieb die Investitionstätigkeit, so Artmann, hinter den Erwartungen zurück, da bei vielen Unternehmen noch ein erheblicher Konsolidierungsbedarf besteht. Durch verschiedene Verbesserungen im Mittelstandskreditprogramm sei aber gerade hier das Darlehensvolumen per Ende Juni um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

FRIED. KRUPP / Stahl- und Werftprobleme noch im Lösungsansatz – Durststrecke beim Anlagenbau

Echter Aufschwung kommt erst im nächsten Jahr

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Die Wachstumschancen des Konzerns liegen im Anlagen- und noch mehr im Maschinenbau, daneben in der Ausdehnung seiner Handelsaktivitäten. Ein „Finanzkonzern", der Beteiligungen je nach kurzfristiger Erfolgs- oder Mißerfolgsrechnung kauft und verkauft, wolle man beileibe nicht werden. Im aktuellen Geschäft ist es leider noch Theorie, was Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der nun reinen Holding Fried. Krupp GmbH, Essen, für die Zukunft dieses Traditionskonzerns zu sagen hat.

Der Auftragseingang zeigt es deutlich. Er fiel 1982 um 14 Prozent auf 16,2 Mrd. DM zurück. Dem folgte im ersten Halbjahr 1983 ein weiteres Minus von sieben Prozent auf 7,7 Mrd. DM. Auf der Durststrecke liegt dabei besonders der Industrieanlagenbau, der schon 1982 im Gegensatz zu seinem (abrechnungsbedingt) hohen Umsatzplus mit 3,8 Mrd. DM um 40 Prozent weniger Aufträge als 1981 buchte und nun im ersten Halbjahr 1983 eine Halbierung seines Auftragseingangs gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 1,1 Mrd. DM erlebte. Neben Kurzarbeit steht jetzt auch „Personalanpassung" auf dem Programm – allerdings keinerlei Abstriche an der Palette des in diesem Geschäft zu den größten deutschen Anbietern zählenden Konzerns. Ein Zeichen der Zuversicht.

Konzernchef Scheider sieht „erste deutliche Anzeichen" für eine Konjunkturbelebung in den Industrieländern. Das werde jedoch 1983 bei leicht steigendem Konzernumsatz wohl nur zum gleichen Gesamtauftragseingang wie 1982 führen. Eine „deutlichere Belebung" erwarte man erst für 1984. Und für 1983 als Konzernertrag, bei aller heute notwendigen Prognosevorsicht, mit Blick auf nochmalige Verluste in den Konzernbereichen Stahl und Schiffbau schwerlich nennenswert Besseres als 1982.

Es reichte bei der Holding auch 1982 wiederum nur zu einem ausgeglichenen Ergebnis und zur „Mindestdotation" an die beiden Eigentümer von 700 Mill. DM Stammkapital: 5 Mill. DM für die gemeinnützige Krupp-Stiftung (75 Prozent des Kapitals) und 1,7 Mill. DM für den mitbeteiligten Iran. Im Orkus des immer noch ungelösten Stahlproblems verschwanden 128 Mill. DM Gewinne aus den „zukunftsträchtigen" Bereichen Anlagen- und Maschinenbau.

Herausragende „Bilanzoperation" dabei: Auch mit Rücklagenreduzierung auf 735 (896) Mill. DM hat die Holding den Buchwert ihrer 70-Prozent-Beteiligung an 573 Mill. DM Grundkapital der Krupp Stahl AG wegen der langen Ertragslosigkeit auf 249 Mill. DM halbiert – und damit sogar noch unter den Börsenkurs gebracht. Selbst nach diesem Vormarsch zu „illusionslosen Bilanzansätzen" (Finanzchef Alfred Lukac) behielt der Konzern eine unveränderte Eigenkapitalquote von 22 Prozent an 10,5 Mrd. DM Bilanzvolumen und mit 780 (654) Mill. DM flüssigen Mitteln eine auch für neue Taten taugliche Manövriermasse.

Vor dem Manövrieren steht freilich noch das Sanieren. Drei Probleme hat die Konzernführung vordringlich zu lösen. Und nur das erste ist relativ leicht.

● Statt einer branchenüblichen Gewinnmarge von etwa einem Prozent des Milliarden-Umsatzes brachte der Krupp-Handel 1982 nur ein Null-Ergebnis. Etwa 60 Mill. DM Verluste mußten aus dem (nun stark reduzierten) US-Stahlhandel und aus dem (erst ab 1983 wieder florierenden) „Haustechnik"-Handel verdaut werden.

● Die Bremer Werft-Tochter AG „Weser" reduzierte zwar 1982 aus 751 (621) Mill. DM Umsatz ihren Verlust auf 8 (87) Mill. DM, bleibt aber fürs Überleben auf die Fusion aller Bremer Werften angewiesen. Bei diesem derzeit in der politischen Entscheidungsphase steckenden Sanierungskonzept will die Krupp-Holding ihren räsonablen „Eigentümerbeitrag" leisten.

● Weit differenzierter klingt in diesem Punkt Schneiders Kommentar zum Stand der Kruppschen Stahlfusionsverhandlungen mit Thyssen: Kein „Eigentümerbeitrag" der Holding, weil er zu groß wäre. Aber jede Menge Zuversicht, daß diese Fusion für beide Konzerne der weitaus beste Weg in eine bessere Stahl-Zukunft wäre. Ob und wann es dazu kommt, beantwortet Scheider dilatorisch. Die „Sommerpause" werde auf jeden Fall darüber hinweggehen.

Krupp-Konzern	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)[1]	18 758	+ 11,6
dav. Stahl	5 788	– 4,9
Anlagenbau	3 419	+ 15,5
Maschinenbau	2 605	+ 10,9
Handel	6 195	+ 29,1
Außenumsatz	16 720	+ 12,7
Auslandsanteil (%)[2]	43,2	(37,7)
Beschäftigte	78 201	– 4,9
Gesamtinvestitionen	494	– 21,1
Sachinvestitionen	474	– 19,0
Abschreibungen	460	+ 0,2
Netto-Cash-flow	320	– 15,1
Ausgewies. Ergebnis	0,4	(–37,4)

1) Weltumsatz mit 2038 (1973) Mill. DM Innenumsätzen. 2) Darin 1,63 (1,62) Mrd. DM von Auslandstöchtern

ADIG

Ausschüttungen werden gekürzt

rtr, München

Die Adig Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München, kürzt die Gesamtausschüttung an die Kunden ihrer neun Fonds für das abgelaufene Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) von 423,2 auf 416,6 Mill. DM.

Wie die Gesellschaft weiter mitteilte, werden nur für zwei Fonds, nämlich für Adirenta und Adiverba, die Ausschüttungen erhöht, für die übrigen dagegen reduziert. Die Anleger des Rentenfonds Adirenta erhalten danach am 1. August 1,80 (1,75) DM je Anteil, die des Dienstleistungs-Fonds Adiverba 2,00 (1,85) DM.

Für die übrigen Fonds werden die Ausschüttungen dagegen gekürzt, und zwar für Adifonds auf 1,45 (1,70) DM, Adiropa 1,15 (1,60) DM, Fondak 1,30 (1,65) DM, Fondis 1,05 (1,15) DM, Fondra 3,95 (4,25) DM, Gotharent-Adig 6,90 (7,15) DM und Plusfonds 2,30 (2,40) DM. Für die Wiederanlage der Ausschüttung bietet Adig bis Ende September bei den Rentenfonds zwei Prozent Rabatt, bei den Aktien- und gemischten Fonds drei Prozent.

Dorint-Hotels auf Wachstumskurs

Py. Düsseldorf

Die Dorint Hotelgesellschaft mbH, Mönchengladbach, liegt weiter auf Expansionskurs. Seit Jahresbeginn hat die Hotelkette sechs weitere Hotels und Aparthotels im In- und Ausland angegliedert. Die Zahl der Dorint-Häuser hat sich damit auf 23 mit insgesamt 5908 Betten erhöht.

Zu den neuen Häusern der zweitgrößten deutschen Hotelgruppe gehören im Ausland die Aparthotels in Engelberg (Zentralschweiz) und Knokke an der belgischen Nordseeküste. Damit verfügt Dorint jetzt über vier Häuser im Ausland.

Nicht erfüllt haben sich bis jetzt die für das Jahr 1983 gehegten Umsatzerwartungen. Bis zur Jahresmitte stieg der Umsatz auf 31 (28) Mill. DM. Geschäftsführer Günter Mergel zeigt sich zwar mit dem „touristischen Sommer" zufrieden, nicht jedoch mit dem hart umkämpften Tagungsmarkt. Deutliche Einbrüche gab es beim Kurbetrieb der vier Kurhotels. Insgesamt versuche man, mit Preisnachlässen und Pauschalangeboten für eine gute Auslastung zu sorgen.

MUSTANG / Schärferer Wettbewerb

Jeans-Absatz stagniert

WERNER NEITZEL, Künzelsau

Der Markt für Jeans, der sich jahrelang hoher Wachstumsraten erfreute, tritt in letzter Zeit auf der Stelle. In 1982 haben die Bundesbürger nur wieder etwa 60 Mill. Jeans gekauft. Die Zahl der Anbieter erhöhte sich hierzulande auf etwa 300, der Wettbewerb verschärfte sich damit weiter.

Als größter deutscher Hersteller hat das Familienunternehmen Mustang Bekleidungswerke GmbH + Co., Künzelsau, mit einem Marktanteil von (geschätzt) 5 bis 6 Prozent hinter den Multis Levi's und Wrangler seine Position gefestigt. Nach einem flotten Geschäftsgang in der ersten Jahreshälfte 1982 ließ die Nachfrage im zweiten Halbjahr nach, so daß lediglich eine Umsatzsteigerung um 1,7 Prozent auf 150,3 Mill. DM heraussprang. Der Exportanteil am Umsatz verringerte sich auf 19,2 (20,4) Prozent. Veränderungen gab es unter den einzelnen Produktgruppen: Während sich Denim-Jeans in etwa gleichem Rahmen hielten, sackte der Absatz von Jeans aus Cord um über 27 Prozent ab. Stark im Vormarsch befinden sich hingegen Jeans aus Flachgeweben mit einer Steigerungsrate von fast 48 Prozent.

Einen großen Schritt nach vorn tat Mustang mit seiner französischen Vertriebstochter. Dort erhöhte sich der Umsatz 1982 um 62 Prozent auf über 12 Mill. Franc, für das laufende Jahr zeichnet sich bisher eine Steigerung auf mehr als das Doppelte ab. Bei der Rendite habe man besser als der Durchschnitt der Branche abgeschnitten.

Der Stagnation im Absatz begegnet man bei Mustang nach Worten des geschäftsführenden Gesellschafters Alfred Sefranek mit Ruhe und Gelassenheit. Nach wie vor gelte der Grundsatz, daß Rendite vor Umsatz gehe. Mit dem erreichten Automatisierungsgrad in der Produktion sieht sich Mustang in einer günstigen Ausgangslage.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Peter Otto Laudahn; **Bergisch Gladbach:** Frau Gabriele Lanz; **Celle:** Verbraucherdienst Ges. f. Lieferanten- u. Handwerkernachweis mbH; **Düsseldorf:** Arnolds Beteiligungsges. mbH; Interco Deutschland GmbH, Ratingen; Bruno Segrodnik Tiefbau-Ausschachtungen u. Baumaschinenvermietung GmbH & Co. KG; Dr.-Ing. Lautenbach Nachf., Straßen- u. Tiefbau Ges. mbH; Tillmanns & Maier GmbH, Velbert; **Duisburg:** Thermoplan, Hartmut B. Ewert KG, Mülheim (Ruhr); Thermoplan Ewert Licht- u. Deckentechnik GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; **Hannover:** Wilfried Hake, Kaufmann; **Köln:** Nachl. d. Horst Günter Schön; **Lörrach:** Stara-Werke GmbH; **München:** Nachl. d. Karl Ziegler, Kontrolleur; **Rosenheim:** Inntal Estrich GmbH, Edling; **St. Ingbert:** M. B. U. Metallbau-Bedarf-Unternehmen Handelsges. mbH, Mandelbachtal, Ormesheim; **Stuttgart:** ROKA Malerarbeiten, Heizungsmontagen GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Königstein/Ts.: Anlagen- u. Investitionsges. mbH.

Vergleich beantragt: Augsburg: Wöchnerinnenheim Augsburg e. V.; **Heilbronn (Neckar):** Lauser GmbH, Internat. Spedition; **Paderborn:** Georg Hoppe, Haaren.

C & A BRENNINKMEYER / Im Vergleich zum Textilhandel „nicht unzufrieden"

Expansion aus eigener Finanzkraft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

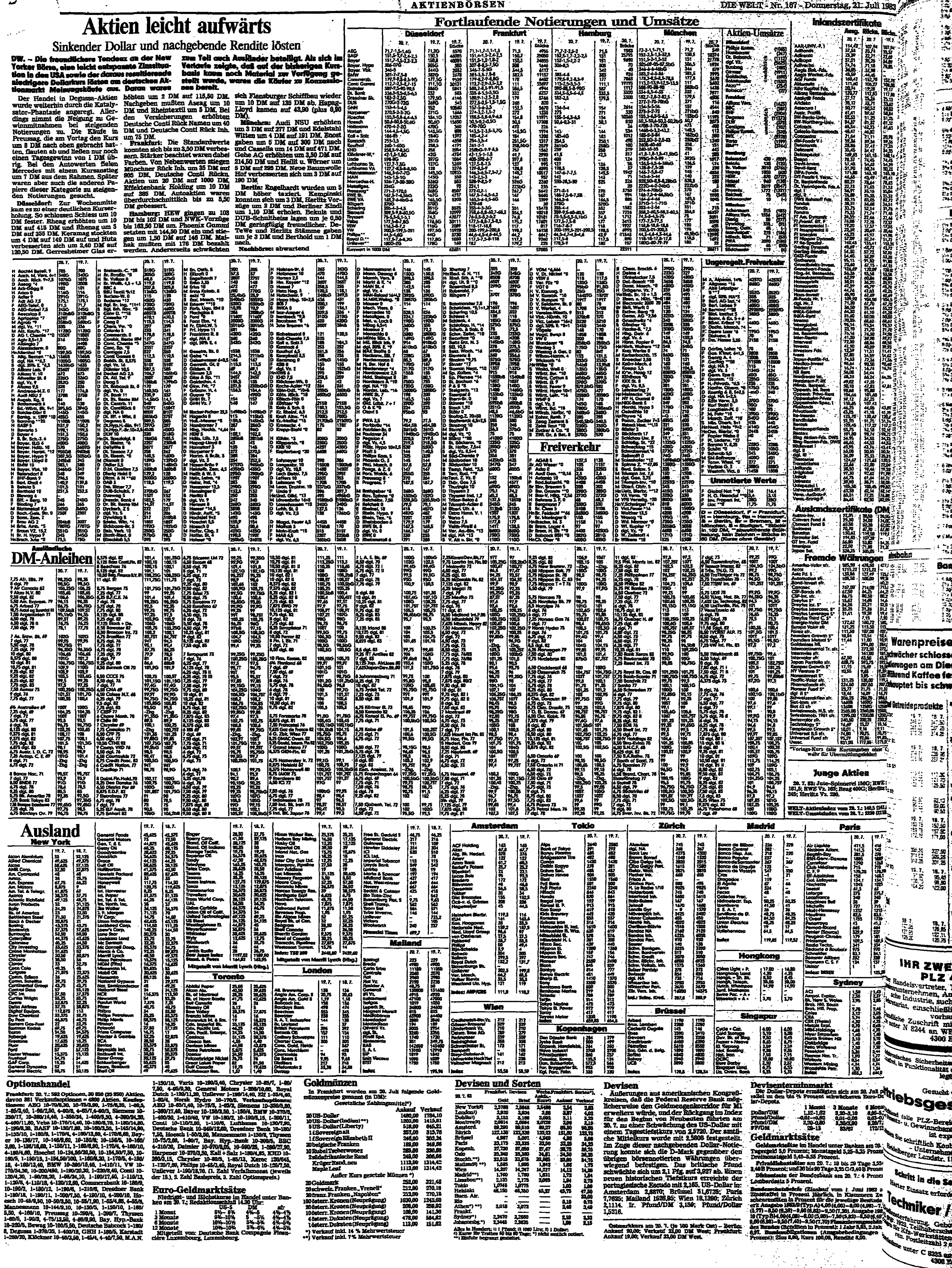
Schweigsam wie gewohnt und nur millimeterweit über die gesetzliche Publizitätserfordernis hinausgehend, präsentiert der größte deutsche Bekleidungsfilialist C & A Brenninkmeyer KG, Düsseldorf, seinen Abschluß für 1982. Auffälligste Daten: Trotz Erweiterung der Filialenzahl um abermals 4 auf nun 123 (Limburg, Worms, Euskirchen und Neumünster kamen hinzu) ging der Umsatz (mit Mehrwertsteuer) leicht auf 6,23 (6,25) Mrd. DM zurück. Stärker noch schrumpfte (vor Abzug der rund 60prozentigen Gesellschafter-Steuerbelastung) der Jahresüberschuß auf 179 (201) Mill. DM.

Man sei, so lautet auf Anfrage der karge Kommentar aus dem Hause Brenninkmeyer, mit diesen Umsatz- und Ertragsergebnissen angesichts der Generallage in Wirtschaft und Textilhandel „nicht unzufrieden". Umsatzrückgang habe man schließlich auch schon in der Krisenzeit 1975/76 erlebt. Externe Deutung der Zufriedenheit: Der Gewinn nach Steuern dürfte immerhin noch knapp 1,5 Prozent Umsatzrendite ausmachen.

Ob's Brenninkmeyer mit besonders günstigem Wareneinkauf oder mit herausragenden Ergebnissen für Personal- und Flächenproduktivität möglich macht, läßt die Firma im dunkeln. Weder Flächen- noch Belegschaftszahl wird verraten. Doch gesagt wird wenigstens, daß man den Expansionskurs auch 1983 mit der Eröffnung von weiteren fünf Filialen („schließen tun wir sowieso keine") fortsetzen werde: Lehr, Rheine, Köln-Hürth (die schon arbeiten), dazu im Herbst Bocholt und Detmold.

Verdauen kann das der Konzern weiterhin aus eigener Finanzkraft. Die 1982 mit 108 (102) Mill. DM fortgesetzten Sachinvestitionen wurden mit 89 (81) Mill. DM allein schon aus Abschreibungen finanziert. Die langfristigen Schulden blieben mit 147 Mill. DM stabil und relativ niedrig im Vergleich zu wiederum 1,27 Mrd. DM Bilanzvolumen. Das mit Rücklagen-Sonderpostenanteil auf 343 (341) Mill. DM gewachsene Eigenkapital übertrifft deutlich das gesamte Anlagevermögen von 281 (265) Mill. DM.

Gegenläufig zum leichten Umsatzschwund konnte die Firma ihren Rohertrag noch auf 1,84 (1,83) Mrd. DM etwas verbessern. Der Zinsaufwandsaldo blieb mit rund 31 (30) Mill. DM relativ gering. Im Personalaufwand freilich ergab sich trotz Umsatzrückgang eine deutliche Steigerung auf rund 620 (586) Mill. DM. Offen bleibt die Frage, ob da die normalerweise verlustreichen Anlaufphasen neuer Häuser eine wesentliche Rolle spielten. Vermutlich liegt es bei diesem ehrwürdigen Traditionsunternehmen auch daran, daß man bewährtes Personal für eine bessere Zukunft vorhält. Das scheint sich nun schon auszuzahlen.



Aktien leicht aufwärts

Sinkender Dollar und nachgebende Rendite lösten

DW. – Die freundlichere Tendenz an der New Yorker Börse, eine leicht entspannte Zinssituation in den USA sowie der daraus resultierende niedrigere Dollarkurs lösten am deutschen Aktienmarkt Meinungskäufe aus. Daran waren zum Teil auch Ausländer beteiligt. Als sich im Verlaufe zeigte, daß auf der bisherigen Kursbasis kaum noch Material zur Verfügung gestellt wurde, waren die Käufer zu Konzessionen bereit.

Der Handel in Degussa-Aktien wurde weiterhin durch die Katalysator-Phantasie angeregt. Allerdings nimmt die Neigung zu Gewinnmitnahmen bei steigenden Notierungen zu. Die Käufe in Preussag, die am Vortag den Kurs um 8 DM nach oben gebracht hatten, flauten ab und ließen nur noch einen Tagesgewinn von 1 DM übrig. Bei den Autowerten fielen Mercedes mit einem Kursanstieg um 7 DM aus dem Rahmen. Später waren aber auch die anderen Papiere dieser Kategorie zu steigenden Notierungen gesucht.

Düsseldorf: Zur Wochenmitte kam es zu einer deutlichen Kurserholung. So schlossen Schiess um 10 DM fester. Rheag erhöhten um 10 DM auf 415 DM und Rhenag um 5 DM auf 355 DM. Keramag stockten um 4 DM auf 149 DM auf und Huta verbesserten sich um 2,40 DM auf 120,50 DM. Gerresheimer Glas erhöhten um 2 DM auf 115,50 DM. Nachgeben mußten Aseag um 10 DM und Rheintextil um 5 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Deutsche Conti Rück Namen um 40 DM und Deutsche Conti Rück Inh. um 75 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte konnten sich bis zu 3,50 DM verbessern. Stärker beachtet waren dabei Farben. Von Nebenwerten stiegen Münchner Rück Inh. um 35 DM auf 905 DM, Deutsche Conti Rückn. Aktien um 20 DM auf 1000 DM, Effektenbank Holding um 10 DM auf 385 DM. Autoaktien waren überdurchschnittlich bis zu 5,50 DM gebessert.

Hamburg: HEW gingen zu 103 DM bis 102 DM und NWK-Vorzüge bis 163,50 DM um. Phoenix Gummi setzten mit 144,50 DM ein und stiegen um 1,50 DM auf 146 DM. Maihak mußten mit 176 DM bezahlt werden. Andererseits schwächten sich Flensburger Schiffbau wieder um 10 DM auf 135 DM ab. Hapag-Lloyd kamen auf 43,90 (plus 0,90 DM).

München: Audi NSU erhöhten um 3 DM auf 277 DM und Edelstahl Witten um 4 DM auf 191 DM. Enost gaben um 5 DM auf 300 DM nach und Cassella um 14 DM auf 471 DM. Gehe AG erhöhten um 3,50 DM auf 214,50 DM und Heilit u. Wörner um 5 DM auf 295 DM. Neue Baumwolle Hof verbesserten sich um 3 DM auf 190 DM.

Berlin: Engelhardt wurden um 5 DM höher taxiert. Kempinski konnten sich um 3 DM, Herlitz Vorzüge um 2 DM und Berliner Kindl um 1,10 DM erholen. Bekula und DUB-Schultheiss lagen um je 0,50 DM geringfügig freundlicher. DeTeWe und Herlitz Stämme gaben um je 3 DM und Berthold um 1 DM nach.

Nachbörse: abwartend

Optionshandel

Frankfurt: 20. 7.: 592 Optionen, 30 850 (35 950) Aktien, davon 881 Verkaufsoptionen = 4800 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-70/6,30, 10-75/3,90, 1-75/6,35, 1-80,5, 1-85/3,40, 1-80/2,50, 4-80/8, 4-85/7,4-90/5, Siemens 10-350/17, 10-380/14,40, 1-350/34, 1-400/5,50, 4-380/24,20, 4-400/11,60, Veba 10-170/14,40, 10-180/8,70, 1-180/14,80, 1-190/8,20, BASF 10-150/7,80, 10-160/3,50, 1-145/14,90, 1-155/10, 1-160/8, 1-170/4, 4-160/13,60, 4-170/6,80, Bayer 10-136/17, 10-146/9,60, 10-150/8; 10-156/5, 10-160/3,60, 1-136/18,60, 1-150/11, 1-160/6,90, 1-170/4, 4-160/10, 4-180/4,60, Hoechst 10-134,50/20,50, 10-154,50/7,50, 10-160/5, 1-150/15, 1-154,50/100, 1-160/8,20, 1-170/5, 4-150/18, 4-160/13,40, BMW 10-390/15,40, 1-410/11, VW 10-170/34,50, 10-200/490, 1-190/20,30, 1-220/8,40, Conti 10-120/4,30, 1-90/28,20, 1-95/24,10, 1-100/17,40, 1-110/13, 1-120/8, 4-110/18, 4-120/12,60, Commerzbank 10-180/9, 10-190/3, 1-180/12, 1-190/6, 1-210/6, Dresdner Bank 1-180/18, 1-190/11, 1-200/7,50, 4-190/10, 4-200/10, Hoesch 10-45/8,50, 10-50/3,50, 10-55/1,90, 1-55/4,85, 4-55/8, Mannesmann 10-144/9,10, 10-150/5, 1-150/10, 1-160/5,50, 4-160/10, Preussag 10-290/4, 1-290/7, Thyssen 1-80/5, 1-90/3, 4-75/13,50, 4-80/9,90, Bay. Hyp.-Bank 10-320/5, Bewag 10-100/5,60, Deutsche Babcock 1-180/8, Degussa 1-370/35, 1-400/15, GHH 1-180/5, Karstadt 1-260/20, Klöckner 10-40/3,50, 1-45/4, 4-40/7,50, M.A.N. 1-150/10, Varta 10-190/5,40, Chrysler 10-85/7, 1-80/7,50, 4-95/9,30, General Motors 1-200/10,60, Royal Dutch 1-120/11,20, Unilever 1-190/14,40, Elf 1-55/4,40, 1-60/4, Norsk Hydro 10-170/5. Verkaufsoptionen: AEG 10-65/1,40, 10-75/5, 1-65/2, Siemens 10-350/5,80, 1-380/17,40, Bayer 10-150/3,50, 1-150/4, BMW 10-370/5, 1-400/30, 1-410/40, VW 10-180/2, 10-190/5,15, 1-200/11, Conti 10-110/2,50, 1-110/6, Lufthansa 10-130/7,90, Deutsche Bank 10-340/12,60, Dresdner Bank 10-180/7,50, Hoesch 1-50/3,50, Mannesmann 1-150/8, Thyssen 10-75/2,60, 1-80/7, Bay. Hyp.-Bank 10-300/5, BBC 4-210/20, Daimler 10-570/8,05, 10-590/25, 1-590/27,90, Harpener 10-270/3,50, Kali + Salz 1-180/4,85, KHD 10-260/3,15, Chrysler 10-80/5, 1-85/12, Xerox 120/645, 1-120/7,60, Philips 10-45/3,40, Royal Dutch 10-120/7,50, Unilever 1-190/18,70. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9¾	4⅞–5	4⅝–4⅞
3 Monate	9¾–10⅛	5 –5¼	4⅝–4⅞
6 Monate	10⅛–10½	5⅛–5⅜	4¾–5⅛
12 Monate	10⅜–10¾	5⅝–6⅛	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1480,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1203,00	1415,61
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	645,21
1 £ Sovereign alt	257,00	315,78
1 £ Sovereign Elizabeth II	246,00	303,24
20 belgische Franken	189,00	249,66
10 Rubel Tscherwonez	265,60	330,60
2 südafrikanische Rand	249,00	306,66
Krüger Rand, neu	1113,00	1314,42
Maple Leaf	1113,00	1314,42
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	212,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	212,00	270,18
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1030,00	1242,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	208,00	250,92
10 österr. Kronen (Neuprägung)	108,00	141,36
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	478,00	584,82
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Brüssel

	20. 7.	19. 7.
Arbed	1190	1190
Brux. Lambert	2280	2280
Cockerill Ougrée	145	146
Ebes	2390	2410
Gevaert	7295	7250
Kredietbank	6400	6390
Petrofina	5610	5550
Soc. Gén. d. Belg.	1890	1890
Sofina	4840	4800
Solvay	2940	2940
UCB	3890	3800
Index	128,8	128,34

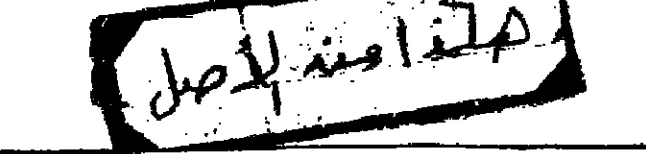
Singapur

	20. 7.	19. 7.
Cycle + Car.	6,00	6,00
Cold Storage	5,10	5,05
Dev. Bk. of Sing.	9,50	9,45
Fraser + Neave	8,65	8,75
Kl. Kepong	2,59	2,59
Mal. Banking	9,38	9,35
Nat. Iron	7,10	7,15
OCBC	10,80	10,80
Sime Darby	2,50	[illegible]
Singapur Land	6,75	6,55
Un. Overs. Bank	5,35	5,35

Devisen

Äußerungen aus amerikanischen Kongreßkreisen, daß die Federal Reserve Bank möglicherweise den Geldmengenkorridor für M1 erweitern würde, und der Rückgang im Index für den Beginn von Neubauten führten am 20. 7. zu einer Schwächung des US-Dollar mit einem Tagestiefstkurs von 2,5720. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,5808 festgestellt. Im Zuge dieser nachgebenden Dollar-Notierung konnte sich die D-Mark gegenüber den übrigen börsennotierten Währungen überwiegend befestigen. Das britische Pfund schwächte sich um 2,1 Pfg. auf 3,927 ab. Einen neuen historischen Tiefstkurs erreichte der portugiesische Escudo mit 2,165. US-Dollar in: Amsterdam 2,8870; Brüssel 51,6725; Paris 7,7625; Mailand 1526,85; Wien 18,1390; Zürich 2,1114. Ir. Pfund/DM 3,150; Pfund/Dollar 1,5216.

Ostmarkkurs am 20. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.



Umkehr bei den Renten

Die in den USA leicht gesunkenen Bons-Renditen nahmen einige Großanleger zum Anlaß, ihre bisher gegenüber deutschen festverzinslichen Papieren geübte Zurückhaltung zu lockern. Dabei stellte sich rasch heraus, daß auf der Basis der bisherigen Renditen kaum Material zur Verfügung steht. Öffentliche Anleihen zogen teilweise um mehr als einen halben Punkt an. Steigende Notierungen gab es auch bei den DM-Auslandsanleihen. Bei den Pfandbriefen schlug sich die freundlichere Tendenz in den Kursen noch nicht nieder. Aber auch hier war ein deutlicher Stimmungswandel unverkennbar.

	20. 7.	19. 7.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
8¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 3	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 27	100,5GG	100,5GG
6½ dgl. KS 14	94,75G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	119G	119G
5½ dgl. Pf 11	128,5G	126,6G
8 dgl. Pf 34	78bG	78G
6 dgl. KO Pf 50	89,75G	89,75G
6½ dgl. Pf 10	83G	83G
6 dgl. KS 1	97,75G	97,75G

	20. 7.	19. 7.
Br 6½ dgl. Pf 27	92,7G	92,55G
8 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Ft. Hypobk. Pf 68	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 130	90,35G	90,35G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,6G	100,5G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	87,75G	87,75G
6 dgl. 47	78	78

	20. 7.	19. 7.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97G	97G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	98,5G	96,5bG
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

	20. 7.	19. 7.
F 8 Chem. Hüls 71	100,5bG	100,5T
7¾ Cont. Gum. 71	100,25	100,2
6 Dt. Texaco 64	99,25T	99,25G
6 Gelsenb. 64	99,5T	99,5T
6 HEW 58	99,8G	99,8G
5¾ dgl. 62	95,5G	96G
7½ dgl. 71	99,75G	99,9G
7¾ dgl. 71	99,9G	100,1G
4½ Harpen 59	1830	1830
6 Hoechst 64	99,5G	99,5G
8 Horsch 64	99T	99G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7½ Karstadt 71	98,5G	99,5
7½ Kaufhof 71	99,5G	99,5
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5bG
7½ dgl. 76	98,5	98,5T
7½ Klöckner W. 71	97,75T	97,75T
8 dgl. 72	99,5G	99,5G
6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	99,15G	99,15G
5 Mannesmann 59	97,55G	97,55
6 Moselkraft 63	99G	99G
8 MWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	98,2G	99,3G
6 dgl. 62	95,4	–Zhg
6 ObDon. Krwk. 64	94T	94T
5½ Öst.BayK. 58	99,65G	99,65G

Optionsscheine

	20. 7
F 11 BASF 82	43,4
7¾ Bayer Fin. 79	40
10½ Bayer Fin. 82	49,8
6¾ Ciba-Geigy 75	855
3½ Commerzbk. 78	46,5
4¾ Dt. Bk. Comp. 77	137,5
10 Hoechst 75	215
6¾ dgl. 79	47,9
8 Hoechst 83	82,4
7½ Jap Syn.Rubber 82	1240
Mitsui 82	281
7¾ Siemens 83	156,5
6½ Wella F. 73	279

Optionsanleihen

	20. 7
F 8½ BASF 74 m O	139
8½ BASF 74 oO	101,6
M 3½ Stumpf 88 mO	180G
M 3½ Stumpf oO	81bG

Währungsanleihen

	20. 7
F 8 Brasilien 72	89,5G
6¾ Kopenhagen 72	94,75
9¾ dgl. 79	99,75G

Bundesbahn

		20. 7.	19. 7.
F 4 Anl. 57	4/84	100,6	100,65
5½ Bobahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	101,1	101,1
7½ dgl. 72	2/84	100,6	100,65
8 dgl. 72	9/84	101,65	101,65
8¾ dgl. 76	8/84	101,8	101,8G
6 dgl. 78 III	11/84	99,45	99,2
6¾ dgl. 79	2/85	99,25	99,25
8¾ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl. 77	2/87	98	97,85

Bankschuldverschreib.

	20. 7.	19. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99,25	99,1G
F 7½ Bekola Pf 104	99,8G	99,8G
9 dgl. Pf 106	102,8G	102,8G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	88,25G	88,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Während Kaffee fester notierte, ging Kakao knapp behauptet bis schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19. 7.	18. 7.
Juli	346,00	347,50
Sept.	355,25	357,25
Dez.	372,25	374,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	19. 7.	18. 7.
St. Lawrence 1 CW	234,81	236,96
Amber Durum	236,86	237,21

Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 7.	18. 7.
Juli	97,80	95,40
Okt.	100,70	98,80
Dez.	104,20	102,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	19. 7.	18. 7.
Terminkontr. Juli	127,25	126,85
Sept.	127,90	127,11
Dez.	126,20	125,75

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2090	2095
Sept.	2150	2160
Dez.	2185	2196
Umsatz	4415	2649

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	9,75	9,55
Sept.	10,15	9,83
Okt.	10,60	10,48

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	162,5–163,0	137,5–157,7
Okt.	166,65–166,75	162,3–162,4
Dez.	171,00–172,75	167,5–168,5
März	181,60–181,70	177,5–177,7
Mai	184,60–185,00	180,0–181,0
Umsatz	6148	7742

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 7.	18. 7.
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	360,00	360,00
weißer Muntok	365,00	365,00

	19. 7.	18. 7.
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	13,50	12,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	46,05	46,40
Aug.	43,05	43,50
Okt.	38,20	38,50
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	52,00	52,75
Aug.	47,45	48,50
Febr.	45,35	56,25

Öle, Fette, Tierprodukte

	19. 7.	18. 7.
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) ab Niederl. fob Werk	121,00	133,50
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	880,00	820,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	253,50	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Edelmetalle

	19. 7.	18. 7.
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 100	105 450
Silber (p/Feinunze) London Kasse	805,65	796,90
3 Monate	824,65	815,90
6 Monate	845,65	836,60
12 Monate	867,75	879,30
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	284,75	282,75
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	94,60	94,10

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	19. 7.	18. 7.
abends Kasse	–	1109,0–1110,0
3 Monate	–	1119,0–1119,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1066,0–1068,0	1066,0–1067,0
3 Monate	1087,0–1088,0	1087,0–1088,0
Zink (£/t) Kasse	494,00–494,50	484,00–485,00
3 Monate	508,50–509,00	498,50–499,00
Zinn (£/t) Kasse	8488–8440	8425–8430
3 Monate	8530–8535	8510–8520
Quecksilber ($/Fl.)	–	280–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–82

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger …

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz …

FINANZANZEIGE

RADSPORT / Auf den Spuren des Bernard Hinault – Frankreichs neues Idol Laurent Fignon

Er verehrt Napoleon und will Tierarzt werden – jetzt ist er ein Tour-Star

F. VERMEEREN, Alpe d'Huez

„Fignon hat die Macht übernommen." Das schrieb gestern die französische Sportzeitung „L'Equipe". Es geht dabei nicht um einen Staatsstreich, sondern um die Führungsrolle bei der Tour de France. Am Montag, nach der schweren Alpenetappe hinauf nach Alpe d'Huez, übernahm der 22 Jahre alte Pariser Laurent Fignon das Gelbe Trikot des Führenden. Das ist die eigentliche Überraschung der diesjährigen Frankreich-Rundfahrt, denn Fignon beteiligt sich zum erstenmal am schwersten Radrennen der Welt, und Profi ist er ohnehin erst seit eineinhalb Jahren.

Das Pikante an der Angelegenheit: Fignon verdient sein Geld beim französischen Konzern Renault-Gitane. Dieses Team hatte eigentlich in diesem Jahr keine Siegambitionen, weil der eigentliche Kapitän dieser Mannschaft – Bernard Hinault – nicht mitfährt.

Hinault, der daheim in der Bretagne sein lädiertes Knie pflegt, stört die Tatsache, daß Fignon nun zu den Tour-Favoriten gehört, denn damit ist er seine unumstrittene Chef-Rolle bei der Renault-Equipe los.

Eine „neue Geheimwaffe von Renault-Chef Cyrille Guimard", nennt die französische Zeitung „Le Matin" Laurent Fignon. Der Sohn eines Metallarbeiters im Ruhestand wollte nach dem Abitur an der Universität von Paris eigentlich Elektronik studieren. Nach vier Monaten brach er jedoch das Studium ab, und aus dem Amateur-Radsportler wurde ein Rad-Profi. Der ehemalige Juniorenmeister aus dem Pariser Großraum heuerte bei Renault an und wurde dort einer der Wasserträger des großen Bernard Hinault.

Nun ist er unvermittelt zum Star aufgestiegen, etwas mißtrauisch von seinen großen Kollegen wie dem Iren Sean Kelly oder dem Belgier Lucien van Impe beäugt. Sie nennen ihn den „Intellektuellen", weil er eine Brille trägt, weil er einmal Student war und weil er abends in den Etappenorten eine Napoleon-Biographie liest.

Hin und wieder liest Fignon auch die Liebesbriefe seiner blonden Freundin aus Paris. Von Heirat allerdings ist keine Rede. „Dafür habe ich später Zeit. Jetzt bin ich noch eiserner Junggeselle."

Wenn sich die Journalisten mit Fignon unterhalten, dann erzählt er ihnen etwas über Strategie und Taktik eines Radrennens aber auch, wie man Tierkörper präpariert, denn das ist sein großes Hobby. Vielleicht benötigt Fignon seine kometenhafte Radsport-Karriere schon in den nächsten beiden Jahren. Denn noch hat er sich nicht aus dem Kopf geschlagen, Tiermedizin zu studieren.

1,74 Meter groß und 76 Kilogramm schwer ist der neue Star der Tour de France 1983. Wahrscheinlich wiegt er nun sogar weniger. „Ich war noch nie so mager wie jetzt. Die Tour zehrt an meinen Kräften", sagt Fignon. Er kämpft wie ein Berserker und behält dabei doch die Übersicht. Das erstaunt sogar die abgebrühten französischen Tour-Reporter. Der Pariser „Figaro" schreibt: „Trotz seiner Jugend hat Fignon schon den Charakter eines Chefs und sollte in der Lage sein, die Situation zu beherrschen." „L'Equipe": „Seine Gelassenheit überrascht wirklich." Da ist also einer, der eigentlich nur das Studium des Radsports wegen ein paar Jahre unterbrechen wollte und nun unvermittelt zum großen Star aufsteigt. Einer, der sogar vergessen läßt, daß Bernard Hinault ebenso bei dieser Tour de France fehlt wie der italienische Weltmeister Giuseppe Saronni.

Die Tour de France 1983 hat neue Radsport-Helden hervorgebracht. Einer von ihnen, der 26 Jahre alte Pascal Simon aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Paris, fuhr bereits eine Woche lang im Gelben Trikot. Dann mußte er wegen eines gebrochenen Schulterblattes das Rennen aufgeben. Der andere, Laurent Fignon, gehört zu den großen Favoriten des schwersten Radrennens der Welt. Er sagt selbstbewußt: „Das Finale wird eine Schlacht der Titanen."



Vom Wasserträger zum Tour-Star: Laurent Fignon aus Paris. FOTO: AP

Die Landesrundfunkhäuser (1): Radio Bremen oder Oft Lärm an der Wese

ARD-Zwerg mit Pep und Peinlichkeite

„Einem Sender, dem seine Bequemlichkeit über alles geht und dem für seine Zuschauer nicht das Beste gerade genug erscheint, mag ich nicht angehören." Das war im Originalton Gert von Paczensky, Fernsehchef von Radio Bremen. Im Dezember 1978 warf er das Handtuch. Er stieg aus, seinen Protest gegen Personal- und Programmpolitik des ARD-Zwergs nicht verschweigend.

Es blieb nicht bei Paczenskys Klagen. An der kleinsten Sendeanstalt wäre die ARD, der Zusammenschluß aller Landesrundfunkhäuser, fast zerbrochen. Schon ein halbes Jahr nach Paczenskys dröhnendem Abschied sorgte Radio Bremen wieder bundesweit für Schlagzeilen. Die „Bremische Mißgeburt", so tauften Kritiker das neue Gesetz über das Rundfunkhaus an der Weser. Gegen die Einwände fast aller sachkundigen Mahner, gegen CDU und FDP, ja selbst gegen wohlmeinende Stimmen aus der ARD wurde eine neue Rundfunkverfassung in der Bürgerschaft, dem Landesparlament, durchgepeitscht. „Kollegialverfassung", so lautete der Name des Wechselbalgs. Fünf Direktoren an der Spitze, der Intendant (Georg Schröder amtiert nach zwölf Chefjahren beim NDR jetzt im 22. Jahr) ist lediglich Primus inter pares. Gegen den Irrwitz waren Bürgermeister Hans Koschnick und Egon Bahr, damals Vorsitzender der SPD-Medienkommission, „intern" aufgestanden. Aber als es zum Schwur kam, schwiegen sie.

Als es um die Besetzung des „Programmdirektor Fernsehen" ging, verwandelte sich Anfang 1980 der Sender in ein Tollhaus. Mit knapper Mehrheit wurde der Chef des Werbefunks beim Frankfurter ARD-Sender, Hans-Werner Conrad, ehemaliger Kulturredakteur und späterer Adjutant des HR-Chefs Werner Hess, gegen Tagesschauchef Dieter Gütt durchgeboxt. Die Peinlichkeiten nahmen überhand: Der Verwaltungsrat war zerstritten, der Rundfunkrat, so hieß es, war gar nicht rechtmäßig zusammengesetzt.

Mit einem Knall startete ein halbes Jahr später das Bremer Fernseh-Regionalprogramm. Es verschliß gleich mehrere Chefs. Kritisch wollten die Bremer sein. „Wenn nicht kritischer" als alle anderen, kündigte Paczensky-Nachfolger Ulrich Kienzle an. Nach 18 Monaten meldete der Vorsitzende des Fernsehausschusses im Rundfunkrat, Manfred Fluss (SPD), erfreuliche Einschaltquoten. 25 Prozent der Geräte seien bei „Buten und Binnen", so der volkstümliche Titel, im Betrieb. Ja, es war sogar von Spitzenwerten bis zu 45 Prozent die Rede.

Dennoch mangelte es nicht an Kritik. „Die teilweise übersteigerte Lockerheit, die Lust an der neuen Form, ist der Wichtigkeit und Ernsthaftigkeit mancher Nachrichten oft nicht angemessen", tadelten Beobachter. „Oberflächliche Recherche, deutliche Defizite in der Wirtschafts- und Kulturberichterstattung", diagnostizierten andere. Interviewpartner mokierten sich über Redakteure: „Unhöflich, arrogant, zynisch, hochnäsig".

Die Explosion mußte kommen. Im Januar 1983 platzte Bürgermeister Koschnick (SPD) der Kragen. Er verweigerte RB schlicht seine Stimme. Der SPD-Mann hielt vor allem die Sendung zur Ausstellung „Deutsche und jüdische Soldaten 1914–1945" für tendenziös. Eine Sendereihe des Hörfunks zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers brachte das Faß zum Überlaufen. Großunternehmen wie die Bremer Vulkanwerft, von wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen gebeutelt, und Krupp Atlas-Elektronik wurden beschuldigt, für das „Mordgeschäft" zu arb[...]ten. „Die Mitarbeiter berichten e[...]fach schludrig, oder schlimm[...] noch, sie recherchieren und inf[...]mieren bewußt einseitig." Auf d[...]se Formel brachte der Vorsitzen[...] der SPD-Bürgerschaftsfrakti[...] Klaus Wedemeier, seine Kritik [...] Haussender.

Natürlich gibt es auch Lobe[...]wertes. Immer wieder gingen v[...] Bremen Impulse für die Unterh[...]tung aus. Die Talkshow „III na[...] 9" hatte einen brillanten Start, [...] ihre Moderatoren überdrehten u[...] die Gags sich als Bumerang erw[...]sen. Desto leichter hatten es Lori[...] Rudi Carrell, der „Musiklade[...] und die „Bananas", sich in die H[...]zen und Ohren der Zuhörer u[...] Zuschauer zu spielen. Loriots al[...] Vico von Bülows boshafter W[...] mit der liebevollen Untermal[...] für alle menschlichen Schwäch[...] sorgte noch Tage nach seinen S[...]dungen für Gesprächsstoff. „[...] laufende Band" von Rudi mac[...] seinem Titel alle Ehre, nur g[...] dem Showmaster die Puste [...] dem Dauer(b)renner aus. Au[...] „Rudis Tagesschau" war die er[...] Sendung dieser Art und lief erfo[...]reich, bis Carrell nach neuen Uf[...]strebte. Und der „Musikladen" [...] Mike Leckebusch gilt als eine [...] besten Hit- und Popsendun[...] zwischen Meer und Alpen. K[...]weilig über die Kurzwelle plaud[...] auch Carlheinz Calenberg mit [...]nika Kluth zusammen samstag[...]mittags.

RB pflegt liebevoll plattdeuts[...] Sendungen. Das geht sogar sow[...] daß gelegentlich Fußballberic[...] „up platt" über die Mattsche[...] laufen. Sportchef Jörg Wont[...] macht's möglich. Mit Witz [...] Sachkenntnis produziert er [...] weiland Carrell Neuheiten am [...]fenden Band. Möge er, so heiß[...] in der Hansestadt, binnen blei[...] und nicht nach buten abwande[...]

WINFRIED WESSENDO[...]

KRITIK

Am Schluß nur wenig Klarheit

Über das lokale Fernsehen ist leicht plaudern, aber schwer berichten – macht man sich dieses Berichten nicht zu leicht. Und tatsächlich hat sich Wolfgang Koczian redlicher bemüht, als die meisten seiner Kollegen, die sich vor ihm über dieses komplexe Thema hergemacht hatten. Und doch entließ uns auch sein „Bürgermeister im Wohnzimmer" (ZDF) am Schluß mit wenig Klarheit. Die Chancen und Grenzen des lokalen Fernsehens – wie in den Vorschauen verheißen – hat er uns mitnichten gezeigt. Die Sendung lenkte unsere Blicke sprunghaft in Orte und Ortsteile – vorwiegend im Ausland –, die sich bereits mit lokalem Fernsehen schmücken und dabei sehr unterschiedliche Erfolge vorzuzeigen haben. Schade, daß wir dabei nur ein paar dürre Statements mit Koczianschen Schlußfolgerungen geboten bekommen, statt daß wir in die Arbeit der lokalen Fernsehmacher hineinschnuppern durften.

Immerhin: Koczians Sendung differenzierte streckenweise gediegen, machte uns klar, daß es bei der Frage, ob das lokale Fernsehen überhaupt erwünscht ist, auf unterschiedlichste Umstände ankommt: Auf die Struktur des Ortes oder Stadtteils etwa (Interesse in Orten mit erhalten gebliebenem traditionellen Kern, wenig Bedarf in Schlafstädten), auf die wenigstens halbwegs professionelle Gestaltung, auf die konkrete Auswahl der Sendungen, auf die Kosten usw.

Daß sich unsere Fensehanstalten im allgemeinen schwertun mit Sendungen über die künftigen Medien, ist freilich nicht verwunderlich. Sie tangieren sich dabei selbst, so auch Koczian, wen[...] der Sorge, bestehende lokale [...]tungsmonopole könnten sich [...] auch noch das Fernsehen ang[...] ein Übergewicht verleiht und d[...]gen – indirekt – Lokalsendern [...] Wort redet, die von den beste[...] den Rundfunkanstalten getra[...] wären. Hier aber hätte er eine F[...] anderer möglicher Veranstalte[...] Betracht ziehen müssen.

Außerdem sind Zeitung [...] Fernsehen zweierlei, auch wen[...] beide lokal sind; lokales, regi[...]les und überregionales Fernse[...] sind sich da schon verwandter[...] wäre wohl an bedeutende Ve[...]sungsrechtler zu erinnern, die e[...] deshalb den Griff der bestehen[...] Rundfunkanstalten nach den [...]lichen Medienlücken in die N[...] der Verfassungswidrigkeit ger[...] haben.

HERRMANN A. GRIESS

NACHRICHTEN

Gehrmann nicht gekündigt

Düsseldorf (sid) – Mit einem Vergleich endete der Rechtsstreit zwischen dem früheren Diskus-Bundestrainer Christian Gehrmann (München) und dem Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV). Vor dem Arbeitsgericht in Darmstadt nahm der DLV Verweis und fristlose Kündigung für Gehrmann zurück. Das Arbeitsverhältnis wurde jedoch in gegenseitigem Einvernehmen zum 30. Juni 1983 aufgelöst.

Rekordpreis für Hengst

Louisville (sid) – Auf einer Pferde-Auktion in Louisville (US-Bundesstaat Kentucky) ist für einen noch namenlosen einjährigen Hengst die Rekordsumme von 10,2 Millionen Dollar (etwa 26 Millionen Mark) erzielt worden. Käufer ist der 34 Jahre alte Sheikh Mohammed, der Sohn des Herrschers im Öl-Scheichtums Dubai.

VfB Stuttgart siegte

Stuttgart (dpa) – Im 148. Lokal-Derby gewann der Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart vor 10 000 Besuchern gegen den Zweitligaklub Stuttgarter Kickers mit 3:2.

Kuhweide Vierter

San Francisco (dpa) – Nach seinem vierten Tagessieg bei der fünften Wettfahrt übernahm Robbie Haines (USA) bei der Segel-Weltmeisterschaft in der Soling-Klasse vor San Francisco die Führung in der Gesamtwertung. Durch einen neunten Platz in der Tageswertung fiel Willi Kuhweide (Hamburg) in der Gesamtwertung vom dritten auf den vierten Platz zurück.

ZAHLEN

FUSSBALL

Intertotorunde, Gruppe 1: Düsseldorf – Lüttich 3:4.

1. Enschede	4 3 1 0	11:6	7:1
2. Lüttich	4 3 0 1	8:5	6:2
3. Zürich	4 0 2 2	6:10	2:6
4. Düsseldorf	4 0 1 3	7:11	1:7

GOLF

Europäische Mannschaftsmeisterschaft der Juniorinnen (bis 21 Jahre) in Arnheim mit 13 Nationen: Endspiel: England – Schweden 4,5:2,5 Punkte, 3./4.: Spanien – Schottland 5:2, 5./6.: Deutschland – Italien 5,5:1,5 (Vierer 2:0/Einzel 3,5:1,5). – Ferner: Schottland – Deutschland 5:2 (1:1/4:1), Deutschland – Frankreich 4:3 (1:1/3:1), 36-Löcher-Qualifikation: 1. Schweden 770 Schläge, 2. Deutschland 775, 3. England 775. – Für Deutschland spielten: Steinert (St. Eurach 73+76 bei Par 72, Umsen (Regensburg) 77+77, Lampert (Kronberg) 76+79, Bockelmann (Frankfurt) 76+80, E. Peter (Regensburg 78+83, Koch (Hannover) 81+84.

HANDBALL / Ablösesumme gefordert

Gummersbach verweigert die Freigabe für Wunderlich

sid, Gummersbach

Vier Wochen nach der feuchtfröhlichen Abschiedsfete von Erhard Wunderlich und dem Gewinn von vier Titeln hat der VfL Gummersbach seinem Superstar die Freigabe für den FC Barcelona verweigert. Diese Entscheidung fällte das fünfköpfige Präsidium des Europapokalsiegers und Deutschen Meisters auf seiner Sitzung am späten Dienstagabend einstimmig. Gestern hat der Verein dem Westdeutschen Handball-Verband den Vordruck für die Freigabeerteilung des Spielers Wunderlich, für 2,5 Millionen Mark nach Spanien zu wechseln, mit dem Vermerk „Nein" zugesandt. Die Begründung für diesen überraschenden Schritt gibt Geschäftsführer Erhard Bosch: „Der FC Barcelona hat sich bis heute nicht mit uns in Verbindung gesetzt, um die Modalitäten eines Wechsels zu besprechen."

Das heißt: Gummersbach fordert für den 26 Jahre alten „Handballer des Jahres", Torschützen und Regisseur eine Aufwandsentschädigung, sprich Ablösesumme. Im Raume solle eine sechsstellige Summe stehen oder ein Freundschaftsspiel gegen Barcelona. Gummersbachs Obmann Eugen Haas: „Einen Spieler, einen absoluten Weltklassemann ohne Geld zu bekommen ist weltfremd. Wir haben aus dem Rohdiamanten Wunderlich einen Diamanten geschliffen. Jetzt müssen wir für ihn einen neuen Spieler kaufen und der ist ohne Geld nicht zu haben."

Wenn zwischen Gummersbach und Barcelona keine Einigung erzielt werden sollte und der Deutsche Handball-Bund am 31. Juli ebenfalls die Freigabe verweigert, droht Wunderlich eine Sperre von einem Jahr. Es ist zu vermuten, daß sich der Verband mit dem VfL Gummersbach solidarisch erklären wird.

Wunderlich dazu: „Das ist eine Sauerei. Das ist nun der Dank für Vereinstreue und Pflichtbewußtsein. Der VfL hat im Europapokal Unsummen verdient und ich hatte sicherlich auch meinen Anteil daran, daß so viele Erfolge errungen wurden."

Wunderlich hat inzwischen in Masnou, 15 km außerhalb von Barcelona, ein Haus gemietet und will am 1. August das Training in Spanien aufnehmen. Der 94malige Nationalspieler hat in Gummersbach längst seinen Haushalt aufgelöst und seinen Wohnsitz aufgegeben.

Wunderlichs Manager Jochen Kress meint: „Jetzt hat der VfL sein wahres Gesicht gezeigt. Die Abschiedsfete war eine Heuchelei. Was der VfL veranstaltet, empfinde ich als Erpressung. Aber der FC Barcelona kennt seine Rechte. Ich glaube nicht, daß er eine Ablösesumme zahlt. Und wenn man ein Freundschaftsspiel austragen will, dann sollte es in Freundschaft sein, aber nicht unter solchen Vorzeichen."

Nach den Statuten der Internationalen Handball-Federation (IHF) steht Gummersbach keine Ablösesumme zu. IHF-Direktor Friedhelm Peppmeier: „Nach internationalem Recht muß Gummersbach den Spieler freigeben, es sei denn, es gibt stichhaltige Gründe für die Verweigerung."

MOTORSPORT / DRM

In die Pleite gefahren

sid, Düsseldorf

Am Wochenende geht die Krise erstmal zuende. Auf dem Flugplatz in Diepholz wird die deutsche Rennsportmeisterschaft (DRM) mit dem sechsten und letzten Lauf entschieden. Ursprünglich waren zehn Rennen vorgesehen. Der zweimalige deutsche Meister Klaus Ludwig resümiert: „Diese Saison war nicht das Gelbe vom Ei." Der Ford-Werksfahrer aus Bonn meint damit aber nicht nur sein eigenes Abschneiden, sondern den Niedergang der DRM.

Knappes Geld war das Hauptproblem der Meisterschaft. Den hohen Aufwendungen bei den Fahrzeugen (630 000 Mark für einen Porsche) stand nur ein Gesamtpreisgeld von 63 000 Mark pro Lauf gegenüber.

Problematisch war auch die leistungsmäßige Überlegenheit der Turbo-Porsche, die mit ihren 650 PS starken Motoren fast nach Belieben siegten. Die Konsequenz ist, daß mit dem Straßburger Bob Wollek und dem Hamburger Volker Merl nur noch zwei Porsche-Fahrer Chancen auf den Titelgewinn haben.

Ford-Pilot Klaus Niedzwiedz, der als einziger mit einem Cosworth-Saugmotor einen DM-Lauf gewinnen konnte, liegt abgeschlagen auf dem dritten Platz der Gesamtwertung. Dennoch wollen Niedzwiedz und sein Teamgefährte Ludwig in Diepholz den Aufstand gegen Porsche proben. „Der Flugplatzkurs mit einigen engen Kurven könnte uns entgegenkommen", glaubt Ludwig. Wenn es nicht nur auf Höchstgeschwindigkeit, sondern auch auf Beschleunigung ankommt, sehen die Ford-Fahrer ihre Chance.

STAND ● PUNKT / *Die Angst des Sebastian Coe*

Coe gegen Ovett – das wär einmal. Lang ist es her, zwei Sommer lang. Damals rannte der Engländer Sebastian Coe im Fernduell mit seinem Landsmann Steve Ovett Weltrekord auf Weltrekord. Die Stadien in Koblenz und Zürich waren ausverkauft, in Brüssel erlebten annähernd 60 000 Menschen die Rekordhatz des schmächtigen Sebastian Coe – live.

Dann kam das Jahr 1982 und damit die unverhoffte Niederlage des Sebastian Coe bei den Europameisterschaften in Athen über 800 Meter. Ein Mann namens Hans-Peter Ferner aus Ingolstadt lief dem Engländer auf und davon.

Was wie ein Betriebsunfall aussah, wurde für den Olympiasieger von Moskau zur Alltäglichkeit: Coe verlor binnen der letzten drei Wochen über 1500 m gegen den Spanier Gonzales (in Paris) und gegen den Jugoslawen Zdravkovic (in London). Nun teilte er mit, er starte Anfang August bei den Weltmeisterschaften in Helsinki „unter keinen Umständen" über 1500 Meter.

Die Veranstalter der großen Meetings reiben sich schon die Hände: Ohne Coe wird's wieder billiger. Noch in Brüssel soll Coe 1981 rund 45 000 Mark für einen Meilenlauf erhalten haben. Es melden sich auch die, die Coe wohl mal verärgert hat: Seine Liebelei mit der deutschen Skirennläuferin Irene Epple sei nur eine schlagzeilenträchtige Geschichte gewesen – mehr nicht, seine Krankheiten vielleicht doch die Folge zu hoher Dopingdosen. Sei's drum, der Markenartikel Coe verliert ohnehin an Zugkraft.

KLAUS BLUME

LEICHTATHLETIK / Im 1700 m hochgelegenen St. Moritz trainieren Läufer für die Weltmeisterschaft

Schon morgens um sieben um den See getrabt

UWE FIBELKORN, St. Moritz

In diesen Tagen präsentiert sich der Schweizer Wintersportort St. Moritz als Drehscheibe der europäischen Läufer-Elite. Die Schweizer Mittelstreckler Pierre Délèze und Peter Wirz trainieren ebenso im Oberengadin wie die Italiener Jean-Paolo Messina und Laura Folgi, die Europameisterschafts-Dritte im Marathonlauf. Belgiens großer Marathonstar, Karel Lismont, reist schon seit dreizehn Jahren ins Höhentrainingslager nach St. Moritz. Er absolvierte auch das größte Pensum. Dreimal täglich zieht Lismont die Laufschuhe an. Schon morgens um sieben Uhr trabt er um den See.

Die Mittel- und Langstreckenläufer versprechen sich durch das Training in sauerstoffarmer Luft und damit verbundener Vermehrung der roten Blutkörperchen eine zusätzliche Leistungssteigerung. Deshalb zieht es die besten Läufer aus Westeuropa drei Wochen vor den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki in diesen Tagen nach St. Moritz.

Ende letzter Woche traf Thomas Wessinghage, der Europameister über 5000 m, ein. Europas 800-m-Meister Hans-Peter Ferner war schon zuvor angereist. Die deutschen Mittelstreckenläufer gehen zum erstenmal seit 1971 wieder ins Höhentrainingslager. Läßt sie der Ballast der acht Medaillen von Athen dieses wagen? Bundestrainer Paul Schmidt sagt: „Wir erreichen in den zehn bis vierzehn Tagen, in denen wir in St. Moritz sind, keinen Höheneffekt. Für uns ist es wichtig, ein Trainingslager in anderer Umgebung zu haben. Und da ist gerade die Atmosphäre in St. Moritz ganz reizvoll."

In der Tat. Wer auf der Kunststoffbahn in St. Moritz-Bad, 1772 m hoch gelegen, seine Runden dreht, blickt abwechselnd auf die Corviglia, im Winter eines der schönsten Skigebiete Europas, und auf den St.-Moritz-See mit dem alten Dorf am Berghang. Beim Ausdauertraining kann man am Champfèrsee und am Corvatsch vorbei bis Maloja laufen, oder in den Wäldern bis nach Pontresina traben.

Der Höheneffekt: Thomas Wessinghage sagt dazu: „Ich weiß nicht, ob er sich unbedingt in der Leistung niederschlägt. Für mich ist es wichtiger, nach den Trainings- und Wettkampfstrapazen der letzten Wochen mal ein paar Tage auszuspannen." So ist Wessinghage denn auch mit Ehefrau Ellen sowie den beiden Kindern Daniel und Rebecka ins Oberengadin gekommen.

Auf dem Trainingsplatz nahe des Sees von St. Moritz ist der Europameister bei den vielen jugendlichen Leichtathleten freilich die große Attraktion. Mit Applaus wurde er empfangen. „Die guten Ergebnisse kommen wieder, spätestens in vier Wochen", sagte Wessinghage. Erkenntnisse aus seinen letzten Rennen in Skandinavien.

Eine andere Zielsetzung als die Mittelstreckenläufer um Paul Schmidt hat Frauen-Bundestrainer Lothar Pöhlitz mit den Athletinnen Brigitte Kraus, Margrit Klinger, Vera Michallek, Elisabeth Franzis, Christiane Brinkmann, Gaby Bußmann und Ute Thimm. Außer Margrit Klinger, die wegen Ischiasbeschwerden frühzeitig zurückfuhr, hielten sich alle anderen drei Wochen lang im Oberengadin auf. Die Läuferinnen wollten nämlich einen möglichst großen Höheneffekt erreichen.

Daß der Aufenthalt in der Höhe von Nutzen ist, konnte man schon im vorigen Jahr sehen. Auch damals waren die Läuferinnen drei Wochen in St. Moritz. Nach der Rückkehr lief Brigitte Kraus in Koblenz prompt deutschen Rekord über 3000 m. Margrit Klinger holte sich – ebenfalls in Rekordzeit – bei den Europameisterschaften in Athen überraschend die Bronzemedaille über 800 m. Pöhlitz: „Die Höhenwirkung hielt bis in den Oktober hinein an."

„1982 hatten wir innerhalb eines Monats 420 Athleten hier. Ich bin gespannt, wie viele es diesmal werden", sagt Hansjörg Wirz, der technische Direktor des Schweizer Leichtathletikverbandes. Der Countdown für Helsinki läuft jedenfalls!



III.

ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 *Das Schicksal der Irene Forsyte*
11.50 Umschau
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Unsere kleine Farm
Ich reite mit dem Wind
15.50 Tagesschau
15.55 Sie – Er – Es
Hagenbecks Tierpark in Hamburg ist der einzige Weltstadtzoo, der sich im Familienbesitz befindet. Seit einem halben Jahr regiert hier die 24jährige Caroline Hagenbeck. Wie sieht der Alltag der jungen Tierparkdirektorin aus? Außerdem: Berichte über Arbeitslosigkeit und über ein riesiges plastisches Kunstwerk, an dem 500 Frauen jahrelang gearbeitet haben.
16.40 Matt und Jenny
17.05 Kein Tag wie jeder andere
17.30 ARD-Sport extra:
Tour de France
19. Etappe: Einzel-Zeitfahren Morzine – Avoriaz (Ausschnitte)
17.50 Tagesschau
(anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Was wäre, wenn ...
... noch mehr Roboter kommen? Bereits heute gibt es bei uns rund 3500 arbeitende Roboter. Wie argumentieren die Unternehmer? Wie reagieren die Gewerkschaften? Was ändert sich sozial, politisch und gesellschaftlich in der Bundesrepublik?
21.00 Musikladen
21.45 Sieh an, sieh an
Von und mit Karin von Faber
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Tisch
Buch: Ida Fink
Mit Yehuda Fuchs, Dvora Kedar, Mordacahi Ben-Zeev u. a.
Regie: Rolf Busch (Wh. von '81)
Anschl.: Diskussion der Schauspieler
0.25 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
15.45 Wir haben Spaß
16.30 Ferienkalender
17.00 Einführung in das Strafverfahrensrecht
13. Gefährliches Spiel
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Patienten gibt's
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Aktion Sorgenkind.
Gäste: Harald Juhnke, Jacob-Sisters, Roy Etzel (Trompete), Günter Strack.
20.58 Die große Hilfe
Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Themen: Der heiße Herbst kann friedlich werden – Kennzeichen D beobachtet Polizisten und Pazifisten beim Demonstrationstraining / Denkmalstürmer aus Deggendorf – Widerstand an der CSU-Basis gegen Franz Josef Strauß / Was macht Ost-Berlin mit der DM-Milliarde? – Eine Analyse des Finanzbedarfs der „DDR" / Notizen nach einer Reise – Interview mit dem Minister für innerdeutsches, Heinrich Windelen, nach seinem DDR-Urlaub.
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Live aus München
Das kleine Fernsehspiel
Spielraum
Hochzeit – nein, danke!
Spielszenen von Anna Rudolf
Anschl.: heute

III.

WEST

18.00 Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer (2)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer (2)
19.00 Sie machten Steine aus gebrannter Erde (2)
Die norddeutsche Backsteinarchitektur
19.15 Wunder der Erde
Lava wie Wasser

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Der Dieb von Bagdad
Engl. Spielfilm (1940)
Mit Conrad Veit, Sabu u. a.
Regie: Ludwig Berger, Mic[...] Powell und Tim Whelan
22.00 Ich und Du
Heute: Ich lieb Dich ..., ich Dich nicht, ich ... Gesprä[...] Spiele, Informationen über und Lebensfragen
23.00 Spätadoption
Bericht von Ingrid Skrobicki
23.30 Letzte Nachrichten

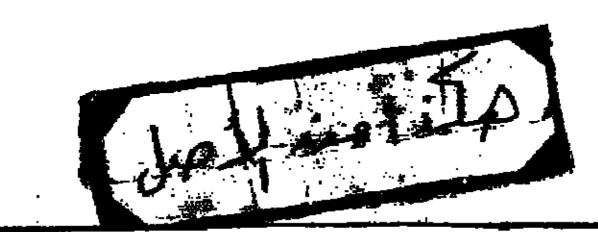
SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 The Winter's Tale
Komödie von William Sha[...]speare
Englische Originalfassung
Deutscher Kommentar von F[...]rich Luft
22.40 Abschied von Tewjes Welt (2)
Jiddisch – Ruinen einer Kultur

BAYERN

18.20 Follow me – Comedy Time
„Plan to kill"
Kriminalkomödie in einfac[...] Englisch
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
Impressionen aus Italien
19.05 Der Sog
Fernsehspiel von Johannes Hendrich
Regie: Theo Mezger
20.20 Oman zwischen gestern und heute
Film von H. Wennels und J. Boh[...]
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
ARD-Talkshow mit Joachim Fu[...]berger
Zu Gast: Axel von Ambesser
21.45 Der Sportstammtisch
22.30 Dallas
Liebe und Ehe
23.15 Rundschau

Markenzeichen Wuschelmähne: Die Schlagersängerin Nena tritt heute abend im „Musikladen" auf, um 21.00 Uhr in der ARD FOTO: URSULA RÖHNERT



Unter dem Daumen

he. – Auch wenn Mozart uns mit seinem musikalischen Spaß „Die Dorfmusikanten" ganz unklassische Dissonanzen servierte, blieb sein humoriges Divertimento mit Recht im Repertoire. Originalität reicht freilich nicht aus, um sich auch post festum zu behaupten. Das galt bis vor kurzem für Eric Saties Divertissement „Vexations", eine beispiellose Kuriosität der Musikliteratur. Das Stück für Orgel ist lediglich mit dem Daumen zu spielen und muß nach dem Willen seines Schöpfers 840mal wiederholt werden, um seinen ganzen Reiz zu entfalten.

An diesen vor 89 Jahren komponierten musikalischen Spaß wagten sich jetzt in der walisischen Kleinstadt Presteigne der Musiklehrer Adrian Fish (27) und seine 16jährige Schülerin Dawn Pye – obwohl die auf nur einem Blatt notierte Komposition eine Spieldauer von 17 Stunden hat. Mr. Fish wollte das Werk zunächst im Alleingang vollbringen, bekam aber kalte Füße und ließ sich aufs Schichtdienstverfahren ein.

Die beiden haben es tatsächlich vollbracht. Glücklich über ihre Leistung fügten sie dem Marathon noch ein Dakapo hinzu: Satie zum 841.

Ein musikalischer Spaß braucht natürlich Publikum. Die beiden orgelnden Daumenakrobaten lockten die Leute mit der Ankündigung an, „das langweiligste Konzert der Welt" zu geben. Mr. Fish streute Talkum auf die Tasten, weil sich die Spieler bei dem Kraftakt gar zu sehr echauffierten.

Die Übung in der walisischen Provinz zeigt, daß noch die kuriosesten Kompositionen als Gebrauchsmusik einem guten Zweck dienen können. Denn wer sich die auch noch monotonen und melodielosen „Vexations" eine Weile anhörte, wurde dafür bezahlt – von Sponsors, die er sich zunächst suchte. Das Geld floß dann freilich als Spende in einen Fonds zur Ausrichtung eines kleinen Festivals der Künste. Eric Satie wollte seine komponierenden Zeitgenossen mit diesem Stück auf die Schippe nehmen. Den immer erfindungsreichen Briten blieb es vorbehalten, noch aus diesem musikalischen Spaß Kapital zu schlagen.

Mailand: „Orfeo"

Leonardos blaue Berge, lärmumtost

Als einer der Höhepunkte der zweijährigen Feiern zur 500. Wiederkehr von Leonardos Ankunft in Mailand galt die Aufführung des „Orfeo" von Polizian, inspiriert von den Skizzen und Anmerkungen Leonardos, der in den 25 Jahren seines Mailänder Aufenthaltes nicht selten fürstliche Feste arrangieren mußte. Der Codex Arundel enthält präzise Anmerkungen zu seiner Regie des „Orpheus", wie „... dann sei da der Tod, die Furien, Cerberus, viele nackte Putten, die weinen, und vielfarbige Feuer, die sich tanzend bewegen." Im Codex Arundel und auch im „Atlanticus" gibt es Skizzen der Szenen, die Leonardo für seine Aufführung vor der Hofgesellschaft des Ludovico il Moro entworfen hat.

Man fand einen großzügigen Sponsor. Die Scala übernahm die Organisation, eine Reihe vielversprechender Namen zeichnete für die „szenische Aktion für Stimmen, Tänzer und Töne", die „nach dem Text des Angelo Polizian und nach den Szenen des Leonardo da Vinci" bis zum 30. Juli allabendlich um halb zehn im Waffenhof des Castello Sforzesco geboten wird.

Die Spannung auf die Premiere war so groß wie die Enttäuschung, die sie gebracht hat. Denn von Polizian ist hier so wenig geblieben wie von Leonardo. Nur die Berge in den schönen Szenenbildern von Luciano Damiani erinnern an den Hintergrund von Leonardos „Felsenmadonna".

Zu viele Köche waren hier am Werk, und heraus kam ein schwerverdaulicher Brei. Da gab es drei Schatten der Eurydike und Orpheus in dreierlei Gestalt. Den Haupt-Orpheus spielt und singt der Mezzosopran Marilyn Schmiege, und das verdichtete den Verdacht, der Textbearbeiter habe den allen Frauen entsagenden Sänger als Homosexuellen begriffen. Sonst war es schwer zu verstehen, was all die Gestalten, glänzend getanzt vom „Ensemble Italia", einem Ableger von Maurice Béjarts Schule Mudra, bedeuten sollten. Denn die Choreographie von Micha van Hoecke ist ein Potpourri aus klassisch und modern, das höchst verwirrend wirkt. Die Musik von Giancarlo Chiaramello, ohrenbetäubend vom Band dröhnend, um den Verkehrslärm rings um das Castello zu übertönen, mischt Madrigale und Kinoweisen, Gluck und Strawinsky, ist weder alt noch modern, nur vorwiegend laut.

Das große Thema vom Zwiegesang von Leben und Tod, das große Projekt, Leonardos Regie aus der Sicht unserer Zeit neu zu beleben, ist in dieser kostpieligen Aufführung leider nicht zu einem künstlerischen Ereignis geworden.

MONIKA v. ZITZEWITZ







Aus der Stuttgarter Ausstellung zum 125. Geburtstag von Lovis Corinth: „Susanna im Bade" (1909), „Blumenstilleben mit Calla" (1918) und „Paraphrase" (1907) FOTOS: BÜHLER

Lovis Corinth: Ein Melancholiker malt in flammender Pracht

Vor 125 Jahren, am 21. Juli 1858, wurde Lovis Corinth geboren; keine runde Zahl für ein Jubiläum, doch immerhin veranstaltet das Kunsthaus Bühler in Stuttgart eine umfangreiche Gedächtnisausstellung mit der einigermaßen erstaunlichen Begründung, Name und Rang dieses Malers – der zu den bedeutendsten in Deutschland zählt – seien im südwestdeutschen Raum erfahrungsgemäß noch weithin unbekannt. Das kann nicht an Corinth liegen. Gewiß, der Ostpreuße aus Tapiau war ein introvertierter Melancholiker, aber doch auch eine barocke Natur, die in dieser Landschaft eigentlich „ankommen" müßte, ein Interpret sinnlicher Lebensfreude, der das „Vordergründige" des Bildinhalts niemals gering achtete im Unterschied zu schwierigeren Zeitgenossen.

„Lebensfreude" heißt auch ein Gemälde des Dreißigjährigen bei Bühler, das aus seiner Verehrung für Rubens kein Hehl macht, wie andererseits sein Respekt vor Leibl in dem früheren Bild „Schattenspiele" (1891) sichtlich nachwirkt. Mit zehn so gut wie unbekannten Ölbildern aus Privatbesitz macht diese Ausstellung bekannt und mit fünf Zeichnungen, durchweg Vorzeichnungen für Gemälde oder Lithos, wie das „Lesende Mädchen" (1885), die „Falschspieler" aus Paris, „Mutter und Kind" (1909), ein Selbstbildnis in Sepia von 1918. Unter den Ölbildern ein „Geschlachteter Ochse" (1892), eine „Susanna im Bade" (1909), ein Reiterbild („Morgenritt", 1911), ein Doppelbildnis des Ehepaares Leder, das bereits auf Beckmann-Bildnisse vorausweist, und ein „Blumenstilleben mit Calla", das in seiner flammenden Pracht zu den schönsten seiner Art gehört.

Das sind, trotz der vergleichsweise geringen Zahl, gültige Stichproben seiner Malerei, die im Schaffen Corinths allzeit den ersten Rang einnahm. Die Grafik galt ihm stets als Nebenwerk. Seine Bilder sind völlig aus der Farbe entstanden, aus der Farbe empfunden und entwickelt. Insofern mag diese Ausstellung, im Hinblick auf das Gesamtwerk, vielleicht die Proportionen verzerren; denn der große Rest – rund 140 Blätter insgesamt – besteht aus Radierungen und Lithographien. Doch sie lassen den Maler keinesfalls vergessen, den Zeichner schon gar nicht. Vor allem der Steindruck machte es möglich, die spontane Wirkung der Handzeichnung ungeschmälert in die Druckgrafik zu übernehmen. So besitzen die Lithographien Corinths, in denen alle Themen und Charakterzüge seines Werkes wiederkehren, den lebendigen Charakter der unmittelbaren Handschrift. Die Zeichnung erscheint in dichter Kreideschraffur, Farbsteine geben ihr Aquarell- oder Pastelleffekte, die wie „handgemalt" wirken. Gleichwohl bleibt die reine Schwarzweiß-Grafik dahinter nicht zurück.

Von der technischen Qualität abgesehen, die eine geschlossene malerische Form kaum vermissen läßt, ist die Grafik wie die Handzeichnung am ehesten imstande, dem Betrachter einen Zugang zu der Persönlichkeit des Künstlers und seinem Werk zu öffnen. Sie ist mehr als ein Spiegel des Gesamtschaffens. Sie vermittelt ein geradezu indiskretes Bild des Menschen, seiner Welt und der tragischen Erschütterungen seines Lebens; sie sind aufschlußreicher und intimer als ein Tagebuch. Hier gibt sich der allzeit einsame Künstler offen und ohne Pose; hier sind Beobachtungen und Einfälle, Erlebtes und Erfahrenes, Geschautes und Erträumtes, Entlehnungen und Erinnerungen festgehalten; hier verrät er unumwunden sein Temperament, seinen Humor und Sarkasmus, die Sensibilität des Empfindens, die Kraft des Gedankens, die Depressionen und Entzückungen, nicht zuletzt die geistige Disziplin, die des hinfälligen, kranken Körpers Herr zu werden versucht.

Vor allem die verschiedenen Selbstbildnisse sind grafische Bekenntnisse von erschütternder Offenheit. Die tragische Zäsur des Jahres 1911, als ein Schlaganfall den Maler auf dem glanzvollen Höhepunkt seines Schaffens derart traf, daß seine linke Seite und die rechte Hand gelähmt wurden, wird hier vielleicht am deutlichsten spürbar. Frau Charlotte Behrend-Corinth hat bestritten, daß seitdem eine ernsthafte Lähmung ihren Mann am Malen gehindert habe. Allein, sein Strich ist anders geworden; es ist, als ob der Tod als unsichtbarer Partner ihm nun die Feder führte. Der Lebensgenießer hatte einen Blick ins Grab getan, und das Erschrecken wich nicht mehr aus seinen Augen (bis 27. August).

EO PLUNIEN

„Der lange Frieden läßt das Entstehen angstvoller Existenzen zu" – Aktuelle Fundsachen bei der Lektüre Jakob Burckhardts

Wenn die Krise den Erbfeind zum Herrn macht

Seit Willy Brandt die abgrundtief verlogene Phrase von den „gewaltfreien" Demonstrationen der Friedenskämpfer übernommen hat, an denen sich die SPD-Mitglieder beteiligen sollen, kann niemand mehr daran zweifeln, daß im Herbst eine Krise bevorsteht. Vielleicht wird es in erster Linie eine Krise der SPD sein, die dann wohl zu dem schon längst fälligen Rücktritt des derzeitigen Parteivorsitzenden führen müßte, vielleicht wird daraus aber auch eine – und zwar die erste wirkliche – Bewährungsprobe für die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik.

Welchen Lauf die Dinge nehmen werden, kann niemand voraussagen; damit zu rechnen ist allerdings, daß alles sehr schnell vor sich gehen wird. Das ist nämlich eine jener typischen Strukturen, die sich in historischen Krisen immer wieder gezeigt haben. Sie sind aus Jakob Burckhardts „Weltgeschichtlichen Betrachtungen" bekannt; man kann sie dort mit großer Meisterschaft geschildert finden, wenn man sich die Mühe nimmt nachzusehen. Daher werden sie also vermutlich unbekannt bleiben, weil die einen gar keinen Grund haben, uns mit ihnen vertraut zu machen, während die anderen, die aus ihrer Kenntnis den größten Nutzen ziehen könnten – die für das staatliche Leben maßgeblichen Politiker und Meinungsbildner – knapp an Zeit sind. Damit läßt sich der Versuch einer zwar gerafften, aber wörtlichen Wiedergabe (mit den Seitenangaben der leicht zugänglichen dtv-Ausgabe von 1978) rechtfertigen.

Burckhardt (1818–1897) hat seine Vorlesungen „Über das Studium der Geschichte" im Sommer 1868 ausgearbeitet und dann bis 1873 dreimal an der Universität Basel gehalten. Dabei konnte der Fünfzigjährige zunächst von der Tatsache des „langen Friedens" ausgehen, der Mitteleuropa seit dem Wiener Kongreß von 1815 gewährt war und der über den griechischen Freiheitskampf (1821–1829), den Krimkrieg (1853–1856) und die Einigung Italiens (1857–1859) hinweg für mehr als ein halbes Jahrhundert anhielt. Trotzdem stand nach Burckhardts Eindruck eine Krise bevor: „Das allgemeine Verhältnis der Mächte, das wirkliche oder angebliche Gleichgewicht konnte jeden Augenblick auf eine für unerträglich geltende Weise geändert werden ... Den Anlaß bot der Aufstand der Griechen; die wirklichen Gründe waren die Machtgier Rußlands und dessen altes Programm und ferner der Anfang der ... Tendenz Englands, mit auswärtigen Fragen und mit dem kontinentalen Liberalismus Geschäfte zu machen" (S. 141).

Auch im innerstaatlichen Bereich gab es Anlaß zu der Vermutung, daß „am Ende ... ein Drang zu periodischer Veränderung in dem Menschen" liege (S. 124), denn „der lange Frieden ... läßt das Entstehen einer Menge jämmerlicher, angstvoller Notexistenzen zu, welche ... sich ... mit lautem Geschrei um ‚Recht' irgendwie an das Dasein klammern" (S. 119). Die Bemerkung galt wahrscheinlich Erscheinungen, auf die der junge Burckhardt als politischer Publizist in den Jahren 1844/45 hingewiesen hatte, auf „die kommunistischen Intriganten, welche die Schweiz zum Tummelplatz ihrer systematischen Propaganda gemacht haben" (Kölnische Zeitung, am 3. 5. 1845).

Früher oder später war daher „die eigentliche, große, gründliche Krisis" zu erwarten, „wo die politische und soziale Grundlage ... erschüttert wird" (S. 122), und „der Weltprozeß ... plötzlich in furchtbare Schnelligkeit" gerät (S. 123).

Die bange Stimmung, die sich aus Furcht vor dem Umschlag in einer langen Friedensperiode einstellt, und deren Begleiterscheinungen sind uns aus eigenem Erleben bekannt. Auch die übrigen Strukturmerkmale von Krisen, die der Historiker aus seinem Material herausgelöst hat, sollten von uns als Möglichkeiten ernsthaft bedacht werden. Ich fasse sie in fünf Punkten zusammen, die keines Kommentars bedürfen:

1. „Die blinde Koalition Aller, die etwas anderes haben wollen (S. 125): Die um *einer* Sache willen beginnende Krisis hat den übermächtigen Fahrwind vieler andern Sachen mit sich, wobei in betreff derjenigen Kraft, welche definitiv das Feld behaupten wird, bei allen einzelnen Teilnehmern völlige Blindheit herrscht (S. 125). Die Botschaft geht durch die Luft, und in Einem, worauf es ankommt, verstehen sich plötzlich alle, und wäre es auch nur ein dumpfes: Es muß anders werden" (S. 124).
2. „Wie die Kultur heute dem Staate das Programm schreibt (S. 139): Neu ist die Schwäche der den Krisen gegenüberstehenden Rechtsüberzeugungen. Frühere Krisen hatten sich gegenüber ein göttliches Recht, welches im Falle seines Sieges zu den äußersten Strafmitteln berechtigt war. Jetzt dagegen herrscht das allgemeine Stimmrecht, welches von den Wahlen aus auf alles ausdehnbar ist" (S. 140).
3. „Schlecht ist der Trost mit einem höheren Weltplan u. dgl. (S. 120): für den ganzen bisherigen Zustand werden durchaus dessen dermalige Träger verantwortlich gemacht, schon weil man nicht nur ändern, sondern Rache üben will ... Zu dem wohlfeilen Heldenmut gegen die Betreffenden ... kommt eine schreckliche Unbilligkeit gegen alles Bisherige: Es sieht so aus, als wäre die eine Hälfte der Dinge faul gewesen, und die andere Hälfte hätte längst gespannt auf eine allgemeine Änderung gewartet" (S. 125).
4. „Nun können es freilich befremdliche Allianzen sein, welche sich einer Krisis in ihren Anfängen an den Hals werfen (S. 125): Die positive Seite der Anfänge hängt daran, daß nicht die Elendesten, sondern die Emporstrebenden den eigentlichen Anfang machen; sie sind es, welche der beginnenden Krisis den idealen Glanz verleihen, sei es durch die Rede oder durch sonstige Gaben (S. 126). Hiebei ist festzustellen, daß in jeder Krisis eine bestimmte Quote von fähigen, entschlossenen und eiskalten Menschen mitschwimmt, welche mit der Krisis nur Geschäfte machen und vorwärts kommen wollen und eben dasselbe mit dem Gegenteil oder überhaupt mit etwas Anderem wollen werden" (S. 133).
5. „Es ist ein großes Glück, wenn eine Krisis nicht in die Hände einer fremden Intervention fällt oder geradezu den Erbfeind zum Herrn macht (S. 133): Unglaublich ist dann die Ernüchterung, selbst unabhängig von allfallsigem Elend. Mit der größten Geduld läßt man sich auch die erbärmlichsten Regierungen gefallen und sich alles dasjenige bieten, worüber noch wenige Zeit vorher Alles in die Luft gesprungen wäre" (S. 132).

PETER R. HOFSTÄTTER

Barockes im Klostergarten, Zeitgenössisches im Hof: Die geglückten neuen Festspiele im Benediktinerkloster von Wiblingen

Der Vivaldi von der Waterkant läßt Croesus auferstehen

Überall vermutete man Menschen an diesen heißen Tagen, nur nicht in einem in barockem Stil ausgestatteten Bibliotheksaal, der Schauplatz eines Kammerkonzertes ist. Doch die vor den Toren Ulms im ehemaligen Benediktinerkloster Wiblingen ansässigen Wiblinger Festspiele machen es möglich. Vielleicht deshalb, weil sie dieses Jahr zum ersten Mal stattfanden und den Reiz des Neuen besaßen. Nicht etwa, daß dort das Alban-Berg- oder LaSalle-Quartett aufgetreten wäre! In Wiblingens Klosterbibliothek kamen gute, aber nicht berühmte Musiker zusammen. War es vielleicht der schöne barocke Rahmen, der die Leute zu allen Veranstaltungen in Scharen nach Wiblingen zog?

Die spätbarocke Architektur der ehemaligen Klosteranlage war Ausgangspunkt und Rahmen dieser neuen Festspielidee, die Eberhard Kloke, der scheidende Generalmusikdirektor von Ulm (der nach Freiburg ins gleiche Amt wechselt), und der Dramaturg Roland Haas ausheckten. Sie suchten nach einer Konzeption, die diesen neuen Festspielen Identität geben und sie existenzfähig machen kann. Barockes allein, Musikgenuß in Klostergärten, wäre zu wenig gewesen, um von einer Festspielidee reden zu können. Wiblingen wollte nach vorne schauen, junge Musiker fürs Festspielorchester gewinnen und ihnen auch die Gelegenheit zur Gestaltung von Kammerkonzerten geben.

Der Musik des 18. Jahrhunderts wurde die des zwanzigsten gegenübergestellt. Dieser Brückenschlag der musikalischen Stile bot die Reibungsflächen, die Spannung erzeugten und diese Festspiele interessant machten. Dieser bewußt gewählte Zwiespalt setzt die zehn Tage Wiblingen von den anderen sommerlichen Festspielen in Baden-Württemberg ab, etwa von Schwetzingen und Ludwigsburg.

Bewundernswert, daß die Wiblinger Festspiele ihren Etat in Höhe einer halben Million Mark nur zu zwanzig Prozent aus öffentlichen Mitteln bestritten, den Rest deckten Spenden- und Eintrittsgelder. Damit konnten Eberhard Kloke und Roland Haas zwar keine großen Sprünge machen, aber das war auch gar nicht in ihrem Sinne. Das gemeinsame Musizieren, das Entdecken von Stimmen erschien wichtiger als der Einkauf teurer Stars. So haftete den Musiktagen, deren Opern, Oratorien und Konzerte in einem nicht überdachten, unansehnlichen Innenhof stattfanden, der Hauch eines College-Open-air-Festivals an.

Das paßte recht gut zu den Uraufführungen von Kompositionen, die eigens für die sogenannten Raumkonzerte in Auftrag gegeben worden waren. Der Vater dieser Raum-Klang-Idee ist Charles Ives, der in Werken wie „Central Park in the Dark" oder „The unanswered Question" mit Musik experimentierte, die von räumlich getrennten Instrumentengruppen gespielt wird. Violeta Dinescu, Peter Michael Hamel und Bruno Liberda sollten sich für den Wiblinger Festspielhof einen Raumklang einfallen lassen.

Bruno Liberda, der Wiener, der zur Zeit in Rom lebt, hat sich an Ives festgeklammert: Zwei Blaskapellen umzingeln marschierend das in der Mitte des Innenhofs musikalische Themen entwickelnde Orchester. Am Schluß ballen sich Blaskapellen und Orchester zu einem Klangmonster zusammen. Das ganze Stück nennt sich „Sophisticated Atmosphere".

Viel weicher und schwammiger hat Peter Michel Hamel geschrieben. Der Raum könnte in seinen „Klangvorstellungen" auch eine Ebene sein. Er hat „Minimal Music" geschrieben, im Windschatten von Steve Reich. Auch Violeta Dinescu schert sich in ihrem Stück „Akrostichon" wenig um den vorgegebenen Raum. Die Rumänin, Jahrgang 1953, lebt seit knapp einem Jahr in Heidelberg und hat in dieser kurzen Zeit schon mehrere Aufführungen ihrer Werke in Deutschland verbuchen können. Und das zu Recht, denn ihre Partitur für Wiblingen ist so fein und gekonnt gearbeitet, daß man ihr sicher in Zukunft öfter wiederbegegnen wird. Dasselbe läßt sich getrost von Detlev Müller-Siemens' zwei neuen Klavierstücken aus der Sammlung „Under Neonlight II" sagen, die im Rahmen der Wiblinger Kammerkonzerte vom Pianisten Volker Banfield uraufgeführt wurden.

Neben der großen Festmusik, mit Pantomime, Feuerwerk und Roßballett, neben Händels Oratorium „Alexanderfest", verdient die Opernproduktion der Festspiele Beachtung. Eberhard Kloke hat die Partitur des „hochmütigen, gestürzten und wieder erhabenen Croesus" von Reinhard Keiser ausgegraben, die im wesentlichen auf der zweiten Fassung der Oper von 1730 aufbaut. Der „Croesus" ist eine der über achtzig Opern, die Keiser für die Hamburger Oper schrieb. Ein Vivaldi von der Waterkant?

Nicht nur von der großen Anzahl der Opern her, auch von den sanft wiegenden Melodien seiner Arien, die häufig in einen Sechsachteltakt gefaßt sind, erinnert Keiser an einen nördlichen Vivaldi, an einen deftigen, manchmal herben Vetter des Venezianers. Die Handlung des „Croesus" dreht sich um das Schicksal des Königs Croesus, der, vom persischen Feind besiegt, am Scheiterhaufen die Vergänglichkeit von Macht und Besitz erkennt. Gefühle werden schmachtend ausgesungen, stundenlang, Croesus erhebt sich am Ende wohlbehalten unter seiner Allongeperücke.

Werden es ihm die Wiblinger Festspiele gleichtun? Offizielle Verlautbarungen gibt es nicht. Man spricht davon, daß sie in Zukunft alle zwei Jahre stattfinden sollen. Unter wessen künstlerischer Leitung ist eine andere Frage, da – wie schon erwähnt – sowohl Haas als auch Kloke ans Freiburger Theater abwandern. Zu wünschen wäre es der Region zwischen Augsburg, Bodensee und Ulm, daß der musikalische Impuls, den Wiblingen 1983 zweifellos gab, nicht schon bald wieder zum Stillstand kommt.

FERRY KEMPER

JOURNAL

Sommerakademie am Mozarteum Salzburg

dpa. Salzburg

Die alljährliche Sommerakademie am Mozarteum der Festspielstadt Salzburg hat jetzt begonnen. In zwei Kursperioden will Rolf Liebermann, erstmals Leiter der Sommerakademie, neben Wolfgang Amadeus Mozart auch die moderne Musik pflegen. Die insgesamt fast 50 Kurse dauern bis zum 6. August und vom 8. bis zum 27. August. Neben den verschiedenen Instrumentalkursen findet zum erstenmal ein Kurs für Korrepetitoren statt. Liebermann hat mehrere prominente Lehrer für die Sommerakademie berufen, darunter Friedrich Gulda, Martina Arroyo, Tito Gobbi, Christa Ludwig, Elisabeth Schwarzkopf, Irmgard Seefried und Rita Streich.

Bislang unbekannte Dinosaurierart gefunden

dpa, London

Das Exemplar einer unbekannten und mindestens 120 Millionen Jahre alten Dinosaurierart wurde in England entdeckt. Der Fund wird für die „vermutlich wichtigste Ausgrabung dieses Jahrhunderts" gehalten. Das Skelett des fleischfressenden Urtieres wurde knapp unter der Erdoberfläche einer Lehmgrube in der Grafschaft Surrey gefunden. Einige Knochenteile gehörten offenbar zum Schädel des Tieres, das auf den Hinterbeinen stehend etwa drei bis viereinhalb Meter groß gewesen sein dürfte. „Besonders entzückt" sind die Wissenschaftler über eine 30 Zentimeter große Vorderklaue, die nach Museumsangaben halb so groß ist wie die längste Klaue des Tyrannosaurus Rex, des gefährlichsten Dinosauriers.

Meinungsstreit um das Saarbrücker Schloß

dpa, Saarbrücken

Der seit Jahren andauernde Streit um den Wiederaufbau des 1793 während der Französischen Revolution teilweise zerstörten Saarbrücker Barockschlosses hat einen neuen Höhepunkt erreicht: Nachdem der Saarbrücker Stadtverbandstag 1981 einen Wiederaufbau nach Originalplänen abgelehnt und lediglich eine Renovierung für 34 Millionen Mark in Auftrag gegeben hatte, beschloß er nun, den Mittelteil des Barockschlosses nach Plänen des Kölner Architekten Böhm in moderner Form mit Glas und Beton neu entstehen zu lassen. Dieser mit der Mehrheit von SPD und FDP im Stadtverbandstag gefaßte Beschluß ist vor allem bei der CDU, aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung auf Widerstand gestoßen.

Beatles-Studio ist Museum geworden

AFP, London

Das ehemalige Beatles-Studio in der Londoner Abbey Road ist zum Museum geworden. Das Tonstudio 2, in dem die einstigen „Pilzköpfe" ihre meisten Hits von 1962 bis 1969 aufnahmen, kann für den stattlichen Eintritt von 4,50 Pfund Sterling (rund 18 Mark) besichtigt werden. Den Besuchern wird eine 80minütige Video-Schau über das berühmte Quartett vorgeführt, das vor 13 Jahren auseinanderging. Zur Öffnung des Abbey-Road-Studios hat die Plattenfirma, der das Museum gehört, vier bisher unveröffentlichte Songs der Beatles von 1962 herausgegeben.

Ein Opernfestival für Paolo Grassi

MvZ. Martina Franca

Martina Franca (Apulien), die barocke Geburtsstadt des verstorbenen Ex-Intendanten der Scala, Paolo Grassi, eröffnet das ihm gewidmete Musikfestival am 23. Juli mit Flotows komischer Oper „Martha". Das anspruchsvolle Programm enthält Raritäten wie Bellinis Oper „La Straniera", Metastasios Oratorium „La morte di Abele" und Vivaldis Psalmen „Dixit beatus vir" (bis 4. August).

Auch Nimes veranstaltet eine Picasso-Ausstellung

AFP, Nimes

Eine Picasso-Ausstellung gibt es nun auch in Nimes: Die südfranzösische Stadt reiht sich damit in die Veranstaltungen aus Anlaß des zehnten Todestags von Pablo Picasso ein. Die Ausstellung in Nimes wurde von der Picasso-Witwe Jacqueline organisiert und umfaßt 84 Arbeiten, von denen einige bisher nicht öffentlich zu sehen waren.

Konsalik-Romanpreis erstmals vergeben

dpa, München

Der Bestsellerautor Heinz G. Konsalik und die Taschenbuchverlage Bastei-Lübbe, Goldmann und Heyne vergaben in München erstmals ihren mit 20 000 Mark dotierten Konsalik-Romanpreis. Die Auszeichnung ging an die Coburgerin Eva Wolf für ihren Roman „Pass". Eine sechsköpfige Jury wählte den Roman, der als Taschenbuch im Münchner Verlag Goldmann erscheinen wird, unter 151 eingesandten Manuskripten für den Konsalik-Preis aus.

Der Preis ist zum 60. Geburtstag Konsaliks ausgeschrieben worden. Mit ihm soll jährlich der Roman eines deutschen Schriftstellers geehrt werden, „der ein aktuelles Thema aufgreift und es so erzählt, daß es auch noch in Zukunft ein treffendes und charakteristisches Bild unserer Gegenwart vermittelt".

Der Tod verliert in den USA seine Tabu-Rolle

GITTA BAUER, New York

Es ist noch nicht lange her, daß in den USA das Wort Tod allenfalls in der Kirche oder am Grab ausgesprochen wurde. „Mein Mann ist dahingegangen" hieß es, statt „er ist gestorben". Einer Witwe, die länger als drei Monate um ihren Mann trauerte, empfahl man die Psychiater-Couch – das sei doch nicht normal. Der Tod als Problem, als das größte Geheimnis des Lebens, fand in der Öffentlichkeit, in Filmen und Fernsehen nicht statt.

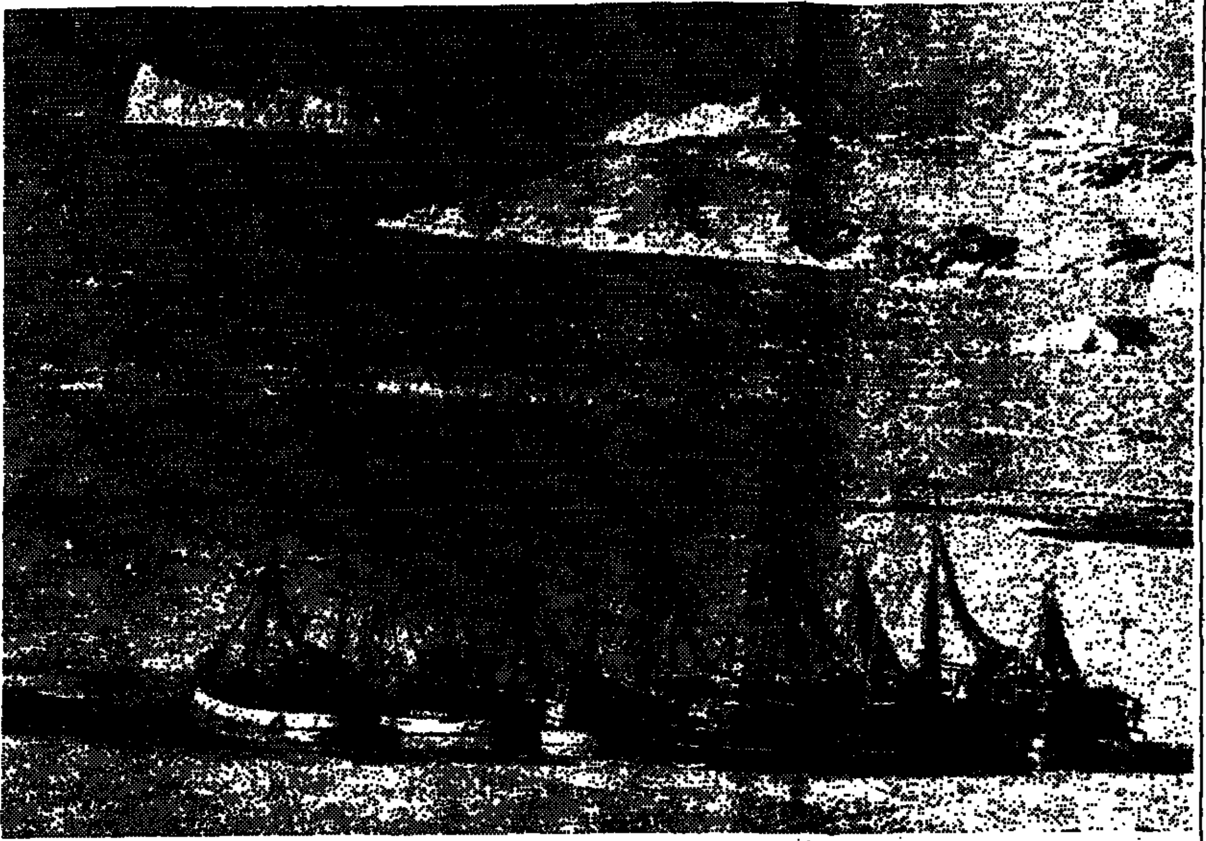
Heute bewegt ein Film wie „Whose Life is it anyway?" („Wessen Leben ist es eigentlich?"), in dem Richard Dreyfus überzeugend einen jungen, durch Autounfall querschnittgelähmten Bildhauer darstellt, der von Arzt und Richter die Zustimmung zum Sterben erzwingt, vor allem junge Menschen. Auf einer der beliebtesten Talkshows, bei Phil Donahue in Chikago, sprechen Krankenschwestern frei darüber, daß sie alten Menschen durch Überdosen von schmerzstillenden Mitteln zu einem friedlichen Tod verhelfen.

Das hängt mit der sich verändernden Alterspyramide der US-Bevölkerung zusammen. Mehr als 26 Millionen Amerikaner sind über 65 Jahre alt, weitere 33 Millionen sind zwischen 50 und 65 Jahre. Die Erfahrungen von 50 Millionen Menschen, die durch Krankheiten in Berührung mit der Möglichkeit des Todes gekommen sind, lassen sich nicht verdrängen.

Vor 15 Jahren war die Schweizer Ärztin Elisabeth Kübler-Ross, die in Chikago Kurse für Krankenschwestern gab, um sie auf die Pflege terminaler Fälle vorzubereiten, eine Ruferin in der Wüste. Heute gibt es eine Flut von Büchern.

Dazu trugen Fälle bei wie der von Karen Ann Quinlan. Sie liegt seit sieben Jahren im Koma, nachdem ihre Eltern sie mit gerichtlicher Genehmigung vom Respirator nahmen. Karen Ann Quinlan ist eine von 5000 „permanent bewußtlosen Patienten" in den USA. Das 112 Tage dauernde Sterben von Barney Clark, dem Zahnarzt aus Seattle mit seinem Kunstherzen, wurde praktisch von der Fernsehnation verfolgt. Fünf Millionen Amerikaner haben, lange vor ihrem zeitlichen Ende, in einem „Recht auf Sterben"-Testament festgelegt, daß sie ihr Leben nicht künstlich verlängert sehen möchten. Der juristische Wert solcher Verfügungen ist umstritten. Aber die Gesetzgebung einer Reihe von Bundesstaaten hat sich bereits der moderneren Auffassung vom Recht auf den eigenen Tod angepaßt.

Das reicht bis zu der Inanspruchnahme des Rechts auf Selbstmord. Der Freitod Arthur Köstlers, des 77 Jahre alten Autors von „Sonnenfinsternis", und seiner Frau, sowie seine Euthanasie-Gruppe „Exit" haben auch in den USA Schule gemacht. Hier ist es die „Schierlings"-Gesellschaft, die 7500 Mitglieder zählt. Sie gibt eine Anleitung zum Selbstmord heraus, mit deren Hilfe sich bereits 40 Menschen den Tod gegeben haben. (SAD)



Ein Blick in die Disco-Bucht an der Westküste Grönlands. Im Vordergrund grönländische Fischkutter. FOTO: BILD UND NEWS

Glimpfliches Ende eines Abenteuers

Zwei Deutsche in Grönland auf den Spuren Alfred Wegeners / Wer zahlt die Kosten?

DETLEV AHLERS, Hamburg

Sie haben zusammen den Dschungel von Borneo durchquert und mit dem Kanu Labrador. Zur Zeit sind die beiden Holsteiner Arved Fuchs (30) und Reiner Neuber (29) wohlauf in Mestersvig, einem Barackendorf an der Ostküste Grönlands. Mit Schlitten und 27 Hunden davor haben sie seit Mitte Mai das Inlandeis der größten Insel der Welt durchfahren – 900 Kilometer kalte Einöde in Höhe des 71. Breitengrades ab Marmorilik im Westen, auf der Todesroute des 1930 verunglückten Forschers Alfred Wegener. Sie kamen weiter als er, aber auch nicht ganz an: Am Sonnabend hat sie ein Hubschrauber kurz vor ihrem Ziel in Scoresbysund von einem Gletscher geholt, rund 200 Kilometer nördlich der geplanten Route.

Es gab für sie während ihrer Tour nur eine Möglichkeit, mit dem Rest der Menschheit in Kontakt zu treten: In die Luft funken und hoffen, daß eines der wenigen Flugzeuge über ihnen den Spruch auffängt. Auf diesem Wege spielte sich ein sporadischer Dialog ab, der in der Endphase dramatische, noch nicht ganz geklärte Umstände annahm.

Ihr Zeitplan sah vor, daß sie etwa einen Monat brauchten – sie rechneten ursprünglich mit der Ankunft in Mestersvig am 17. Juni. Im Basislager hatten sie zuvor ihre Ausrüstung zusammengestellt; Sponsorfirmen haben sie mit Zelten und Schlafsäcken aus der Abteilung für Intensivtouristik ausgestattet, die sich an ihren Idolen wie Messmer mißt – etwa 50 Abenteurer aus aller Welt reisen zur Zeit durch Grönland.

Ein Metzgermeister aus Aachen hat die beiden Norddeutschen mit Verpflegung eingedeckt: „Pemmikan" – getrocknetem Rindfleisch, im Mörser zerstampft, mit Blaubeeren und Fett angereichert. Das ist ein Rezept nordkanadischer Indianer. Die Hunde fressen dasselbe, allerdings ist ihre Portion fettreicher und ärmer an Aromastoffen, die erst dem Menschen das Zeug erträglich machen.

So brachen die beiden Abenteurer in den Grönland-Sommer auf, in dem die Durchschnittstemperatur kaum über 0 Grad liegt und die Nächte erbärmlich kalt werden. Arved Fuchs ist Seefahrer. Er hat sich seit Jahren extremen Touren verschrieben. Von früheren Reisen berichtet sein Buch „Abenteuer Arktis" (1982). Vor drei Jahren wollte er als erster Mensch zu Fuß zum Nordpol, ohne Hunde, auf einem selbstgebauten Schlitten. Die kanadische Polizei bremste ihn, obwohl er eine Erlaubnis hatte. Daraufhin zog er sich für viele Wochen zu den Eskimos zurück, bei denen er seine Jagdmethoden verfeinerte.

Reiner Neuber und er kennen sich seit der Schulzeit, und wie bei vielen Jugendlichen fing es mit der Reiselust ganz harmlos an: Nach der Schule durchquerten sie im VW-Bus Nordamerika. Reiner fuhr dann auch zur See, studierte Schiffsbetriebstechnik und lebt als Diplomingenieur in London.

Ihr Ziel war es, das Inlandeis zu überqueren, insofern war die Expedition erfolgreich. Doch bereits am 2. Juni funkten sie, daß es wohl bis zum 30. Juni dauern werde; am 14. Juni meldeten sie, daß der Zeitpunkt der Ankunft ungewiß sei. Die Zeit drängte, denn im Juli bricht der Sund auf, das Eis löst sich und stürzt an der Küste ins Meer.

Dann herrschte lange Funkstille. Erst am 8. Juli hörte eine Lufthansa-Maschine wieder einen Funkspruch von ihnen. Sie gaben ihre Position durch. Einen Tag später jedoch setzte ein Freund, der sie bis ins Basislager begleitet hatte, eine Suchaktion in Gang, die sich an den letzten Positionsmeldungen vom Juni orientierte. Das dänische Grönland-Kommando ist bei so etwas hilfsbereit, schon zuvor waren die Piloten auf Versorgungsflügen manchmal von der Strecke abgewichen, um Ausschau nach den Wanderern zu halten.

Doch der Funkkontakt am 8. Juli war dem Freund unbekannt geblieben. Erst am 12. hörte er davon, gab die neueste Position nach Grönland durch, und noch am selben Tag kreiste ein Hubschrauber über den beiden Abenteurern. Sie sagten, es ginge ihnen gut, sie hätten genug Verpflegung. Wenn das Eis abbräche, wollten sie sich ein Floß bauen.

Doch kurz darauf muß es sich Fuchs anders überlegt haben. Er forderte in Scoresbysund einen Hubschrauber an, unbekannt ist, was aus den Hunden wurde.

Unklar ist auch, wer die Suchaktion vom 9. bis zum 12. Juli bezahlt, mehrere tausend Mark. Hatten das ZDF oder eine Illustrierte, mit denen sie einen Exklusivvertrag haben? Die beiden Abenteurer wollen zunächst nur für den „Charter" bezahlen, den sie selbst bestellt haben.

Yoga als Heilmittel nur bedingt anwendbar

Fachleute diskutieren in Hamburg psychosomatische Fragen

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Lassen sich Yoga und andere fernöstliche Meditationsformen auch in Europa nutzbringend für die Krankenbehandlung einsetzen? Diese Frage wird jetzt in Hamburg auf dem Weltkongreß für Psychosomatische Medizin diskutiert, zu dem 600 Psychiater, Psychologen, Psychotherapeuten und Soziologen aus 33 Ländern anreisten.

„Yoga in seiner ursprünglichen Form", berichtet Professor Hellmuth Freiberger, Chef der Abteilung für Psychosomatische Medizin an der Medizinischen Hochschule Hannover, „hilft bei uns nur Menschen, die eine Affinität zum Buddhismus haben." Nur wer sich auch mit dem Lebensstil identifiziere, könne die Selbstversenkung erreichen.

Deshalb sei es sinnlos, Yoga wahllos Patienten mit psychischen Problemen zu verordnen. Das Motiv müsse beim Kranken selbst da sein. Ganz besonders wichtig sei es bei einer solchen Behandlung, die Einfluß auf die gesamte Lebensweise eines Patienten nimmt, daß sie von seriösen Übungsleitern übernommen wird. „Man benötigt einen kontrollierten Gruppenprozeß, so daß Hysterie und Massenekstase ausgeschaltet werden."

Yoga als medizinische Maßnahme, von Ärzten und Psychologen angewandt, sei für die geeigneten Patienten sicher eine Hilfe. Dabei könne man die Lehre sicher nicht in ihrer asiatischen Form nach Europa importieren. „Wir brauchen eine auf unsere Lebenshaltung zugeschnittene, europäisierte Form des Yoga."

Doch die Selbstversenkung der Buddhisten, meint Freiberger, sei letztlich ebenso wenig verbreitet wie die Technik der Selbstkontrolle des Körpers und seiner Funktionen im autogenen Training. „Viele beginnen damit, aber für wenige ist die Methode geeignet."

Freiberger bestätigt die Gefahr, die von Therapien und Meditationsmethoden ausgehen, wenn sie einen breiten Einfluß auf das Leben eines Patienten nehmen, der ohnehin psychisch labil ist. So wie eine Kranke von Tabletten abhängig ist, kann dem anderen die Therapie oder die angenommene Lebensregel Religionsersatz bedeuten – der Patient wird süchtig. Nach dem Therapeuten, nach der Gruppe, die er für die Lösung seiner Probleme braucht.

Professor Freiberger glaubt nicht, daß fernöstliche Heilslehren für zwischenmenschliche und persönliche Konflikte in Europa eine Zukunft haben. „Ich bin sicher, daß sich innerhalb der nächsten 50 Jahre eine Form der psychologischen Selbstreflexion durchsetzt. Die Menschen werden lernen, ihr liebevolles oder aggressives Verhalten der Umwelt gegenüber selbst zu überdenken." Der Psychotherapeut sollte dabei als Stütze und Lehrer dienen. Das Wichtige dabei sei nämlich, daß der Patient die Fähigkeit erwirbt, seine Probleme selbst zu verarbeiten, und sich nicht auf den Arzt oder Psychologen zu verlassen.

Im Zusammenhang mit dieser Zukunftsvision von selbstbewußten Menschen, die sich in Selbsterkenntnis üben, sieht Freiberger eine „Renaissance der Familie". Er ist sicher, daß man wieder das miteinander Sprechen lernt. Die Anzeichen seien ganz deutlich in der Anwendung der psychologischen Familientherapie abzulesen. „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Gespräche mit Patienten über ihre Probleme allein nichts einbrachten. Die Behandlung war sinnlos, solange die Schwierigkeiten im Umfeld, die Konflikte mit Familienmitgliedern, unbewältigt blieben. Erst wenn auch die direkten Kontaktpersonen in die Therapie einbezogen wurden, kam es zu einer Besserung."

Allein schon wegen der bei uns bestehenden zwischenmenschlichen Probleme, die sich allzu oft in Aggressionen äußerten, sei Yoga für unsere Breiten kein gängiges Allheilmittel, meint der 1923 in Mönchengladbach geborene Psychosomatiker. Die Selbstversenkung des Yoga bedeute eine Isolierung des Patienten. „Bei uns aber liegen die Schwierigkeiten darin, mit den anderen auszukommen."

LEUTE HEUTE

Harte Zeiten

„Wir spielen die Hauptrollen in ihrem Leben, und unsere Eltern haben uns dies immer fühlen lassen", erklärte **Ted Kennedy jr.**, 21, der älteste Sohn von Senator **Edward Kennedy**. In einem Interview mit dem Magazin „McCalls" spricht der junge Mann erstmals über die Trennung seiner Eltern. Weil die Scheidung „keine wutgeladene, langhingezogene Sache war", seien er und seine Geschwister **Kara** und **Patrick** in der Lage, das Thema zu besprechen. „Wir machten harte Zeiten durch, als meine Mutter trank. Aber ich weiß, daß sie sich über ihr jetziges Leben freut."

Königlicher Unfall

Königin Beatrix der Niederlande und zwei ihrer Söhne, **Prinz Constantijn** und **Prinz Friso**, wurden Dienstag bei Pisa in Norditalien in einen Verkehrsunfall verwickelt. Der Unfall ereignete sich an einer Straßenkreuzung in der Nähe des Militärflughafens von Pisa, wo die königliche Familie kurz zuvor zum Italien-Urlaub eingetroffen war. Aus bisher nicht geklärten Gründen fuhr der Wagen der Königin auf den Vordermann auf. Die königliche Familie blieb unversehrt, die beiden Italiener aus Livorno wurden leicht verletzt. Beatrix begleitete sie ins Krankenhaus.

Wenn Piloten ihr Nickerchen im Cockpit machen . . .

Kampf gegen den Schlaf – ein ungelöstes Problem / Britisches Magazin für Flugsicherheit enthüllt beunruhigende Beispiele

PETER MICHALSKI, London

Fliegen beruhigt die Nerven. Die Passagiermaschine glitt durch den makellosen Himmel über dem Nordatlantik. Die beiden nebeneinander sitzenden Herren schlummerten entspannt. Das Nickerchen dauerte zwanzig Minuten, dann riß ein Klingelzeichen sie aus dem Schlaf.

Die beiden Herren waren der Pilot und der Kopilot, und die Geschichte ihres gestörten Schlafs wird in der jüngsten Ausgabe eines neuen Flugsicherheitsmagazins erzählt, das vom Flugmedizin-Institut der königlich britischen Luftwaffe herausgegeben wird. Sie ist nur ein Fall von so vielen, daß fast der Eindruck entsteht: Einschlafen am Steuerknüppel kommt alle Tage – und Nächte – vor.

Die Cockpit-Kapitäne auf Transatlantikflug hatten die Maschine auf konstanten Schub eingestellt. Nur weil das Flugzeug allmählich beschleunigte, schaltete sich automatisch eine Warnklingel ein und setzte dem Schlummer ein Ende. Ein Besatzungsmitglied, das dem Royal Air Force-Institut in Farnborough den Vorfall meldete, erklärte: „Mich schaudert bei dem Gedanken, was hätte passieren können."

Das Besatzungsmitglied erstattete seinen Bericht vertraulich und ohne Namensnennung. Diese langjährige Usance der Royal Air Force (RAF) wurde vor sechs Monaten auch auf Vorkommnisse aus der Zivilluftfahrt ausgeweitet. Ohne Gewährleistung der Anonymität würden die meisten dieser Fälle gar nicht ans Licht kommen, vermutet das Magazin „Feedback". Deshalb war es auch unmöglich zu erfahren, wann und wo sich der Vorfall zugetragen hat, wie viele Passagiere in Gefahr waren und ob disziplinarisch gegen den Piloten und seinen Kollgen vorgegangen worden ist.

Die garantierte Namenslosigkeit hingegen führt dazu, daß Kanzelschläfer ihren Lapsus sogar selbst beichten. So schilderte ein Solo-Pilot unter der Überschrift „Good Night All", wie er in 2500 Metern Höhe beim Instrumentenflug einnickte. „Wäre ich nicht zu dem Zeitpunkt aufgewacht, an dem ich erwacht bin, dann wäre ich womöglich nie mehr aufgewacht", fügte er hinzu.

Indes, dieser Pilot blieb nicht anonym. Er stellte sich Neurologen des Flugmedizinischen Instituts. Auf Grund seiner Aussagen und der Berichte anderer Piloten erkannten die Ärzte: „Das Wachbleiben kann zu einem unüberwindlichen Problem werden, wenn man nachts fliegt, die Strecke gut kennt, die Wetterverhältnisse keine Probleme aufgeben, man keinen Gesprächspartner am Boden besitzt und über lange Zeiträume hinweg nichts zu tun hat."

Ein Hubschrauberkapitän lieferte ein weiteres Beispiel: Er sei aus dem Schlaf aufgeschreckt und habe schuldbewußt zu seinem Kopiloten hinübergeblickt – nur um feststellen zu müssen, daß dieser ebenfalls schlief.

Der „Feedback"-Chefredakteur merkte an, er habe sich mit Institutskollegen Gedanken über einen Stimmenmonitor gemacht. Die Anlage könnte einen Alarm auslösen, wenn das Schweigen in der Kanzel fünf Minuten lang ununterbrochen bleibe. Die Idee scheiterte jedoch (noch) daran: Kein Monitor ist in der Lage, Schnarchen und Reden im Schlaf von Wortwechsel im Wachzustand zu unterscheiden. (SAD)

Klempner entdeckt Skelett eines Riesen-Dinosauriers

SAD, London

„Die Zähne im Kieferknochen stehen wie große Steakmesser nebeneinander." So schilderte ein Sprecher des Londoner „Natural History Museum" einen Skelettfund, den Fachleute bereits als den wichtigsten Fund dieses Jahrhunderts bezeichnen. Der 55jährige Klempner Bill Walker aus Croydon bei London hat ein Dinosaurierskelett entdeckt, das 125 Millionen Jahre alt ist. Der Klempner hatte die Paläontologie schon seit Jahren zu seinem Hobby gemacht. Der Fund des Dinosauriers gelang ihm in einer Tongrube in der Grafschaft Surrey.

Die Wissenschaftler sind über den Fund deshalb so verblüfft, weil die Knochen annähernd doppelt so groß sind wie andere bisher in England entdeckte Dinosaurier. Als größtes dieser fleischfressenden Reptilien aus dem Erdmittelalter galt bisher der Tyrannosaurier Rex, der bis zu elf Meter lang wurde, für den neuen Dinosaurier mit dem „Steakmesser-Gebiß" muß noch ein wissenschaftlicher Name gefunden werden.

Blanche Walker, die Ehefrau des Klempners, erzählt über ihren Mann: „Erst fing er an, an der Küste Muscheln und Haizähne zu sammeln. Dann hat er immer mehr Bücher gelesen. Und schließlich ist er in die Tongruben gegangen. Er wühlt stundenlang in der Erde herum." Klempner Walker war zunächst sehr unglücklich über seinen Fund. Denn mit dem ersten Hammerschlag hatte er einen Knochen des Dinosauriers in rund 30 Stücke zersplittert. Dann jedoch kamen immer mehr unversehrte Teile des Skeletts zum Vorschein. Die Fundstelle hält der Klempner noch geheim.

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Der Keil eines atlantischen Hochs erstreckt sich über die Britischen Inseln nach Deutschland. Die eingeflossene frische Meeresluft erwärmt sich.

Deutscher Wetterdienst 20. Juli 1983, nachm.

Vorhersage für Donnerstag

Bundesgebiet und Berlin: Heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen zwischen 19 Grad im äußersten Norden und 26 Grad im Süden. In der Nacht Abkühlung auf 14 bis 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten

Freundlich bei ansteigenden Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	32°
Bonn	19°	Kopenh.	15°
Dresden	12°	Las Palmas	23°
Essen	16°	London	19°
Frankfurt	19°	Madrid	26°
Hamburg	14°	Mailand	30°
List/Sylt	14°	Mallorca	34°
München	23°	Moskau	20°
Stuttgart	22°	Nizza	28°
Algier	32°	Oslo	15°
Amsterdam	17°	Paris	27°
Athen	23°	Prag	14°
Barcelona	24°	Rom	32°
Brüssel	18°	Stockholm	15°
Budapest	28°	Tel Aviv	32°
Bukarest	32°	Tunis	32°
Helsinki	17°	Wien	28°
Istanbul	30°	Zürich	26°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.31 Uhr, Untergang: 21.25 Uhr, **Mondaufgang:** 20.02 Uhr, Untergang: 2.57 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Autobahnlücke bei Trier geschlossen

der. Trier

Nach fünfjähriger Bauzeit mit 210 Millionen Mark Kosten wurde gestern bei Trier eine der ärgerlichsten Autobahnlücken in Deutschland geschlossen: das 21 km lange Teilstück der A 1 zwischen Trier und Hermeskeil.

Autofahrer aus dem westdeutschen Raum sparen jetzt auf der Strecke über Koblenz-Trier-Saarbrücken und weiter nach Frankreich mindestens eine halbe Stunde Fahrzeit, ohne daß sie den weiten Umweg über das Darmstädter Kreuz und den Mannheim-Ludwigshafener Raum nehmen müssen. Wegen der topographischen Bedingungen war der Bau besonders schwierig. Die Autobahn mußte teilweise durch Fels vorangetrieben werden. Zwei Talbrücken (die eine 68 Meter, die andere 90 Meter hoch) kosteten allein 45 Millionen Mark. Zugleich mit der Teilstrecke, die durch Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und den rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Heinrich Holkenbrink dem Verkehr übergeben wurde, ist nahe Hermeskeil auch eine neue Raststätte beiderseits der Autobahn fertiggeworden.

Bewegende Szenen im Gerichtssaal

Weinkrämpfe der Eltern des Opfers – der Angeklagte Peter Hößl zeigt sich unbeeindruckt

WERNER ZWICK, München

Geistesabwesend, fast gelangweilt blickt Peter Hößl auf seinen Bleistift. Die Tränen der Mutter des 15jährigen Peter Sigl, den er am 26. August 1982 in einem Maisfeld bei Ismaning in der Nähe von München erschossen haben soll, rühren ihn nicht. Auch das hemmungslose Schluchzen des Vaters läßt ihn nach außen hin kalt. Hößl schaut die Eltern, die in ihm den Mörder ihres Kindes sehen, nicht einmal an. Die erste Gegenüberstellung der Eltern des Opfers, der Weinkrampf des 42jährigen Schlossers Martin Sigl und die Verzweiflung der 41jährigen Mutter Franziska, mit dem mutmaßlichen Täter trieb sogar hartgesottenen Gerichtsreportern ein paar Tränen in die Augen.

Hößl blättert in den Akten, die er vor sich gestapelt hat. Immer wenn er meint, eine Schwachstelle der Anklage gefunden zu haben, hakt er unnachgiebig nach. Als Martin Sigl die verzweifelte Suche nach seinem verschwundenen Sohn schildert, seine Aussage immer wieder von heftigem Schluchzen unterbrochen, sieht Hößl eine Chance, die erdrückende Indizienkette gegen ihn zu durchbrechen. „An dem Tag war es 29–30 Grad heiß, Herr Vorsitzender. Ich habe nämlich zufällig mit meinem Bruder am Telefon über das Wetter gesprochen . . ." Der Vater hatte die Temperatur mit 25 oder 26 Grad Celsius angegeben. Hößl: „Das ist unfair, was er über das Wetter sagt." Als der Vorsitzende dem Angeklagten bedeutet, daß es für das Urteil wohl belanglos sei, wie heiß es an dem Todestag von Peter Sigl war, regt Hößl an, die Flugwetterwarte anzurufen, um den strittigen Punkt zu klären. Danach blättert er wieder in seinen Akten, trommelt mit den Fingern einen nur ihm bekannten Rhythmus auf die Anklagebank und nestelt an seinem weißen Polohemd herum.

Er sieht nicht aus wie ein Mann, dem man drei Morde nachgewiesen hat. Er wirkt bieder und harmlos wie einer, den das Leben nicht sonderlich verwöhnte; sein Gesicht ist blaß, unauffällig. Vielleicht erklärt das, warum auch die Psychiater auf ihn hereinfielen, dem sie nach dem dritten Mord eine „schizoide Persönlichkeit" bescheinigt hatten und lebenslänglich in Sicherheitsverwahrung halten wollten. Warum sie ihn vor ein paar Jahren für „geheilt erklärten" – ihn, der schon als 16jähriger in München einen 12jährigen Jungen mit sieben Schüssen tötete und später nach seiner vorzeitigen Entlassung aus der Jugendhaft den Rentner Johann Huber (55) und den 19jährigen Arbeiter Gerhard Habel „aus Mordlust" erschossen hat – bleibt unverständlich. Die Psychiater entließen Hößl nach 22 Jahren in Gefängnissen und Heilanstalten am Tag vor Heiligabend 1981.

1956 hatte Hößl seinem gleichaltrigen Vetter in der „DDR" seinen ersten Mord mit folgenden Worten gestanden: „Ich habe einen 12jährigen Jungen mit sieben Schüssen kaltgemacht . . . Ich hab mir für 340 Mark ein Kleinkalibergewehr gekauft, eine wahre Wucht ist das. Ich lud es heimlich durch und schoß dem Jungen eine Kugel in den Hinterkopf. Du kannst dir nicht vorstellen, wie das geblutet hat . . . Wenn das kein perfekter Mord war! . . . Ich will verdammt sein, wenn das mein einziger Mord bleibt . . ." Spätestens im zweiten Prozeß gegen Hößl wußten die Richter von diesem Bekenntnis. Die Umstände der anderen Morde sprachen ebenfalls dafür, daß es sich bei Hößl um einen Mann handelt, der aus Mordlust, also vorsätzlich, irgendwelche Opfer suchte.

Diesen neuesten, den vierten Mordvorwurf bestreitet der Mann allerdings entschieden.

Epidemie rafft in Spanien fünf Offiziere hin

ROLF GÖRTZ, Madri

Vermutlich ein General und vie Obersten der spanischen Arme starben in Saragossa an der soge nannten „Legionärs-Krankheit Nur die Zahl der Toten und eine Namen gab die Armeeführung bi jetzt bekannt. 30 weitere Fälle we den vom Virologischen Institut i Majadahonda bei Madrid unte sucht, wie der Generalarzt der Mil tärregion Saragossa bekanntgal Die seltsame Krankheit wurde zu ersten Mal im Sommer 1976 be einem Veteranentreffen der amer kanischen Legion in einem Hotel i Philadelphia als „Legionella pne mophila" entdeckt. Von 221 E krankten starben 34. In Saragoss wurde gestern ein Offizierswoh heim des Wehrbereichskomman dos geschlossen. Die in Amerik und England registrierten epide misch auftretenden Erreger wurde in Spanien zum ersten Mal im Mär 1981 in einem Hotel in Benidorm be einigen britischen Touristen en deckt. Die Symptome dieser noc wenig erforschten Krankheit sin zunächst sehr verschieden: Hohe Fieber, Durchfall, Erbrechen, tro kener Husten und schließlich ein atypische Lungenentzündung, b der sich die Lunge mit Flüssigke füllt. Der Kranke erstickt. Manc mal tritt der Tod schon nach wen gen Tagen ein. Übertragen wird d Bakterie durch die Luft; sie beda aber des Wassers, um zu wachse Die Epidemie in Saragossa ve suchte das Militär geheimzuhalte

22 Tote bei Schiffsunglück

AP, Kuwa

Bei einem Schiffsunglück im Pe sischen Golf sind 22 Menschen a einem Frachter ums Leben gekom men, acht weitere Personen kon ten gerettet werden. Der Fracht hatte Feuer gefangen, als die M schine des Schiffes explodiert Nach Angaben der Polizei war das schlimmste Seeunglück in d Geschichte Kuwaits.

In der Wüste verdurstet

dpa, Kai

Trotz einer mehrtägigen Sucha tion sind zwei Ägypter in der Nä der Kattara-Senke in Ägypter Westwüste verdurstet. Wie die Ka roer Zeitung „Al Ahram" bericht te, waren der 38jährige Hanafi M hammed Ali und der 35jähri Sayed el-Machmud bei Temperat ren um 50 Grad mehrere Kilome durch die Wüste marschiert, na dem ihr Lkw steckengeblieben w

Familiendrama in Selb

AP, Se

Ein 36jähriger Maschinenba techniker aus Selb im Landkr Wunsiedel/Oberfranken hat nach nem Ehestreit seine 30jährige F und den eineinhalbjährigen So der bereits im Bett lag, mi Pistole erschossen. Bei dem Fa liendrama Dienstag abend wu auch die 63jährige Mutter du einen Schuß in die Hand verlet Der Täter brachte sich anschl ßend selbst ums Leben.

Nichtschwimmer ertrunke

AP, Rottach-Eger

Ein 19jähriger Mann, der Dien tag abend mit seiner Schwester u deren Freundin ein kühles Bad i Tegernsee nehmen wollte, ist n wenige Meter vom Ufer entfer ertrunken. Nach dem Polizeiberic „hob er eine Hand und ging lautl unter". Da die Mädchen wie d junge Mann Nichtschwimmer s en, hätten sie ihm nicht helfen kö nen.

Selbstmord auf „DDR"-Gebi

dpa, Berl

Ein 56jähriger Berliner hat sich der Nacht zu gestern in einem G büsch an der Mauer, das bereits „DDR"-Gebiet liegt, erschosse Seine Leiche wurde von einer Str fe der amerikanischen Militärpo zei geborgen. Eine von der Frau d Selbstmörders alarmierte Fun streife fand den Mann auf eine Grünstreifen sitzend, eine Pisto auf den Kopf gerichtet. Sie ve suchten, den Lebensmüden von s nem Vorhaben abzubringen, wu den dabei aber selbst mit der Pisto bedroht. Plötzlich sprang der Ma auf, lief rückwärts in das Gebüs auf „DDR"-Gebiet und schoß si in den Kopf.

Widerstandsfähigerer Stal

dpa, Offenba

In deutschen Siede- und Druck wasserreaktoren wird ein ander Material für Rohrleitungen benut als für Kernreaktoren in den Vere nigten Staaten. Mit diesem Hinwe hat die Kraftwerk Union (KWU) Offenbach gestern auf Bericht über Risse in Rohrleitungen vo US-Kernreaktoren reagiert. Ei Ausnahme bilde nur das 1962 nac amerikanischen Vorlagen gebau Kernkraftwerk Gundremmingen, das 1977 stillgelegt worden sei.

Ein Dorf in Angst

SAD, Homer Townshi

In dem amerikanischen Dorf H mer Township, 50 Kilometer sü westlich von Chicago, geht d Angst um: Innerhalb von eine Monat wurden neun Menschen u gebracht, davon allein fünf am ve gangenen Wochenende. Tatve dächtig sind zwei Männer, die offenbar auf Liebespaare abges hen haben. Die beiden Männer si flüchtig, nachdem sie einen Poliz sten erschossen, einen ander schwer verwundeten.

ZU GUTER LETZT

„Die Meteorologen freuen sic daß es ihnen auch diesmal gel gen ist, den Beginn des Somme auf einige Wochen genau vorherz sagen." Kommentar des OR Abendnachrichtenmoderators R bert Hochner zur Schönwetterla